

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Auf Kriegskurs

Ein Monat nach der Niederlage des Westens in Afghanistan verkündeten die USA, Großbritannien und Australien ein neues Dreierbündnis und ein gigantisches Waffen-geschäft. Beides richtet sich gegen die Volksrepublik China. Australien soll von den USA als zweites Land nach Großbritannien eine Lizenz für atomgetriebene U-Boote erhalten. Sie

ersten NATO-Gipfel mit ihm 2017 zu der Erklärung veranlaßt, die Europäer müßten nun „ein Stück weit“ ihr Schicksal „in die eigenen Hände nehmen“. Damit war mehr Aufrüstung gemeint. Die imperialistische Konstruktion EU unter deutscher Führung hatte Trump bekämpft. Er erließ Handelsbeschränkungen, die Biden kaum zurückgenommen hat. Dieser gab



Die atomgetriebenen US-U-Boote der „Virginia“-Klasse sollen Vorlage für die zukünftigen australischen U-Boote sein (Aufnahme von 2004)

können auch mit Atomwaffen bestückt werden. Die neue Partnerschaft, die Aukus getauft wurde, und die atomare Aufrüstung in diesem Teil der Welt war den Beteiligten so wichtig, daß sie einen ihrer engsten Verbündeten brüskierten. Zum ersten Mal seit 1793 berief Frankreich seinen Botschafter aus Washington zurück und bestellte auch den in Canberra nach Hause. Die deutsche Bundeskanzlerin reiste einen Tag nach Bekanntwerden dieses Eklats nach Paris, um mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron zu sprechen. Die Kommentatoren der bürgerlichen Presse werteten das Vorgehen der USA als weitere Ohrfeige insbesondere für die EU-Europäer, also auch die BRD. Sie standen schon nach der Entscheidung Joseph Bidens, Afghanistan fluchtartig zu verlassen, als Vasallen da, die bei strategischen Entscheidungen der Führungsmacht nicht gefragt werden.

Freundschaftlich können Beziehungen unter Imperialisten nie sein. Ihre Zweckbündnisse werden durch einen gemeinsamen Feind wie den Sozialismus oder teilweise gemeinsame Interessen bestimmt. Das betrifft auch NATO und EU. Den Kriegspakt hatte schon Bidens Vorgänger Donald Trump für „obsolet“ erklärt und Angela Merkel nach dem

zwar den US-Widerstand gegen die Gasleitung Nord Stream 2 auf und trat mit Rußland in Verhandlungen über „strategische Stabilität“. Alles aber wird, so scheint es, der Vorbereitung eines Kriegs mit China untergeordnet. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat vermutlich recht, als sie kommentierte: „Die künftige Bundesregierung sollte damit rechnen, daß Biden sich in puncto China bei ihr melden wird.“ Fest steht, daß die Kriegsgefahr mit einem Ruck erhöht wurde. Dieses Signal geht von dem neuen Dreierbündnis im Pazifik aus. Die „Politik am Rande des Abgrunds“ aus dem Kalten Krieg ist wieder da, das Kalkulieren mit einem Atomkrieg und vor allem die Drohung damit. Einen Tag bevor Washington, London und Canberra ihren Pakt bekanntgaben, wurde in den USA darüber informiert, daß der US-Generalstabschef und sein chinesischer Amtskollege kurz vor den US-Präsidentenwahlen im vergangenen November und im Januar 2021 über einen von Trump nach dessen Abwahl ausgelösten möglichen Atomkrieg gesprochen haben. China habe sich damals laut US-Geheimdienstberichten auf militärische Attacken aus den USA vorbereitet. Es ist gleichgültig, was daran wahr und was Desinformation ist. Entscheidend ist die

Botschaft aus den USA: Es wird vom Atomkrieg als ernsthafter Möglichkeit gesprochen. Bundesregierung und EU-Kommission verhalten sich angesichts der faktischen und der verbalen Eskalation wie gewohnt und wie von Angela Merkel 2017 angekündigt: Sie rüsten auf. Am selben Tag, an dem die Gründung von Aukus verkündet wurde, hielt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine Rede zur Lage der EU. Die FAZ berichtete darüber unter der Überschrift „Mehr Halbleiter, mehr Rüstung“. Noch nie sei, schrieb der Korrespondent, das „Thema Verteidigung“ so „prominent“ in einer Rede dieser Art aufgetaucht, im Jahr zuvor sei es unter den Tisch gefallen. Von der Leyen machte zwei konkrete Vorschläge: Aufbau eines gemeinsamen militärischen Lage- und Informationszentrums der EU-Mitgliedstaaten sowie die Freistellung der in der EU produzierten Waffen von der Mehrwertsteuer. Das erscheint wie das Backen kleiner Brötchen im Vergleich zu dem, was Aukus bedeutet, aber auch hier kommt es auf die Botschaft an: Die EU, die politisch vor allem durch Feindschaft mit Rußland zusammengehalten wird, stärkt ihre Waffenschmieden und macht bei Hochrüstung mit. Im kommenden Jahr soll ein Gipfel zur „europäischen Verteidigung“ stattfinden.

Das alles richtet sich gegen die Interessen der Völker und der Menschheit. Widerstand ist eine Frage des Überlebens.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



| | |
|---|----|
| Taliban an der Macht | 2 |
| Das Ende des „Antiterrorkrieges“ | 4 |
| Bilanz des „Anti-Terror-Kriegs“ | 5 |
| Befreiung oder Marco Polo | 6 |
| Atomare Gefahr | 8 |
| Der Menschheit drohen Kriege | 9 |
| Neuer Kalter Krieg | 10 |
| Nachruf auf Theodorakis | 13 |
| 200 Jahre Unabhängigkeit Zentralamerika | 14 |
| Minutenmenschen | 15 |
| 75 Jahre Grenztruppen DDR | 17 |
| Fragen von Studenten | 19 |
| WWA | 23 |
| Lassalle | 25 |
| Marxismus taugt nicht als Matrix? | 27 |
| Klima erfordert Umdenken | 28 |
| Covid-Kosten | 29 |
| Ernst-Busch-Gesellschaft | 30 |
| Otto Niemeyer-Holstein | 31 |

Epochale Niederlage des Imperialismus am Hindukusch

Die Taliban sitzen seit dem 15. August 2021 wieder im Präsidentenpalast der afghanischen Hauptstadt Kabul. „Der Krieg ist zu Ende“, verkündete unmittelbar danach der Taliban-Sprecher Sabihullah Mujahed. Der mit einem US-Paß ausgestattete US-Mariotten-Präsident Mohammad Aschraf Ghani ist mit seiner gesamten Entourage geflohen. Das aus Ameriko- und Euro-Afghanen in einer Koalition mit willfährigen Warlords bestehende durch und durch korrupte Marionetten-Regime hat kapituliert. Die 2001 von den USA und der NATO vertriebenen Taliban haben am Hindukusch wieder die Macht übernommen. Das ist die größte epochale Niederlage der US-Imperialmacht nach ihrem historischen Desaster im Jahre 1975 in Vietnam. Die letzten US-Soldaten haben in der Dunkelheit exakt um 23.59 Uhr Ortszeit am 30. August 2021 Kabul verlassen. Das ist auch eine Niederlage der aus NATO-Ländern bestehenden und selbsternannten „Internationalen Gemeinschaft“. Letztlich auch eine Niederlage für die politische und militärische Elite der BRD, die „Deutschland am Hindukusch verteidigen“ wollte. Als Ergebnis ihres Einsatzes und als Abschiedsgeschenk nach ihrer Nacht- und Nebelflucht haben die westlichen Mächte das afghanische Volk dem Taliban-Regime übergeben. Nun müssen die Afghanen damit leben.

ANA hat sich kampfflos ergeben

Seit dem 6. August, als die Taliban immer weiter vorgerückt waren, haben sich sowohl die Afghanische National Armee (ANA) als auch die neu gebildeten Volksmilizen zur Bekämpfung der Taliban zum größten Teil widerstandslos ergeben. Die Soldaten der ANA, die angeblich von den NATO-Ländern gut ausgebildet und ausgerüstet worden waren, sahen nicht mehr ein, sich für ein Regime zu opfern, das vom Ausland eingesetzt und gesteuert wurde. Sie und auch die Offiziere der unteren und mittleren Ränge haben zum Teil bis zu sechs Monaten keinen Sold bekommen. Die seit 2014 jährlich 4,1 Milliarden US-Dollar, die für die Versorgung und Finanzierung der ANA aus dem Ausland nach Kabul geflossen sind, landeten in den Taschen der oberen Administratoren und Offiziere.

Neo-Taliban?

Die Taliban von heute sind nicht die Taliban von 1996 oder 2001. Damals wurden sie von den sogenannten Dorfmuallahs (Geistliche) geführt. Ihre derzeitigen Führer sind Absolventen pakistanischer theologischer Hochschulen. Ihre Kinder, darunter auch ihre Töchter, haben dort studiert. Die Taliban beherrschen inzwischen nicht nur den militärischen Kampf und Strategie, sondern auch Diplomatie und Politik. Sie haben im Februar 2020 in der katarischen Hauptstadt Doha bei Verhandlungen die USA buchstäblich über

den Tisch gezogen und diese vertraglich dazu verpflichtet, ihre Armee aus Afghanistan abzuziehen. Das war die besiegelte Kapitulation einer imperialen Supermacht. Nun wollen die Taliban das Land regieren. Sie wissen, daß das heutige Afghanistan nicht das Afghanistan von 1996 ist. Etwa 65 % der Bevölkerung sind jünger als zwanzig Jahre und von den Entwicklungen der letzten Jahre geprägt. Es ist eine neue Generation herangewachsen, gut informiert und zum Teil gebildet, die anders leben will. Dies

warteten tausende Menschen auf eine Möglichkeit, in einem US-Militärtransporter oder mit anderen Militärmaschinen das Land verlassen zu können. Dadurch wurde, unterstützt von den westlichen Medien, eine nie dagewesene Hysterie provoziert. Alte Frauen sind aus entfernten Provinzen, zum Beispiel aus dem Westen Afghanistans an der Grenze zu Iran, nach Kabul gekommen. Alle westlichen Länder waren an der Aktion beteiligt. Allein die USA haben 123 000 Menschen mit riesigen Transport-



11. September, Provinz Pandjsher: Eine Gruppe von Taliban-Kämpfern nach dem Sieg über den selbsternannten „nationalen Widerstand“

werden die Taliban nolens volens berücksichtigen müssen, wenn sie mittel- bzw. gar langfristig am Hindukusch herrschen wollen. Die Signale diesbezüglich deuten darauf hin. Als sie am 8. August Kunduz eingenommen hatten, haben mir Frauen von dort mitgeteilt, daß man ihnen nichts angetan hätte. In Kabul, nach der Einnahme der Stadt am 15. August, kontrollierten sie die Autos, gaben den Fahrern einen Passierschein, wenn sie keine Waffen gefunden hatten und ließen sie dann weiterfahren. Die Geschäfte waren kurz danach teilweise wieder geöffnet worden. Die fliegenden Händler waren auf dem Basar zu sehen. Die Menschen, auch Frauen, verschleiert teilweise unverschleiert, gingen einkaufen, ohne daß ihnen etwas passiert wäre, wie ich am 16. August direkt aus Kabul erfahren habe.

Hysterie am Kabuler Flughafen

Seit der Kapitulation der Kabuler Administration verließen Regierungs- und hohe Verwaltungsmitglieder sowie die Ameriko- und Euro-Afghanen das Land. Ebenso diejenigen, die Dollars besitzen. Am Kabuler Flughafen

flugzeugen rausgeholt, und sie beabsichtigen, noch Tausende weitere zu erreichen. Von den Briten wurden 15 000 und den Deutschen 5300 Menschen ausgeflogen, weitere 40 000 sollen noch hinzukommen. Diesbezüglich will die Bundesregierung mit den Taliban demnächst verhandeln. Schon bei der ersten Aktion nach Einnahme von Kabul sind 140 „Ortskräfte“, die als „Augen und Ohren“ (Spiegel, 2.11.2019) der Deutschen bezeichnet wurden, samt ihren Familien aus Kabul ausgeflogen worden. „Die Ortskräfte haben uns geholfen, die deutschen nationalen Interessen durchzusetzen. Das sind Menschen, die für uns gearbeitet haben“, hob der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff im Deutschlandfunk am 25. August hervor. Insgesamt 143 300 aus dem Lande geholte Bürger seien angeblich Ortskräfte, die mit den USA und anderen NATO-Besatzern zusammengearbeitet hätten. Es darf bezweifelt werden, daß die Besatzungsmächte so viele „Ortskräfte“ gehabt haben. In der Kolonialzeit nannte man solche Leute Kollaborateure. Obwohl der politische Leiter der Taliban in Katars Hauptstadt Doha vor der Einnahme Kabuls einer Regierungsdelegation aus

Berlin versprochen hatte, daß sie für die Sicherheit der „deutschen Ortskräfte“ Sorge tragen werden, blieben die NATO-Länder bei ihrer Menschenraubaktion. Es ist völlig in Vergessenheit geraten, daß die Bombardierung der von den Taliban gekaperten Tanklastzüge am 4. September 2009 auf Befehl des deutschen Oberst Georg Klein, infolge dessen 174 Zivilisten buchstäblich zerfetzt wurden, auf die Informationen von den „Ortskräften“ basierte. Er hätte, wie seine Berater vorgeschlagen hatten, seine eigenen Kräfte oder eine Drohne hinschicken müssen, um sich ein tatsächliches Bild der Lage zu machen. Dieses Versäumnis entlastet Oberst Klein in keiner Weise.

Die Taliban stoppten die Busse, mit denen die „Ortskräfte“ zum Flughafen gebracht wurden: „Ich weiß, daß Sie für ein anderes Land gearbeitet haben, sagte ein Talib. Er bat uns darum, im Lande zu bleiben. Sie trugen Waffen und sie waren nett“, berichtete ein Afghane dem Südasien-Korrespondenten der ARD Peter Hornung am 28. August. „Aber ich wollte doch nicht bleiben. Dann stieg der Talib aus dem Bus aus und ließ uns weiterfahren.“

Die Taliban haben eine Erklärung veröffentlicht, daß sie diese Fachleute brauchen, sie sollen im Lande bleiben und beim Wiederaufbau helfen. Wer mit den ausländischen Feinden und Ungläubigen gearbeitet habe, solle dies nur bereuen. Das aber interessiert die westlichen Länder nicht. Sie rauben dem Land junge und gut ausgebildete Fachkräfte sowie Angehörige der gebildeten Mittelschicht. Also die tragenden Säulen einer Gesellschaft. Das ist ihre Rache an Afghanistan für ihre historische Niederlage. Und wer weiß, ob sie für alle Eventualitäten diese Kräfte als fünfte Kolonne in der Zukunft noch einmal brauchen können. Die Ameriko- und Euro-Afghanen, die seit 2001 in Afghanistan herrschten, waren auch ehemalige Flüchtlinge aus den Jahren des Bürgerkriegs zwischen 1979 bis 1992 und der republikanischer US-Senator Lindsey Graham hat in einem BBC-Interview am 6. September einen erneuten Krieg der USA gegen Afghanistan nicht ausgeschlossen. Dann könnte man die „Ortskräfte“ wieder reaktivieren.

Frauenpolitik der Taliban

Die Taliban wollen zeigen, daß sie auch human handeln können. Am 28. August haben sie am Kabuler Flughafen an die Menschen, die seit Tagen auf einen Abflug warteten, Lebensmittel und Pampers für Kleinkinder verteilt. Sie wissen, daß es in Afghanistan immer noch ausgebildete Frauen gibt, die nicht Kollaborateurinnen waren, die das Land nicht verlassen haben oder von den NATO-Ländern nicht ausgeflogen werden konnten. Am 28. August gaben die Taliban eine Meldung heraus, in der sie alle Frauen, die im Gesundheitswesen tätig sind, aufforderten, zu ihrer Arbeit zu erscheinen, berichtete der Deutschlandfunk. Sie würden Mädchen und jungen Frauen erlauben, Schulen und Universitäten zu besuchen sowie arbeiten zu dürfen, jedoch unter Achtung der islamischen Regeln. Eine Koedukation

lehnte der Minister für Hochschulwesen, Abdul Baqi Haqqani, als unislamisch ab. Am 11. September habe ich aus Kabul erfahren, daß die Grundschulen auch für Mädchen geöffnet worden sind.

Taliban wollen Zusammenarbeit

Schon vor der Einnahme Kabuls am 15. August haben Delegationen der Taliban in Moskau, Teheran und Peking Gespräche geführt. Sie ließen verlautbaren, daß von afghanischem Boden keine Gefahr für die Nachbarn ausgehen werde. Sie streben nach internationaler Anerkennung und allseitiger Zusammenarbeit, auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika, vor allem auf wirtschaftlicher Ebene, um das Land wiederaufzubauen. Auch zur Bundesrepublik Deutschland wollen sie diplomatische Beziehungen. Taliban-Sprecher Sabihullah Mujahed äußerte am 5. September der Welt am Sonntag gegenüber, Deutschland sei willkommen. Dabei bezog er sich auf die seit über 100 Jahren traditionellen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die Taliban wünschen sich von der Bundesregierung und anderen Ländern finanzielle Unterstützung, humanitäre Hilfe und eine Zusammenarbeit auf den Gebieten Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft. Die VR China will die Südroute ihrer „Seidenstraße“ durch Afghanistan ziehen. Pakistan, Iran und die Russische Föderation haben ebenfalls Projekte in Wirtschaft und Infrastruktur im Focus. Sowohl die Taliban als auch die afghanischen Nachbarn haben großes Interesse an einem stabilen Afghanistan.

Fundis und Realos

Die Taliban sind keine homogene Organisation. Es gibt nicht die Taliban. Die Bewegung besteht zumindest in der Führungsebene aus Fundis und Realos. Deren geistlicher Führer Mawlawi (Großmullah) Heibatullah Achundsada ist ein Fundi, während der Leiter des politischen Büros der Taliban in Katar und Verhandlungsführer bei den US-Abzugsgesprächen mit dem US-Vertreter Zalmai Khalilzad, Mullah Abdul Ghani Baradar, ein Realo ist. Da die Gespräche über eine breite Koalitionsregierung mit anderen Kräften, wie dem damaligen Präsidenten Hamid Karsei sowie dem Präsidentschaftskandidaten Abdullah Abdullah, zu keinem Ergebnis führten, haben die Taliban am 7. September ein „Übergangskabinett“ vorgestellt, „um die notwendigen Regierungsarbeiten durchführen zu können“ (dpa, 8.9.2021), so der Taliban-Sprecher Mujahed. Mullah Mohammad Hassan (von westlichen Medien fälschlicherweise „Achund“ genannt) wurde zum Interims-Regierungschef, zu seinem Stellvertreter Mullah Abdul Ghani Baradar ernannt. Der Ultra-Fundamentalist Sarajuddin Haqqani übernahm das Innenressort. Das Haqqani-Netzwerk wird von den USA als Terror-Gruppe eingestuft und steht auf der Most-Wanted-Liste des FBI. Die USA suchen Haqqani mit einem Kopfgeld fünf Millionen US-Dollar. Obwohl der Vater von Haqqani, Jalalluddin Haqqani und Gründer

des Haqqani-Netzwerks, ein Lieblingsfreiheitskämpfer des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan war und im Weißen Haus empfangen wurde, wurden der Sohn und seine Gruppe zu Terroristen erklärt. Der als versöhnlerisch bekannte Amir Chan Motaki ist neuer Außenminister, er leitete bislang die Aussöhnungskommission der Taliban mit anderen politischen Gruppierungen. Darüber hinaus sind auch ein Usbeke und zwei Tadjiken ins Kabinett aufgenommen worden. Allerdings sind weder Frauen dort vertreten noch gibt es ein Frauenministerium. Wenn die Afghanen „Glück“ haben, werden sie ein islamisches Regime, wie in Iran, bekommen. Haben sie jedoch Pech, könnte ein Regime nach saudi-arabischem Muster entstehen.

Da nun die fremden Besatzer vertrieben sind, die korrupte Administration kapituliert hat, der selbsternannte „nationale Widerstand“ unter dem Grünschnabel Ahmad Masud und dem gestürzten Vizepräsidenten Amrullah Saleh in der Provinz Pandjsher besiegt ist und der Krieg damit als beendet gilt, besteht die Hoffnung für friedliche Verhältnisse am Hindukusch. Das ist auch das Allerwichtigste, was sich die absolute Mehrheit der Afghanen wünscht. Nach vierzig Jahren Bürgerkrieg und zwanzig Jahren NATO-Krieg sehnen sich die afghanischen Völker nur noch nach Frieden! Um diesen Wunsch Realität werden zu lassen, müssen die fünf Prinzipien des Völkerrechts auch und gerade jetzt am Hindukusch respektiert werden. Einer dieser Prinzipien lautet: „Keine Einmischung in innere Angelegenheiten des anderen.“ Afghanistan muß endlich zur Ruhe kommen und die Menschen dieses geschundenen Landes müssen über ihr Schicksal selbst bestimmen. Es wird kein demokratisches und fortschrittliches Afghanistan sein, aber das ist die Angelegenheit der Völker am Hindukusch.

Dr. Matin Baraki

Herzlichen Glückwunsch unserem aktiven Mitstreiter des Versandkollektivs

Bernd Mewes,

der am 6. Oktober seinen 70. Geburtstag begeht.

Lieber Bernd, wir wünschen Dir weiterhin Kraft und Gesundheit für Dein vielfältiges ehrenamtliches Wirken, nicht zuletzt auch im Rahmen der Friedensglockengesellschaft Berlin e. V.

Roland Oertel

aus Berlin wird am 20. Oktober 85 Jahre alt.

Lieber Roland, mit unserem Glückwunsch zu Deinem Geburtstag sagen wir zugleich ein herzliches Dankeschön für Dein langjähriges Wirken beim „RotFuchs“-Versand.

Nichts wird gut in Afghanistan und anderswo, solange Krieg zu Frieden führen soll

Das Zitat des Bundesverteidigungsministers seiner Zeit Peter Struck, demzufolge Deutschlands Freiheit am Hindukusch verteidigt wird, erweist sich in der aktuellen Situation erneut als Propaganda-Narrativ zur Rechtfertigung der Gewalt mit einem Satz, der viele Menschen erreicht. Freiheit und Verteidigung, das sind Begriffe, die nicht unbedingt zutreffen müssen, aber Herzen gewinnen können.

Am 16. November und am 22. Dezember 2001 beschloß der Bundestag auf Antrag der SPD/Grüne-Bundesregierung die Beteiligung am Afghanistan-Krieg unter dem Stichwort von Kanzler Schröder von der uneingeschränkten Solidarität mit den USA nach nine eleven und der Parole „Frieden nur durch militärische Hilfe“. Einzig die PDS, die in der Linkspartei aufging, stimmte damals dagegen.

Die Friedensbewegung warnte von Anfang an: Dieser Konflikt ist militärisch unlösbar. (...)

Die Bilanz eines Krieges mit inzwischen ca. 200 000 Toten – unter ihnen tausende NATO-Kräfte und Bedienstete westlicher Militärdienstleister, aber vor allem zivile Opfer in der Bevölkerung Afghanistans und alleine für die USA 4 Billionen US-Dollar (= 4000 Milliarden) plus der Milliarden auf Seiten weiterer NATO-Staaten, darunter Deutschland mit offiziell ca. 13 Milliarden Euro –, ist erstens verheerend und zweitens das für die Militärs und ihre Unterstützer überraschende Eintreffen des Vorhersehbar.

Die Traumatisierungsoffer auf allen Seiten kommen hinzu. Das Land ist zerstört, Minen verwandeln Großregionen in No-Go-Areale, ungezählte Flüchtlinge im Land und auf dem Weg in den Westen runden das Schreckensbild ab. Diese Tragödie korrespondiert mit den Resultaten weiterer Interventionskriege in der Region zwischen dem Balkan, Mittelafrika und dem Golf. Sogar die Münchner Sicherheitskonferenz spricht hier vom Zerfall der internationalen Ordnung.

Jetzt zurück nach Afghanistan, wie es schon wieder gefordert wird, wäre ein erneutes Himmelfahrtskommando für die NATO und für die Menschen im Land.

Die propagierten Fehleinschätzungen der Bundesregierung, der Bundeswehr und anderer militärischer Kräfte pflastern den Weg in Not, Leid und zunehmende Zerstörung auch des Klimas, das unter den Verbrennungsabgasen von Krieg weltweit leidet. Die sich optimistisch gebende Bundesregierung wartete in der Zeit des von Deutschland mitgeführten Krieges in Afghanistan mit sogenannten Fortschrittsberichten über die „Stabilisierung“ der Sicherheitslage und Hilfe der Entwicklung auf. Grüne begrüßten die zivil-militärische Kooperation als beispielhaft.

Die verbliebene Konsequenz für die gesamte internationale Politik muß der Abschied

von der Militarisierung der Weltpolitik sein. Es geht um den Ausbau der internationalen Friedensordnung über die Aufwertung der UNO, der Organisation für Frieden und Zusammenarbeit in Europa und der internationalen Kooperation zur Lösung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen für die Menschheit im 21. Jahrhundert. Das wird nicht ohne Verhandlungen von Kriegs- und ökonomischen Gegnern gehen. Eine weltweite Kooperation hat der damalige UN-Generalsekretär U Thant 1969 als Bedingung für die Überwindung der Zukunftsgefährdungen benannt. Diese Kooperation muß im Kleinen anfangen, auch in regionalen Friedensverhandlungen. Dazu gibt es keine Alternative.

In diesem Zusammenhang ist auch zur Rolle der Taliban Differenzierung zwingend. In der FAZ, die kein linkes Blatt ist, konnte man unter der Schlagzeile „Nicht alle fürchten die Rückkehr der Taliban“ lesen: „Jalaluddin Shinwari war stellvertretender Justizminister zur Zeit der Taliban-Herrschaft. (...) mit dem Vormarsch der Islamisten verbindet er Hoffnung. Nein, ein Mitglied der Taliban sei er nicht mehr, sagt Jalaluddin Shinwari. Ein ‚Aber‘ schwebt über dem Satz. (...) Shinwari war stellvertretender Justizminister zur Zeit der Herrschaft der Taliban über Afghanistan von 1996 bis 2001. Heute lebt er in Kabul und ist in jüngster Zeit so etwas wie ein Taliban-Experte für afghanische und ausländische Medien geworden. Mit jedem Distrikt und mit jeder Stadt, die die Aufständischen übernehmen, wächst das Bedürfnis nach Einordnung. Haben sie Verhandlungsbereitschaft nur vorgetäuscht und von Anfang an geplant, das ganze Land aufs Neue mit Waffengewalt zu unterwerfen? Und würden sie dann so grausam regieren wie in den neunziger Jahren? Ist auf die Aussagen ihrer Vertreter, dem werde nicht so sein, etwas zu geben?“

Offensichtlich hat der widerstandsarme Vormarsch der Taliban etwas mit dieser Entwicklung zu tun. Wie sonst sollte man erklären, daß breite Teile der afghanischen Armee bereitwillig oder gar überzeugt so schnell die Seite wechseln und sich den Taliban bei deren Eintreffen vor Ort mit samt ihrer militärischen Ausrüstung den neuen Herren anschließen. Hinzu kommt eine von den NATO-Kräften übersehene Loyalität vieler Armee-Angehöriger nicht gegenüber ihrer Zentralmacht in Kabul, sondern gegenüber „ihrer eigenen ethnischen Zugehörigkeit oder einem Warlord, für den sie in der Vergangenheit gekämpft haben. Zumindest sind weite Teile der afghanischen Sicherheitskräfte nicht bereit, für die Regierung in Kabul ihr Leben zu lassen...“, so der Afghanistan-Experte Markus Kaim. Markus Kaim zu den Hintergründen des NATO-Scheiterns der Interventionspolitik, die über Afghanistan hinaus die gesamte sogenannte Sicherheitspolitik der NATO als

auf Irrtümern aufgebaut zurückläßt: „Es gab über lange Jahre keinen Konsens darüber, was der Einsatz erreichen soll, welche Ziele man hat. Für die USA war es immer eine Terrorbekämpfungs-Mission, während etwa für Deutschland Stabilisierung und der Aufbau von staatlichen Institutionen im Zentrum standen. Die verschiedenen Prioritäten wirkten sich auch auf die Mittelverteilung aus – das war ungut.“ Und: „Ein solches Unterfangen hat nur Sinn, wenn man vor Ort mit einem Partner zusammenarbeitet, der sich der Umsetzung der gleichen Ziele verschrieben hat. Doch wir mußten feststellen, daß wir es in Afghanistan mit Regierungen zu tun hatten, die korrupt und vor dem Hintergrund der Wahlfälschungen im Land auch nicht unbedingt legitim waren.“ (...)

Gerade in Zeiten des Zerfalls und der ökologischen Katastrophe gibt es keine vernünftige Alternative zu einer Friedenspolitik, die den Einfluß der Militaristen und ihrer Helfershelfer zurückdrängt. Das ist die Aufgabe der friedensökologischen Kräfte. Die Friedensbewegung hat die Verantwortung, den Druck gegen die NATO-Interventionspolitik in breiten Bündnissen alternativer Kräfte zu steigern. Alle Kräfte für die Zukunft, auch z.B. die Seebrücke, haben daran Interesse. Insgesamt steht Afghanistan für das Scheitern der Interventionspolitik der NATO. Afghanistan ist das Desaster der NATO und der USA, nur vergleichbar mit Vietnam. Es ist das endgültige Ende des sogenannten war on terror, der propagandistisch „Antiterrorkrieg“ genannten „Operation Enduring Freedom“. Dieses Himmelfahrtskommando hat Millionen Opfer gekostet und nicht nur weite Teile der Welt destabilisiert, sondern es hat die gesamte internationale Politik ins Chaos gestürzt.

Eine völkerrechtswidrige, verbrecherische und menschenverachtende Politik ist gescheitert und wir müssen fordern, daß jetzt Schluß ist und Schlußfolgerungen grundsätzlicher Art zu ziehen sind. Auch für die Linke ist damit eine radikale Absage an die NATO endgültig unabdingbar.

Es gibt nur eine Zukunft für die Menschheit, wenn sie friedlich wird. Kriege enden nicht im Frieden.

**linke Friedensaktivist*innengruppe
frieden-links.de, 18. August 2021**

Reiner Braun
Kristine Karch
Ekkehard Lentz
Pascal Luig
Willi van Ooyen
Karl Heinz Peil
Werner Ruf
Bernhard Trautvetter

Redaktionell gekürzt

Bilanz des „Anti-Terror-Krieges“

Zwanzig Jahre nach dem 11. September 2001 ist der Westen mit seinem „Anti-Terror-Krieg“ gescheitert, hat aber Millionen Menschen umgebracht und ganze Länder zerstört.

Millionen Todesopfer, grassierende Armut, Dutzende Millionen Flüchtlinge und mehrere umfassend zerstörte Länder: Das ist die Bilanz der westlichen Kriege im weiteren Nahen und Mittleren Osten seit dem 11. September 2001. Gestartet im Namen des Kampfs gegen den jihadistischen Terror, geführt unter dem Propagandabanner von „Freiheit“ und „Demokratie“, haben die Kriege in Afghanistan, Pakistan und dem Irak, in Syrien, dem Jemen und Somalia vor allem menschliches Leid und Elend in historischen Dimensionen gebracht. Die tatsächlichen oder angeblichen Ziele wurden nicht erreicht: Nirgends, weder am Hindukusch noch an Euphrat und Tigris, sind gedeihende Gesellschaften entstanden; der jihadistische Terror ist laut dem Urteil von Experten heute „stärker“ und global weiter verbreitet als im Jahr 2001. Im „Anti-Terror-Krieg“ haben westliche Streitkräfte und Geheimdienste zudem schwerste Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen begangen – von gezielten Morden an unbewaffneten Zivilisten bis hin zur Verschleppung Tausender in Folterverliese. Die Bundesrepublik war in all dies involviert.

Todesopfer

Zahlen hat u.a. das Costs of War Project vorgelegt, das seit 2010 vom Watson Institute for International and Public Affairs an der Brown University (Providence, US-Bundesstaat Rhode Island) betrieben wird, einer der acht „Ivy League“-Elitehochschulen der USA. Demnach sind in den Kriegen in Afghanistan und Pakistan, im Irak und in Syrien, im Jemen und an einigen kleineren Schauplätzen des „Anti-Terror-Kriegs“ – etwa Sudan oder das US-Lager Guantanamo – mindestens 897 000 bis 929 000 Menschen unmittelbar bei Kampfhandlungen zu Tode gekommen. Dabei handelt es sich nur um Todesopfer, die durch zwei unabhängige Quellen sicher nachgewiesen sind, davon rund 364 000 bis 387 000 Zivilisten. Eine vermutlich hohe Dunkelziffer kommt hinzu. Zudem sind Todesopfer nicht erfasst, die auf Kriegsfolgen jenseits direkter Kampfhandlungen zurückzuführen sind, so etwa auf Verletzungen, Krankheiten und Hunger. Die Gesamtzahl der direkten und indirekten Kriegstoten wird allein für den Irak in den Jahren von 2003 bis 2013 auf bis zu eine Million geschätzt. Laut dem Costs of War Project ist davon auszugehen, daß die Gesamtzahl der Kriegstoten in sämtlichen betroffenen Ländern bei einem Mehrfachen der unmittelbaren Todesopfer der Kämpfe liegt.

Hunger und Zerstörung

Hinzu kommen weitere schwerste menschliche Schäden und verheerende materielle Zerstörungen in den betroffenen Ländern.

So sind in Afghanistan in den vergangenen 20 Jahren nachweislich rund 33 000, vermutlich aber viel mehr Kinder getötet oder verstümmelt worden; die Dunkelziffer insbesondere bei bleibenden Verletzungen durch Kampfhandlungen oder Sprengfallen ist hoch. Die Armutsrate im Irak hat laut Angaben des World Food Programme (WFP) im Jahr 2020 rund 31,7 Prozent erreicht; in Afghanistan ist sie gar von 33,7 Prozent im Jahr 2007 auf 54,5 Prozent im Jahr 2016 gestiegen. Dort verfügen aktuell laut Angaben der Welthungerhilfe etwa 18,4 Millionen Menschen, rund die Hälfte der Bevölkerung, nicht über genügend Nahrung. Der Jemen hatte zuletzt nicht nur mit der Covid-19-Pandemie, sondern auch mit grassierenden Diphtherie- und Cholerawellen zu kämpfen; in dem Land, das zusätzlich von saudischen und emiratischen Truppen attackiert wird – auch mit deutschen Waffen –, sind zur Zeit mehr als zwei Drittel der etwa 30 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter laut Angaben von UNICEF 11,3 Millionen Kinder. Kaum messen lassen sich die seelischen Schäden – etwa Traumata – und ihre gesellschaftlichen Folgen. Ähnliches gilt für die umfassende Zerstörung der Infrastruktur – von Häusern und Straßen über öffentliche Einrichtungen bis zur Wasser- und Stromversorgung.

Flüchtlingseleid

Die seit dem 11. September 2001 angezettelten Kriege haben nicht zuletzt ein fast beispielloses Flüchtlingseleid verursacht, das nur von den weltweiten Fluchtbewegungen im Zweiten Weltkrieg übertroffen wird. Das Costs of War Project beziffert die Zahl der afghanischen Flüchtlinge auf 5,9 Millionen. Pakistan verzeichnet 3,7 Millionen Flüchtlinge, der Irak 9,2 Millionen, Syrien (seit Beginn der westlichen Operationen gegen den IS im Jahr 2014) 7,1 Millionen. Hinzu kommen 4,6 Millionen jemenitische und 4,3 Millionen somalische Flüchtlinge – zusammengekommen 34,8 Millionen. Für alle Länder gilt, daß die Zahl der Binnenvertriebenen die Zahl derjenigen, die das Land verlassen haben und Zuflucht in anderen Ländern suchen, weit übersteigt. Das Costs of War Project – es zählt noch 1,2 Millionen libysche und 1,8 Millionen philippinische Flüchtlinge hinzu – weist darauf hin, daß es sich bei diesen Angaben um konservative Schätzungen handelt; die reale Gesamtzahl kann sich den US-Wissenschaftlern zufolge auf bis zu 60 Millionen Menschen belaufen. Die meisten Flüchtlinge, die das Land verlassen haben, halten sich dabei in den Nachbarländern auf – im Falle afghanischer Flüchtlinge in Pakistan und Iran, syrische Flüchtlinge vor allem in der Türkei, im Libanon und in Jordanien. Die reichen Staaten des Westens, die die Kriege verantworten, wehren Flüchtlinge konsequent mit Mauern und Stacheldraht ab.

Folter und Mord

In ihren Kriegen seit 2001 sowie in ihrem weltumspannend geführten „Anti-Terror-Krieg“

haben die westlichen Staaten zahllose Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen begangen. Die Kriegsverbrechen umfaßten etwa im Fall australischer Spezialkräfte in Afghanistan eine Art informelles Initiationsritual, mit dem neue Mitglieder ihre vorgebliche soldatische Eignung unter Beweis stellen sollten; es bestand darin, mindestens einen afghanischen Zivilisten zu ermorden.

In der Jagd auf tatsächliche oder angebliche Jihadisten verschleppte die CIA Tausende Verdächtige in Folterzellen in mehr als zwei Dutzend Staaten weltweit; von mehr als 3000 binnen kurzer Zeit ist die Rede. Beteiligt waren die Bundesrepublik und die EU – über Zuarbeit bei Verschleppungen und Folterverhören oder, so im Fall Polens und Rumäniens, über die Bereitstellung von Lagern mit Folterzellen. Bis heute in Betrieb ist das US-Lager Guantanamo, in dem mindestens 780 Personen aus 48 Staaten unter Folterbedingungen festgehalten wurden; 39 sind bis heute interniert. Anklage wurde überhaupt nur gegen 16 erhoben; die anderen, weit mehr als 700, wurden ohne jegliche Chance, Einspruch gegen ihre willkürliche Gefangennahme einzulegen, oft mehr als ein Jahrzehnt interniert, darunter Minderjährige.

Terror

Das offizielle Ziel, jihadistischen Terror zu besiegen, haben die Kriege der westlichen Mächte in den vergangenen 20 Jahren nicht nur verfehlt; sie haben die Jihadisten in mancher Hinsicht sogar gestärkt. So hat der Irak-Krieg die Voraussetzungen für die Entstehung des IS geschaffen; die westlichen Bestrebungen, Syriens Regierung zu stürzen, haben dem Al Qaida-Ableger Al Nusra bzw. dessen Nachfolgeorganisation Hayat Tahrir al Sham (HTS) den Weg zur Herrschaft über das nordsyrische Gouvernement Idlib gebahnt. Sogar in Afghanistan sind nicht nur die Taliban zurück an der Macht; mit dem ISKP (Islamic State Khorasan Province) hat am Hindukusch eine jihadistische Terrororganisation Al Qaida abgelöst. Mit seinem Anschlag an Kabuls Flughafen hat der ISKP kürzlich bewiesen, daß er unverändert zu massenmörderischer Gewalt fähig ist. Zwar seien manche Terrororganisationen, so etwa Al Qaida, „heute etwas schwächer“ als im Jahr 2001, urteilt Guido Steinberg, Terrorismusexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP); „die Gesamtszene“ aber sei „stärker“, denn es gebe „mehr junge Dschihadisten in mehr Ländern, die eine Bedrohung“ darstellten. „Insgesamt gibt es 2020/21 mehr islamistische Terroristen an mehr Orten weltweit“, stellt Steinberg fest, „und die verübten in den letzten Jahren mehr Anschläge mit mehr Todesopfern als um 2001“.

Quelle: german-foreign-policy.com
10.9.2021

Redaktionell gekürzt

Befreiung oder Marco Polo?

Das Vokabular, mit dem das Westliche Werte Regime (WWR) seit seiner Hals-über-Kopf vollzogenen Flucht aus Afghanistan aufwartete; ist ein Gemisch von fast allem: kollektives Versagen, Scheitern, Niederlage, Katastrophe, Debakel ... Tenor: Alles war gut gemeint, aber eben nicht gut genug. Es war mit den Worten Theodor Fontanes „Das Trauerspiel von Afghanistan.“ Aber war es das wirklich? Nun, das kommt auf die Sichtweise an. Ich gehe so weit zu sagen, daß das „Trauerspiel“ Keime anti-

Klassenkampf und trat mit dieser Schlußfolgerung in die Fußstapfen Lenins, für den ein Hauptaspekt seines Denkens das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der antikoloniale Befreiungskampf integraler Bestandteil des Imperialismus und des Kampfs gegen den Kapitalismus war. Was also mit der Oktoberrevolution begann, fand seine Fortsetzung im nationalen Befreiungskrieg Chinas gegen den japanischen Imperialismus. Indes, dieser Kampf um Befreiung von kolonialer Bevormun-

gewann ein Konzept die Gunst der Interventionspolitiker: die „Responsibility to Protect“ (R2P), auf Deutsch Schutzverantwortung. Es besagt: „Wenn ein Staat infolge Bürgerkriegs, eines Aufstands, interner Unterdrückung oder schwerer Verletzung der Menschenrechte seine Bevölkerung nicht mehr vor großem Leid bewahren könne, greife die Verantwortung der Staatengemeinschaft ein. Das Prinzip der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität müsse in diesen Fällen dem neuen Prinzip der Verantwortung weichen. Damit wird aus der responsibility allerdings noch kein Recht zur Intervention für einzelne Staaten hergestellt. Dies bleibt einzig und allein dem Sicherheitsrat gem. Art. 42 UNO Charta vorbehalten“. Diese entscheidende Einschränkung wurde alsbald geflissentlich ignoriert, wie die Kriege gegen Jugoslawien, Irak, Libyen und Afghanistan belegen, was auch mittels wissenschaftlicher Analysen erklärt werden sollte. Herfried Münkler, Historiker an der Humboldt-Universität, rechtfertigte vor mehr als zehn Jahren die „Herstellung einer imperialen Ordnung zwecks Absicherung von Wohlstandszonen an den Rändern ... Der Zwang zu einer zunehmenden Politik der Intervention ist auch die Reaktion auf die Konsequenzen der Globalisierung an der Peripherie“. Dieser als Vordenker gepriesene Politikwissenschaftler hat sich nach erfahrender Abfuhr in Afghanistan als Nachdenker geoutet: „Das Projekt einer regelbasierten Weltordnung kann man abschreiben. Der Traum von der Durchsetzung universeller Normen und Werte ist, zumindest auf globaler Ebene, ausgeträumt. Wer ihn jetzt noch weiterträumt, ist kein politischer Visionär, sondern ein Illusionist, der Vorstellungen lanciert, die andere ins Verderben stürzen.“ Heiko Maas will sich wohl mit einem Satz wie diesen daran beteiligen: „Als global vernetztes Land setzen wir uns für eine regelbasierte Weltordnung ein, die von der Stärke des Rechts und nicht durch das Recht des Stärkeren geprägt ist.“ Der ehemalige Leiter der regierungsnahen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ Volker Perthes formulierte präziser: „Eine Allianz williger Staaten (mußte) internationale Regeln ersinnen, ohne den Verdacht zu erwecken, daß es dabei um westliche Dominanz geht.“ Inzwischen haben die Taliban in Afghanistan die Macht des Handelns übernommen. Und wie hat der US-Präsident das erlittene Debakel kommentiert? „Es ist notwendig, der unverantwortlichen Politik des Eingreifens von außen und des Aufbaus der Demokratie in anderen Ländern unter Ignorierung der Traditionen der Völker ein Ende zu setzen.“ Chapeau, ist man geneigt zu sagen.

Wären die Worte Joe Bidens ernst gemeint, müßte er seine Sanktions- und Boykottpolitik von jetzt auf sofort aufgeben. Er würde die Tür für eine neue Ära der Friedlichen Koexistenz aufstoßen. Und hätte im russischen Präsidenten einen Partner, der in einem Gespräch mit russischen Schülern



Masar-e-Sharif, 22. Juli 2009: Deutsche Besatzer auf Patrouille in einem afghanischen Dorf

kolonialer Befreiung ist sich trug. Der Versuch einer Analyse des Geschehens soll diese These untersetzen.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts stand im Zeichen des Projekts Adolf Hitlers, in Osteuropa ein Kolonialreich zu etablieren. Auf die Niederlage des Faschismus folgten antikoloniale Befreiungsbewegungen, die den imperialistischen Ansprüchen für einige Zeit die Zügel anlegen konnten. Aber auch für den Wertewesten gelten die tröstenden Worte wie für jede Trauergemeinde: Die Zeit heilt alle Wunden. Sie heilt aber nicht alle. Als die imperialistische Seite glaubte, im Kalten Krieg die Sowjetunion in die Knie gezwungen zu haben, erhob das über ein Jahrhundert gedemütigte China sein Haupt. Das Reich der Mitte, aus dem neben der russischen Revolution 1917 die größte antikoloniale Revolution der Geschichte hervorging, führte einen Kampf um Anerkennung seiner nationalen Würde, gegen die von der Kolonialherrschaft auferlegte Unterdrückung, Erniedrigung und Enthumanisierung und für die Befreiung von neokolonialer Abhängigkeit. Mao Zedong schrieb viel über die Identität zwischen nationalem und

Wendung ist noch nicht abgeschlossen. Die Wege dorthin sind allerdings sehr unterschiedlich, wie die Beispiele in vielen Ländern Mittel- und Südamerikas, Afrika und Asiens zeigen. Die Methoden des Westens, diese Emanzipationsbestrebungen durch „humanitäre Interventionen“ in den imperialen Griff zu bekommen, sind immer die gleichen: Gewalt, Bestechung und die Implementierung westlicher Denkweisen. Was den letzten Punkt betrifft, so denken selbst Linke hierzulande ähnlich. Sie verweigern diesen Ländern ihre Solidarität, weil sie nicht ihren Vorstellungen einer demokratischen oder gar sozialistischen Gesellschaftsordnung entsprechen. Einen Schritt zur Anbiederung vollzog 2012 der damalige Abgeordnete der Grünen Volker Beck in einer Aktuellen Stunde. Er verblüffte mit der „Erkenntnis“, daß das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten eine „alte Sowjetdoktrin“ sei. Ein selten geäußertes Kompliment für Stalin persönlich für seinen Beitrag an der Ausarbeitung des Textes, aus dem die Charta der Vereinten Nationen hervorging. Noch zu Zeiten G. W. Bushs und Tony Blairs

nahezu identische Worte gefunden hat, indem er sagte, daß man im Umgang mit anderen Nationen unbedingt deren Geschichte, ihre Kultur, ihre Traditionen und ihre Lebensphilosophie berücksichtigen müsse. Gut, auch wir dürfen uns keinen Illusionen ausliefern. Für die Weltmacht USA und ihren in ihrem Kielwasser schwimmenden Verbündeten galt es, zunächst die Wunden zu lecken, Schuldige zu suchen und nach dem chaotisch vollzogenen Truppenabzug aus Afghanistan die Flucht nach vorn anzutreten. Diese führte zur Entscheidung, den Militärapparat nochmals kräftig aufzublähen. In Kombination neokolonialer Überheblichkeit, Belehrungen und imperialer Borniertheit wurden schon bald wieder die Messer gewetzt. So hat die EU bereits die Übergangsregierung in Kabul abgemahnt, weil sie nicht die religiöse und ethische Vielfalt repräsentiere und die Frauenrechte sowie die grundlegenden Freiheiten mißachte. Befangen in Selbstgerechtigkeit haben die politischen Akteure der Friedensnobelpreisträgerin EU eine Etappe in der jüngeren Geschichte Afghanistans vollständig ausgeblendet. Sie wurde kürzlich vom britischen Journalisten, Autor und Filmemacher John Pilger überzeugend dokumentiert. „1978 stürzte die von der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) geführte Befreiungsbewegung die Diktatur von Mohammad Daud ... Das Wall Street Journal schrieb, daß 150 000 Menschen (voller Begeisterung) demonstrierten, um die neue Flagge zu ehren ... Die Veränderungen waren so radikal, daß sie in den Erinnerungen jener, die davon profitierten, bis heute lebendig sind. Pilger betont, daß die Sowjetunion die DVAP-Regierung zwar unterstützte, diese aber keine „Marrionettenregierung“ unter der Regie des Kreml gewesen sei, wie das von der US- und britischen Presse behauptet wurde. Aber mit dieser Lüge gelang es dem US-Präsidenten Jimmy Carter, „ohne Wissen der US-Öffentlichkeit und des Kongresses, 500 Millionen

Dollar für einen ‚verdeckten Einsatz‘ bereitzustellen, um Afghanistans erste säkulare, progressive Regierung zu stürzen. (...) Im August 1979 berichtete die US-Botschaft in Kabul, daß ‚den weiter gefaßten Interessen der USA (...) am besten mit einem Ende der DVAP-Regierung gedient wäre, gleich, wel-

begangenen Kriegsverbrechen zur Sprache kommt? Wohl kaum. Als ein italienischer Schriftsteller kritisch befragt wurde, warum er mit der Unterstützung der Sowjetunion für die junge demokratische Regierung Afghanistans sympathisiere, antwortete er mit einer Gegenfrage:



Frauen auf einer Demonstration in Kabul unter der Regierung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans Ende der 70er Jahre

che Rückschläge das für zukünftige soziale und wirtschaftliche Reformen in Afghanistan bedeutet“.

Wäre es denkbar, daß in der von der Kriegsmministerin Kramp-Karrenbauer geplanten Aufarbeitung auch die von den USA betriebene Zerstörung der afghanischen Befreiungsbewegung und die in der Folgezeit von ihr mit Hilfe ihrer NATO-Verbündeten in „uneingeschränkter Solidarität“

„Wollen Sie, daß Afghanistan wieder in einen Zustand versetzt wird, wie ihn Marco Polo vorgefunden hat?“ Ob die Wunden, die der neokoloniale Kreuzzug geschlagen hat, jemals verheilen werden, wird davon abhängen, ob die sich neu konstituierende Regierung die kolonialen Fesseln wird abstreifen können.

Hans Schoenefeldt

Abstiegskämpfe

Der Westen geht geschwächt aus 20 Kriegsjahren in Afghanistan sowie im Nahen und Mittleren Osten hervor und konzentriert seine Kräfte nun geballt auf die großen Machtkämpfe gegen Rußland und vor allem gegen China. Dies zeigen mehrere Stellungnahmen aus Anlaß des vollzogenen endgültigen Abzuges der westlichen Streitkräfte vom Hindukusch. So erklärte US-Präsident Joe Biden, Washington werde in Zukunft wohl auf Militäreinsätze zwecks „Nation Building“ verzichten, um sich stattdessen für die „neuen Herausforderungen“ durch Moskau und Beijing zu stärken. Deutschland hat den Schwenk zur Großmachtkonfrontation in seiner Rüstungs- und Militärpolitik längst vollzogen, rüstet vor allem für Kriege gegen Streitkräfte starker Staaten auf und fokussiert seine

Manöver auf Szenarien eines Waffengangs gegen Rußland; hinzu kommen zunehmend militärische Aktivitäten in Asien und der Pazifikregion. Über die schwere Niederlage am Hindukusch, die mit einer massiven Ressourcenverschwendung einherging, urteilen Experten, sie sei eine „weitere Etappe im Abstieg des Westens“.

Berlin und Brüssel suchen nun die Niederlage in Afghanistan zum forcierten Aufbau einer neuen EU-Eingreiftruppe zu nutzen. Man habe gegen die US-Entscheidung zum Abzug vom Hindukusch „kaum Widerstand“ geleistet, weil man nicht über ausreichende eigene militärische „Fähigkeiten“ verfüge, moniert Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. Man könne nur „gewinnen“, wenn die EU stärker werde sowie

„auf Augenhöhe mit den USA“ gelange. Bereits zuvor hatte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell in einem Medienbeitrag gefordert, neben „militärischen Schlüsselfähigkeiten“ müsse die Union vor allem eine besonders schlagkräftige Eingreiftruppe (initial entry force) aufbauen.

Aktuell ist in der EU von einer mindestens 5 000 Soldaten starken Einheit die Rede, die sich am Vorbild der NATO-„Speerspitze“ orientiert; eine Aufstockung auf bis zu 20 000 Militärs wird ebenfalls diskutiert. Eine Entscheidung darüber könnte im November fallen. Widerstand leisten insbesondere US-nahe EU-Mitgliedstaaten in Ost- und Südosteuropa.

Zitiert nach german-foreign-policy.com

1.9. und 5.9.2021

Das Spiel mit dem Feuer

Seit 76 Jahren tanzt die Welt am Abgrund zur atomaren Katastrophe

Seit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 hängt die Gefahr eines Nuklearkrieges wie das Schwert des Damokles über der gesamten Menschheit, was eine mächtige Friedensbewegung auf den Plan rief. Doch dem Imperialismus ist es gelungen, ihr die Speerspitze zu nehmen. Aus der Friedensbewegung wurde eine Antikernkraftbewegung, die in Deutschland zu dem absurden Ergebnis geführt hat, daß die Atomkraftwerke abgeschafft, aber die hier stationierten Atomwaffen erneuert werden.

Nicht Hiroshima ist zum Schreckenswort des Atomzeitalters geworden, sondern Tschernobyl. Dabei war die Verseuchung der Erdatmosphäre während der überirdischen Atomwaffenversuche um etliche Male höher als durch die Kernschmelze von Tschernobyl oder auch der von Harrisburg (1979). Noch heute weht mit dem Saharastaub radioaktives Cäsium 137 über das Mittelmeer nach Europa, das von den französischen Atombombenabwürfen stammt. 1956 erreichte bei britischen Atombombenabwürfen über dem australischen Outback der radioaktive Fallout die australische Großstadt Adelaide. Die USA hatten zwischen 1946 und 1958 mit 22 Atombombenversuchen drei Eilande aus der Kette der Marschallinseln verschwinden lassen. Das Bikini Atoll ist noch heute unbewohnbar. Dafür gab jenes Atoll zur Zeit der Atombombenabwürfe einem aufreizenden zweiteiligen Badeanzug seinen Namen. Aus dieser Zeit stammt auch der Begriff „Sexbombe“. Die Atomkriegsgefahr wurde „sexy“.

Damit dieses hedonistisch gezeichnete Weltbild nicht durch atomaren Müll gestört werde, mußte der von der Erdoberfläche verschwinden. Allein in den USA sind bis 2019 77 000 Tonnen Brennelemente aus ziviler und militärischer Nutzung angefallen. Jährlich kommen 2 000 Tonnen und 344 Millionen Liter Abfall aus der Plutoniumproduktion hinzu. Außerdem fallen 13 Millionen Kubikmeter an verstrahlten Werkzeugen, Lösungsmitteln, Schutzbekleidung, Abraumhalden und schwachradioaktiver Abfall an. Die einfachste Antwort auf die Frage „wohin damit?“ war: „Ins Meer“. Im Atlantik sind es elf und im Pazifik 18 Verklappungsstellen. Gleiches geschah in der arktischen See, vor Afrika, im Tyrrenischen Meer und in der Adria. Zwischen 1991 und 1994 versenkten die neuen Moskauer Herren auch radioaktive und chemische Waffen in der Ostsee. Erst 1993 wurde das verboten. Das Verbot gilt aber nicht für radioaktive Flüssigkeiten. Noch heute fließen unter anderem bei La Hague jährlich 33 Millionen Liter und bei Sellafield weitere Millionen Liter radioaktiver Abfall ins Meer.

Nahezu völlig wurden die Gefahren aus der öffentlichen Debatte herausgehalten, die von den etwa 1000 atomaren Sprengköpfen, die ständig in Flugzeugen, auf Kriegsschiffen und in U-Booten einsatzbereit um die Erde transportiert werden, und von den 400 atomar bestückten Interkontinentalraketen der

USA ausgehen. Sie brachten die Menschheit bereits mehrmals an den Abgrund.

Die Sandia National Laboratories, eine Behörde deren Aufgabe es ist, die Produktion und Sicherheit der US-Atomwaffen zu überwachen, hat zwischen 1950 bis 1968 mehr als 1 200 Unfälle mit Atomwaffen dokumentiert. Bereits die Hiroshimabombe zündete nicht wie errechnet. Bei der Fehlzündung spaltete sich nur 1,38 Prozent des Atomkerns. Es darf angenommen werden, bei richtiger Zündung wären weit mehr als „nur“ 100 000 Menschen getötet worden.



6. August 1945. Abwurf der US-amerikanischen Atombombe auf Hiroshima

Um das 260fache an Sprengkraft übertraf sie jene Bombe, die am 24. Januar 1961 aus einem auseinanderbrechenden Flugzeug über North Carolina herausfiel. Ein Schalter verhinderte die Katastrophe. Die Bombe verfügte über eine Zerstörungskraft, die allen Sprengstoff zusammengekommen, der bislang in Kriegen eingesetzt wurde, übertraf. Goldsboro in North Carolina wäre verbrannt, und Washington und Philadelphia wären radioaktiv verseucht worden.

Aber es trifft nicht nur die US-Bürger, sondern auch die Bürger in den Vasallenstaaten. Glimpflich ging es in Marokko aus, wo 1958 ein US-Bomber mit Atomwaffen in Brand geriet. Im Januar 1961 stößt eine mit vier Wasserstoffbomben beladene B 52 mit einem Tankflugzeug zusammen. Drei Bomben fallen auf das Land und verseuchen 170 Hektar mit Plutonium. Soldaten tragen 50 LKW-Ladungen vergiftete Erde ab. Die vierte Bombe wird erst nach drei Monaten im Meer gefunden und gehoben. 1968 stürzt über Grönland ein Flugzeug mit vier Bomben an Bord auf eine Eisscholle. Das Feuer der brennenden Maschine verteilt radioaktives Material. 7 000 Kubikmeter Eis und Schnee müssen aufgesammelt werden, bevor die Scholle schmilzt und das Meer verseucht. Am 11. Januar 1985 explodiert auf der Waldheide das Triebwerk einer Pershing II Rakete. Der nukleare Gefechtskopf ist heil geblieben. Nur deshalb sind Heilbronn und Stuttgart immer noch besuchenswerte Städte.

Um 1959 / 1960 entwickelten die USA Pläne für einen Atomkrieg. Im Visier hatten sie militärische Einrichtungen und Industriezentren in China, Osteuropa und der Sowjetunion. Die Sowjetunion sollte durch mehrere Schläge

in drei bis zehn Stunden zerstört werden. Im Kalkül war, daß der radioaktive Niederschlag auch über der BRD, Frankreich und den anderen „Verbündeten“ niedergehen würde. Europa wäre eine atomare Wüste, aber die USA hätten überlebt, sagte die Planung. In der Rechnung waren 600 Millionen Tote. Auf ähnliche Szenarien laufen die strategischen Überlegungen der USA und der NATO auch heute wieder hinaus, und in den europäischen Staaten spielen dabei gewissenlose Politiker sowie Militärs mit.

Die Geschichte ist voll von Beispielen, daß die ausgeklügeltsten strategischen Überlegungen sich wider Erwarten in ihr Gegenteil verkehren. So kalkulierten die USA 1962, sich die Hände am um Westberlin entbrannten Feuer wärmen zu können. Tatsächlich aber hatten sie mit der Kubakrise die Atomwaffen vor der eigenen Haustür. Mit einer Seeblockade wollten sie die Gefahr beseitigen. Dabei bombardierten sie ein sowjetisches U-Boot, das, was sie nicht wußten, abschußbereite Atomtorpedos an Bord hatte. Allein der Kommandeur des sowjetischen Flottenverbandes Wassili Alexandrowitsch Archipow unterband, daß der provozierende US-Flottenverband von der Meeresoberfläche verschwand. Den USA war auch nicht bekannt, daß auf Kuba bereits atomare Kurzstreckenraketen einsatzbereit waren. Hätte Präsident John F. Kennedy nicht seine kriegstollen Generäle zur Vernunft gebracht, wären die Folgen für die USA un kalkulierbar gewesen, und Europa nicht die USA wären zumindest anfangs Zuschauer geblieben. Dieser Vorfall weist aber auf eine völlig neue Kriegsgefahr hin: Die Besatzung des bombardierten U-Bootes wußte nicht, ob nicht schon der III. Weltkrieg ausgebrochen war. Der Kommandant des besagten U-Bootes war dieser Meinung und wollte die US-Schiffe versenken.

Zudem vermehren die atomarbewaffneten und -angetriebenen U-Boote den Atommüll am Meeresgrund. 1960 sank die USS Sargo in Pearl Harbor, 1963 die USS Thresher, 1968 die USS Scorpion, von der noch immer zwei Atomtorpedos aus 3 000 Metern Tiefe gehoben werden könnten. Über 20 Atomtorpedos trug die sowjetische K-8, die 1970 im Golf von Biscaya gesunken ist. 1971 ließ die USS Dace 1 400 Liter verseuchtes Wasser versehentlich in die Themse abfließen. Ein ähnliches Mißgeschick unterlief der USS Puffer, wobei 1 900 verseuchtes Wasser Washington selbst vergiftete. Die sowjetische K-129 hinterließ bei den Bermudas 32 Nuklearsprengköpfe in 5 500 Metern Tiefe. Die Komsomolez liegt mit zwei Atomtorpedos in 1 680 Metern Tiefe. Seit 2005 liegt die USS San Francisco vor Guam in 525 Meter Tiefe. 2007 explodierte die HMS Tireless nördlich von Alaska.

Wie lange das alles maximal noch gutgeht, ist nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung voraussetzbar.

Frank Wecker
Leegebruch

Der Menschheit drohen Kriege ...

Wer könnte leugnen, wer könnte auch nur den geringsten Zweifel daran hegen, daß die Kriegsgefahr aktuell so hoch ist, wie die letzten dreißig Jahre nicht mehr? Längst haben Pentagon, NATO-Strategen und die ihnen verbundenen militärischen Think-Tanks ihr Reden hinter verschlossenen Türen aufgegeben. Sie betreiben offenen Kriegshetze. US-Präsident Joe Biden, schon vor Monaten nicht zimperlich, als er in einem Interview mit dem US-Sender ABC Wladimir Putin als „Mörder“ deklarierte, redet Klartext: „Ich denke, es ist mehr als wahrscheinlich, daß wir in einem Krieg enden werden – einem echten Krieg ... und (seiner) Wahrscheinlichkeit nimmt exponentiell zu“ (27. Juli 2021). Die Internetplattform „The National Interest“, seit 30 Jahren bekannt für ihre Nähe zu US-Militärkreisen, schreibt am 11. August: „Was Sie wissen müssen: Die Vereinigten Staaten können immer noch zwei große Kriege (gemeint ist: gegen Rußland und China) gleichzeitig durchführen und gewinnen. Die Vereinigten Staaten können dies tun, weil sie weiterhin das beeindruckendste Militär der Welt unterhalten und weil sie an der Spitze eines äußerst mächtigen Militärbündnisses stehen.“ Bloße Kriegsliturgie selbstvergessen wildgewordener Militärs?

Die US-Administration und ihre Verbündeten strafen das Sprichwort „Hunde, die bellen, beißen nicht“ lügen. Längst ist der Hund von der Leine gelassen. Allein in den letzten Monaten übten 2500 Soldaten aus zwölf NATO-Mitgliedstaaten in der Operation „Agile Spirit“ (auch unter Beteiligung der Bundeswehr und Truppen aus Aserbaidschan, Georgien und der Ukraine) im Südkaukasus die Landnahme. Der US-Airforce-Offizier Ari Martin ist sich sicher, „daß wir, so wie wir es heute getan haben, überall auf der Welt schnell unsere Kampfkraft einsetzen können“. Organisiert vom Noch-nicht-NATO-Mitglied Ukraine übten im Seemanöver „Sea Breeze“ 5000 Soldaten aus 32 Ländern die Anlandung von Truppen und Kriegsgerät. „Defender Europe 2021“ steht für 28 000 Soldaten aus 26 Nationen mit Deutschland als logistischer Drehscheibe. Das Kommando der US Army Europe (USAREUR) gab als Devise aus: „Defender Europe 2021 demonstriert unsere Fähigkeit, als strategischer Sicherheitspartner auf dem westlichen Balkan und im Schwarzen Meer zu fungieren und gleichzeitig unsere Fähigkeiten in Nordeuropa, im Kaukasus, in der Ukraine und in Afrika zu erhalten.“ Vor den Küsten Chinas erprobte die USA in den Übungen „Forager 21“, „Talisman Sabre“, „Pacific Griffin“ und „Pacific Iron“ die Zerschlagung feindlicher Marine. Der Leiter der Übungen, U.S. Air Force Captain David Tharp: „Wir zeigen unsere Bereitschaft und

wie wir das Beste daraus machen.“ Nachdem es mit der Verteidigung der Freiheit am Hindukusch nicht hingehauen hat, geht auch die Bundesmarine im Schlepptau des großen Freundes auf Feindfahrt im Indopazifik. Annegret Kramp-Karrenbauer: „Die Botschaft



9. September: US-Marineinfanteristen und ukrainische Soldaten während des antirussischen Manövers „Agile Spirit“ in Georgien

ist klar: Wir zeigen für unsere Werte und Interessen Flagge, gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten!“ Weltweit üben sie die Einkreisung von Rußland und China. Wenn es um „unsere Werte“ geht, ist man nicht zimperlich. Und was von den Werten zu halten ist, bewiesen NATO-Bomber schon 1999, als bei 2300 Luftschlägen gegen Serbien 2500 Zivilisten, darunter 79 Kinder, ihr Leben ließen. Auch die über 100 zivilen Opfer des von einem deutschen Offizier befehligten Bombardements bei Kundus (Afghanistan) mußten sterben, weil Deutschland weltweit „Flagge zeigt“. Abgerundet wird das Bild durch deutsche Waffenexporte an Länder, die nur ein Tor als Hort der Menschenrechte bezeichnen würde: Exporte von Kriegsgerät im Jahr 2020 an Katar (305,1 Mio. Euro), an die Vereinigten Arabischen Emirate (51,3 Mio. Euro), an Kuwait (23,4 Mio. Euro), Ägypten (752 Mio. Euro) und die Türkei (22,9 Mio. Euro). Die Signale stehen auf Krieg. Die NATO lauert nur darauf, daß an irgendeinem neuralgischen Punkt der Weltkarte ein Anlaß für eine militärische Konfrontation geliefert wird oder durch gezielte Provokation der Einsatz gerechtfertigt werden kann. Die Blicke richten sich dabei auf das Baltikum, die Ostukraine, den Nahen Osten und das Südchinesische Meer. Auch der schmählische Abzug aus Afghanistan führt nicht zu einer Stabilisierung der Region, denn schon werden Stimmen laut (Tagesschau vom 10. August): „Afghanistan ist für den Westen verloren“, die eine unheilige Allianz von Taliban, Rußland und China als neue Gegnerkoalition beschwören. Im bundesdeutschen Wahlkampf der Atlantiker-Parteien war Krieg und Frieden hingegen kein Thema. Statt dessen kümmerte man sich um existenzielle

Fragen wie: Strahlt Olaf Scholz trotz oder wegen fehlender Krawatte mehr staatsmännische Souveränität aus als Armin Laschet? Oder „ob Habeck alles hat, woran es bei Baerbock mangelt“ (TAZ). Nur dort, wo der atlantische Club besorgt auf potentielle Neu-

mitglieder schaute, kam die NATO ins Spiel: Verlässlichkeit in der Außenpolitik heiße auch, „zur NATO zu stehen“, so Baerbock. Gemeint war der erneute Bundeswehreininsatz am Hindukusch. Anstatt klare Kante zu zeigen, stimmten gar fünf Linkenpolitiker im Bundestag für den Einsatz, sieben dagegen, 43 enthielten sich. Die Frage von Krieg und Frieden trägt indes keine „Enthaltung“. Das Abstimmungsergebnis ist zugleich trauriges Sinnbild dessen, wie die Ideologie des Menschenrechtsimperialismus auch bei denen verfängt, von denen man es anders erwarten durfte. Selbstverständlich gibt es auch das andere Deutschland, gibt es zehntausende, die sich in die seit nun 60 Jahren stattfindenden Ostermärsche einreihen, am

1. September, dem Antikriegstag, in über 100 Städten gegen Militarismus und Imperialismus auf die Straße gehen oder unermüdlich in ihrem Umfeld für den Frieden werben. Der Gegner erscheint übermächtig. Nicht allein, weil er weiß, seine Waffenarsenale weltweit zur Durchsetzung seiner ökonomischen Interessen zu nutzen, sondern – was ungleich mehr wiegt – weil er mit dem Heer seiner Politiker, der gegen Rußland und China geifernden Journaille und medialen Bodentruppen Tag für Tag die Köpfe aufs neue erobert. Bertolt Brecht wußte um die Mühsal und den langen Atem, den die Überzeugungsarbeit für den Frieden braucht. Er schrieb 1952: „Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer (...) Der Regen von gestern macht uns nicht naß, sagen viele. Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen. Und doch wird nichts mich davon überzeugen, daß es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. Laßt uns das tausend Mal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Dr. Ralf Hohmann

Gedanken über einen „neuen“ Kalten Krieg

Die Ära des Kalten Krieges, die bald nach dem II. Weltkrieg einsetzte und nun seit dreißig Jahren der Geschichte angehört, war eigentlich ein aktiv betriebener Nicht-Frieden. Er konnte binnen weniger Stunden zu einem atomaren Krieg werden und einen Großteil der Menschheit vernichten. Zeitlich „verortet“ von 1947 bis 1991 war ihm ein enormes Unsummen verschlingendes Wettrüsten immanent, das vor allem die weitere Entwicklung der Nuklear- und Raketentechnologie beinhalten. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu sagen, daß man mit den enormen für die Rüstung ausgegebenen Mitteln in diesen 45 Jahren grundlegende globale Probleme der Menschheitsentwicklung, hier u.a. Klima- und Umweltforschung, Fragen der Weltenergieproblematik, Medizinforschung und gute Medizin für alle, Kampf gegen Armut in der Welt und Unterernährung, usw. hätte zumindest in Ansätzen lösen können. Denkt man dieses für die letzten 30 Jahre weiter, gäbe es heute wohl keine Klima- und Umweltkrise in der heutigen Dimension.

Atomare Abschreckung und nukleares Gleichgewicht

Im Laufe der Jahre sind immer mehr Staaten zu Atommächten, d.h. Besitzer von Kernwaffen, hier Atomsprenköpfen geworden. Heute zählt man dazu die USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich und China. Diese Staaten sind offizielle Atommächte, die laut Atomwaffensperrvertrag über Atomwaffen verfügen. Atommächte de facto sind auch Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea. Diese Staaten sind jedoch dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten.

Geboten die USA im Jahr 1990 noch über 21 211 Nuklearwaffen und die damalige Sowjetunion über 33 417, so konnten diese gewaltigen Arsenale durch Abrüstungsverträge bzw. Vernichtung in den folgenden Jahren stark reduziert werden. Gegenwärtig sollen die neun Staaten über insgesamt 13.440 Atomsprenköpfe verfügen. Mehr als 90 % (= 12 175 Atomsprenköpfe) davon sind im Besitz der beiden militärischen Supermächte USA (5800) und Rußland (6375). (Quelle: Statista 2020). Fast 4000 der weltweit vorhandenen Kernwaffen sind nach Meinung von Experten sofort einsatzfähig, davon geschätzte 1800 in ständiger Alarmbereitschaft. Die Zündung von ca. Einhundert davon würde schon zu einer globalen Verwüstung führen. Die Gefahr besteht heute auch darin, daß alle entwickelten Staaten mit wissenschaftlich-technischem Potenzial und entsprechendem Einsatz von Geld und Personal in der Lage sind, eine Atombombe zu entwickeln. Das technologische Wissen hierfür ist heute in allen Industriestaaten vorhanden. Seit Jahrzehnten bilden nuklearbewaffnete, strategische ballistische Interkontinental-

raketen den Kern der Atomstreitkräfte der Nuklearmächte. Mit diesen Raketen mit Reichweiten von mehr als 13 000 Kilometer und bestückt mit manövrierfähigen nuklearen Mehrfachsprengköpfen, die ein Zielgebiet von mehreren 100 Kilometer Durchmesser abdecken, konnte sich die Menschheit zum ersten Mal in ihrer Geschichte selbst vernichten. Die Entwicklung dieser Waffe revolutionierte die strategischen Erwägungen von Militärs und Politikern. Für die gegenseitigen Macht- und Drohgebärden konnte man auf land- und seegestützte Systeme zurückgreifen. Man konnte sie aber ab einer bestimmten qualitativ und quantitativ erreichten Stufe nicht mehr ohne weiteres anwenden, denn sie bargen immer die Gefahr der Selbstvernichtung in sich. Nukleare Abschreckung hieß das magische Wort und ließ eine direkte militärische Auseinandersetzung der Supermächte nicht mehr zu. Immer aber bestand die Gefahr eines menschlichen oder technischen Versagens. Trotz Abrüstungsabkommen und erfolgter Reduzierung in den 90er Jahren befinden sie sich heute immer noch in großer Stückzahl im Bauch von U-Booten oder in unterirdischen Silos fest verbunkert und warten auf ihren hoffentlich nie erfolgenden Einsatz. Der Prozeß einer echten globalen nuklearen Abrüstung wurde nie zu einem Ende gebracht. Der Kalte Krieg mit dem Ost-West-Konflikt ist heute für viele ein Teil der Geschichte, die militärische Rüstung nahm aber global ihren weiteren ungebremsten Verlauf. Mit Hilfe der Deutungshoheit der bürgerlichen Medien wird heute schlichtweg ein neues, altes Feindbild in den Köpfen der Menschen etabliert. Dem Antibolschewismus von Hitler und der Ideologie des Antikommunismus allgemein folgte nach dem Ende des Kalten Krieges der Antirussismus von heute. Die Rußlandberichterstattung ist einseitig und richtet sich an Stereotypen aus. Die Faktoren „Angst“ und „Bedrohung“ spielen wieder eine starke Rolle und in einer globalisierten Welt, in der sich heute diverse Interessen überlagern. Der gesamte Westen, allen voran USA und NATO sind dabei permanent um weitere Eskalation bemüht, und zwar mittels kampagnehafter Schuldzuweisungen, Sanktionen, Truppenverlegungen, Raketenstationierungen in Rumänien und Polen. So soll Rußland immer weiter in die Enge getrieben und zu unvorhersehbaren Reaktionen provoziert werden. Mit dem Feindbild wurde die scheinbare Notwendigkeit von immer größeren Rüstungsausgaben aufrechterhalten. Es wird immer weiter gerüstet und nachgerüstet. Es taucht die Frage auf, wer bezahlt das Ganze?

Wer bezahlt die Rüstung?

Rüstungsausgaben sind bekanntlich militärische Maßnahmen und Mittel zur

Vorbereitung einer kriegerischen Handlung, sei es Angriff oder Verteidigung. Unter Auf- bzw. Abrüstung wird dementsprechend die Erweiterung bzw. Reduzierung der Rüstung verstanden. Betreffende Zahlen, im Zusammenhang mit Haushalt, Budget oder Etat genannt, umfassen alle Investitionen und Ausgaben, die ein Staat über einen bestimmten Zeitraum hinweg für Aktivposten für das Militär tätigt. Bezahlen muß die Rüstung letztlich der Steuerzahler. Hier wird von manchen auf mehr Transparenz und Offenlegung gedrängt, weil andere offensichtlich verschleiern wollen. So können zum Beispiel für Ausgabenkategorien eines Rüstungshaushalts zusätzliche, versteckte Finanzierungen in anderen Haushaltsposten enthalten sein. Nicht zu vergessen ist hier, daß die Rüstungswirtschaft ein Bereich ist, in dem kaum normale Marktmechanismen wirken. Es ist der Staat, der die rüstungstechnischen Innovationen mit hohe staatlichen Vorleistungen und Subventionen sowie staatliche Haftungsgarantien zu garantieren hat. Die politische Ökonomie kennt hier den immer noch gültigen Begriff vom monopolistischen Extraprofit. Privates Risikokapital allein ist nicht in der Lage die technologisch immer aufwändigeren Waffensysteme zu realisieren. Hinzu kommt, daß sich schon lange Lobby-Netzwerke aus Militärs, Rüstungsfirmen und Bürokratie gebildet haben, die bis heute Entscheidungen über Rüstungskäufe und -exporte beeinflussen. Die militärischen Fähigkeiten der anderen Seite werden (wieder) übertrieben dargestellt, was der Rüstungsindustrie einträgliche staatliche, wenig kontrollierte Forschungs- und Entwicklungsmittel sowie lukrative Aufträge für Waffensysteme sichert. Wirklich profitabel ist die Rüstungsproduktion aber für den Export, da die Entwicklungskosten schon im Rahmen der nationalen Beschaffung bezahlt worden sind.

Globales Weltbild und Rüstungswettlauf heute

Verändert hat sich die Situation insofern gravierend, da seit einigen Jahren mit China eine neue und starke wirtschaftliche und militärische Macht die Bühne betreten hat. Als Supermächte werden heute 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges von SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) vor allem die USA und China betrachtet. Rußland lag 2020 bei den Militärausgaben mit 3,1 % hinter Indien (3,7 %) auf Rang vier und gibt in den letzten Jahren nachweisbar weniger für die Rüstung aus. Diese Zahlen sagen ganz lapidar aus, daß Rußland in 2020 im Vergleich zu den USA ein Zehntel dessen für die Rüstung ausgegeben hat. Erstens kann sich Rußland derartige Zuwächse wie die USA gar nicht leisten und zweitens – wie Putin betonte – will man sich nicht erneut

zum „Totrüsten“ treiben lassen. Er macht aber auch keinen Hehl daraus auch Atomwaffen einzusetzen, wenn man die Existenz des Staates bedroht sieht. So hat er in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit mehrfach über neu in Dienst gestellte bzw. sich in der Entwicklung befindliche Waffensysteme informiert. Der kostspielige Versuch eines US-Raketenabwehrschirm um Rußlands strategisches Arsenal zu neutralisieren, ist mit den gegenwärtigen Entwicklungen um die Hyperschallnutzung gescheitert. Zugleich sind die Fähigkeiten Rußlands angreifende Raketen selbst abzufangen angestiegen, so mit dem rund um Moskau aufgestellten neuen System S-500. Weltweit wird unverändert immer mehr Geld in die Rüstung gesteckt: 1981 Milliarden (1.981.000.000.000) US-Dollar haben die Staaten der Welt 2020 für Rüstungsgüter ausgegeben. Das waren bei einer Weltbevölkerung von mehr als 7,8 Milliarden Menschen ca. 253 Euro Militärausgaben pro Kopf. Es war der höchste Wert seit 1988. Festgestellt werden muß auch, daß die Corona-Pandemie keinen nennenswerten Einfluß auf die weltweiten Rüstungsausgaben 2020 gehabt hat. Die Militärausgaben sind angestiegen, mitten in einem wirtschaftlichen Niedergang. Welche Länder geben am meisten für Militär aus? – fragt SIPRI jedes Jahr. Das Friedensforschungsinstitut in Stockholm zeigt auf, daß die USA im Jahr 2020 mit 778 Milliarden US-Dollar allein etwa 39 % der weltweiten Rüstungsausgaben tätigten und damit mit deutlichem Abstand vor allen anderen Staaten liegen. China folgt mit 13 %, das sind über 250 Milliarden US-Dollar. Das Institut erklärt das mit den ambitionierten Plänen zur Modernisierung bei den Waffensystemen und „Expansionsplänen“. Daß sich die Volksrepublik auch selbst gefährdet sieht, daran wird kein Gedanke verschwendet. Der chinesische Staat ist auch selbst größter Abnehmer der erzeugten Militärgüter. So werden nahezu alle Waffen, die in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Elektronik und Landsysteme produziert werden, im Inland vom chinesischen Militär gekauft. Ein Grund dafür ist, daß Peking bei der Herstellung der Waffen und Technologien für sein Militär unabhängig von anderen Staaten sein will. China verfügt heute über etwa 320 Atomwaffen. 190 landgestützte und 48 seegestützte ballistische Raketen bilden das Rückgrat der chinesischen Nuklearstreitmacht.

Die drei Länder China, Indien und Pakistan teilen umstrittene Grenzen und sind seit vielen Jahren in den Kaschmirkonflikt involviert, der auf Hinterlassenschaften aus der britischen Kolonialzeit beruht. Dabei geht es im wesentlichen um die Rohstoffe in dem betreffenden Gebiet. Indien und Pakistan besitzen zusammen ca. 300 Atomsprengköpfe. Ein indischer Politologe meinte jüngst, der Unterschied zwischen dem alten und einem neuen Kalten Krieg wäre, daß Länder, die zwischen den Fronten stehen, sich nicht mehr von einer Seite vereinnahmen lassen müssen, sie hätten

auch andere Optionen. Indien realisiert auch ein ambitioniertes Raumfahrtprogramm und verfügt im militärischen Bereich über Kurz-, Mittel- und seit 2012 Langstreckenraketen. Es kann damit das gesamte Territorium Pakistans und Chinas erreichen und testet auch schon Hyperschallwaffen.

Der Hype mit dem Hyperschall

Alle Staaten, die dazu technologisch in der Lage sind, entwickeln derzeit Hyperschall-Waffen. Diese sollen wieder einen Erstschlag ermöglichen und nicht von Abwehrraketen abzufangen sein. Von Hyperschall oder Hypersonic spricht man, sobald ein Projektil fünffache Schallgeschwindigkeit erreicht, also Mach 5. Das entspricht ungefähr 6000 Kilometer pro Stunde oder 1,7 Kilometer in der Sekunde. Das russische System Avangard soll etwa die 20fache Schallgeschwindigkeit erreichen können. Gegen Hyperschallraketen gibt es derzeit keinen Schutz. Sie sind insofern hochgefährlich, weil sie die Reaktionszeiten extrem verkürzen. Abwehrsysteme können letztlich nur noch autonom und blitzschnell entscheiden und ebenso müßten nukleare Gegenangriffe im Sinne des Gleichgewichts der Kräfte autonom, also von KI-Systemen ausgelöst werden. Die Entwicklung und Existenz von Hyperschallwaffen erzwingen Wettrüsten der autonomen Systeme. Was sich hier wie Utopie anhört, ist bald Realität.

Krieg im All und aus dem All

Gesetzt wird weiterhin auch auf diese Karte. Nach Angaben von SIPRI werden heute von den USA über zwei Drittel aller im Weltraum stationierten Militärsatelliten unterhalten und man verfügt über das Potenzial die verschiedenen weltraumgestützten militärischen Systeme in einem einzigen integrierten System zur Präzisionskriegsführung zu vernetzen. Die Fähigkeit hierzu wurde im völkerrechtswidrigen USA-Krieg gegen den Irak 2003, der mit einer Lüge begann und hunderttausende Opfer kostete, hinreichend bewiesen. Bereits gegen Ende der 90er Jahre haben Militärstrategen des Space Command der USA mit dem Bericht „Vision for 2020“ den Weltraum als Teil des zukünftigen Operationskonzeptes der US-Streitkräfte herausgestellt. Es wird das Fazit gezogen, daß neben Land, Wasser und Luft der Weltraum der vierte potenzielle Kriegsschauplatz geworden ist. Der Masterplan der Strat Com sieht heute vor, daß die USA bis zum Jahr 2025 in der Lage sein werden, innerhalb von Minuten aus dem Weltraum jedes Ziel auf der Erde zu treffen und potenziellen Feinden den Zugang zum Weltraum zu verwehren. Das alles bedeutet gegenüber den Zeiten des Kalten Krieges ein militärisches Wettrüsten im All in völlig neuer Qualität. Da Wettrüsten immer Eigendynamik generiert, werden andere Länder, neben Rußland allen voran China, auf die Dislozierung von US-Waffen im

Weltraum reagieren. Das wiederum würde die regionalen Rivalen Indien und Pakistan ebenfalls zu Aktivitäten veranlassen. Beide Länder verfügen über beachtliche Programme für die militärische Nutzung des Weltraums.

Das Zwei-Prozent-Ziel

Auch Deutschland erhöht seine Militärausgaben und wird mit 53 Mrd. auf Platz sieben aufgeführt, das ist insofern beachtlich, daß dies verglichen mit Rußland nur 15 Mrd. weniger sind. (Zwischen den Ländern liegen nur noch Saudi-Arabien und Frankreich. 53 Mrd. sind rund 1,4 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und wie man bedauernd hören kann, sei damit das geforderte Zwei-Prozent-Ziel ja immer noch nicht erreicht. Das wären dann bis 2024 (2004 beim NATO-Gipfel in Wales festgeschrieben) eben 75 Mrd. €. Es ist eine scheinheilige Begründung, wenn man heute nachlesen kann: 2 % für die Verteidigung seien nicht zuviel, in den Hochzeiten des Kalten Krieges, Anfang der 60er Jahre wendete Deutschland ja rund 5 % seines BIP für Verteidigungszwecke auf. Will man also diesen Zustand wieder erreichen?

Resümee

Es ist müßig, darüber zu sinnieren, ob die gegebene Situation heute als neuer Kalter Krieg bezeichnet werden muß oder nicht. Ein gefährliches Wettrüsten ist es allemal. Neue Technologien wecken neue Begehrlichkeiten und immer noch prägen nukleare Bedrohungen die politischen Kalkulationen. Heute geht es um Wettbewerb und Durchsetzungsfähigkeit auf den globalen Märkten, wobei die Rollen neu verteilt wurden. Dabei kann die Wahrscheinlichkeit eines nuklear-strategischen Schlagabtauschs nicht ausgeschlossen werden. Begrenzte kriegerische Auseinandersetzungen in Europa und im Nahen Osten, die jederzeit eskalieren können sind möglich, aber dies trifft auch auf größere Kriege in anderen Regionen der Welt zu. Dies am ehesten um die Verfügungsgewalt des Irans über Kernwaffen oder um die Rolle von Taiwan.

Auch neue Waffen kommen auf den Rüstungsmarkt, aber in der Logik dieser Waffen liegt es auch, daß man diese gar nicht einsetzen kann, weil man wieder selbst untergehen würde. Alte Akteure machen weiter wie bisher und neu dazu gekommene bringen sich in wachsendem Maße aktiv in das Geschehen ein. Festzustellen ist, daß sich der Glaube an Abschreckung nicht verändert hat, aber die Objekte zu deren Verwirklichung durch neue Technologien, wie künstliche Intelligenz, autonome Drohnen und Hypersonic, einen enormen qualitativen Sprung vollzogen haben. Den neuen Waffen liegt immer noch die gleiche atomare Logik zugrunde wie sie schon vor siebzig Jahren existierte: Man wird untergehen, wenn man sie einsetzen würde.

Dr. Jens Möller
Rangsdorf

Der griechische Riese und die DDR

Zum Tod von Mikis Theodorakis

Die humanistisch gesinnte Welt trauert um Mikis Theodorakis, der uns ein unsterbliches Erbe übereignet hat. Der „griechische Riese“ wurde er zuweilen genannt. Ein Bißchen wegen seiner Körpergröße, aber millionenmal mehr wegen seiner musikalischen Genialität und wegen seines in schlimmsten Zeiten bis an die Grenzen der Aufopferung reichenden Kampfes für Freiheit und Gerechtigkeit. Immer und in allem an der Seite seines Volkes und solidarisch mit der sich befreienden Welt. Wenn man das Glück hatte, ihm zu begegnen, wird man, trauernd, die persönlichen Erinnerungen mit etwas Vorzug zu dem fügen, was man aus der Musik- und Zeitgeschichte über ihn weiß. Sie sind eben das Authentischste, das Lebendigste, was man besitzt.

ein erstaunlicher Vorgang, denn die DDR war damals weder UNO-Mitglied, noch unterhielt sie diplomatische Beziehungen zu den USA. Unser Besuch eilte also den späteren diplomatischen Usancen voraus. Dieser Umstand sowie die Bühnenbegegnung im Manhattan Center blieben für mich prägende Wegmarken auf Lebenszeit.

Zumal der dortige Auftritt eine schöne Folge hatte. Neun Jahre später traf ich Mikis Theodorakis zufällig im Hotel „Stadt Berlin“ am Alexanderplatz wieder. Er stand ratlos im Foyer, weil ihn der Wagen der Künstleragentur versetzt hatte. Ich sprach ihn an, und er erinnerte sich an die New Yorker Bühnenszene: „Die Front der Patrioten ruft“ auf Pete Seegers Gitarre (ich hatte meine nicht dabei) gespielt und mit jenem deutschen Text vor-

Allende bei Mikis in Auftrag gegeben hatte. Eigentlich sollte es im Nationalstadion von Santiago de Chile erklingen. Aber nach Pinochets Putsch erlebte es nun, die Obristen-Junta war inzwischen gestürzt, in Griechenland eine triumphale Aufführung. Als Fanal der Demokratie in Hellas, als Sieg von Theodorakis' Musik über alle Verbotsdekrete der Generäle und zugleich zur Unterstützung des chilenischen Widerstands.

Man wußte um die Geschichte des „Canto“ und dachte sie unwillkürlich mit, sobald Mikis Theodorakis „Algunas Bestias“ (Einige Tiere) oder „America Insurrecta“ (Aufständisches Amerika) wie mit Adlerschwingen dirigierte. Die Leidenschaftlichkeit eines außergewöhnlichen Lebens drängte sich in das Klangerlebnis, wenn man sah, mit welcher Kraft Mikis,



Mikis Theodorakis

© Heinrich Klaffs

Als ich Mikis das erste Mal traf, sang ich zwei seiner Lieder, die er in deutscher Sprache noch nie gehört hatte. Er bedankte sich mit einer Umarmung, die einem die Luft abschnüren konnte. Die Szene trug sich 1970 am Rande der UNO-Weltjugendkonferenz auf der Bühne des New Yorker Manhattan Center zu. Amerikanische Künstler und Intellektuelle, darunter Pete Seeger und Arthur Miller, hatten Delegierte des Jugendforums aus allen Erdteilen zu einem Solidaritätsmeeting für die Kämpfer gegen die griechische Militärjunta eingeladen. Mikis, nach einen Sturm internationaler Entrüstung gerade freigekämpft und im Pariser Exil lebend, war mit dem Mandat des Weltbundes der Demokratischen Jugend zu jener World Youth Conference gereist und nun natürlich die zentrale Figur auf der Bühne. Ich war in die fünfköpfige DDR-Delegation unter Leitung von Frank Bochow aufgenommen worden. Deren Einladung zum Sitz der Weltorganisation blieb

getragen, den ich nach einem aus Griechenland geschmuggelten Tonband – nur mit der Stimme Mikis Theodorakis' und dem Metrum eines Klangholzes darauf – nachgedichtet hatte. Also brachte ich Mikis an den Ort, wo er erwartet wurde und lud ihn (ich war damals Kultursekretär des Zentralrates der FDJ) zum 10. Festival des politischen Liedes ein. Mikis zögerte, nahm dann aber unter der Bedingung an, daß er den „Canto General“ dort dirigieren könne. Das war's dann, dachte ich, denn binnen eines Jahres bis zum Festival war eine solche Aufführung gewiß nicht zu schaffen. Glücklicherweise irrte ich mich. Dank wichtiger Vorbereitungen von Peter Zacher in Dresden gelangte „Canto General“ doch am 14. Februar 1980 im Großen Saal des Palastes der Republik zur Aufführung. Maria Farandouri, Heiner Vogt und der Rundfunkchor Berlin sangen, und ein international besetztes Orchester spielte jenes Jahrhundertwerk nach Texten von Pablo Neruda, das einst Salvador

Die Front der Patrioten ruft

Wenn heute abend die Sonne geht,
nimmt sie mit sich viel Ohnmacht fort.
Tragt, Freunde, hoch den Kopf und seht:
Überall unser Losungswort.

Die Front der Patrioten ruft
zum Kampf. Das Land muß frei sein.
Die Front ruft euch, und die Front ruft mich.
Mein Freund, mein Bruder reih dich ein!

Seht tausend Hände, die jede Nacht
die Hoffnung malen, bunt und weit.
Die Hoffnung nimmt uns keine Macht.
Mächtiger ist die kommende Zeit.

Die Front der Patrioten ruft...

Kommt in der Frühe die Sonn zurück,
dann lächelt sie die Mädchen an.
Die Tränen trüben nur den Blick.
Kämpf, Freund, die Front braucht jeden Mann.

Die Front der Patrioten ruft...

Das Volk ist mächtig, das Volk zerschlägt
Faschismus, Ami-Reaktion.
Wenn dieses Lied der Nachtwind trägt,
hör ich das Lied des Sieges schon.

Die Front der Patrioten ruft...

Text und Musik: Mikis Theodorakis

Deutsche Nachdichtung:
Hartmut König (1967)

zeitweilig die chorischen Parts mitsingend, die Musiker lenkte. Ich wußte damals noch nicht, daß Beethovens Neunte den 17jährigen bewogen hatte, Komponist zu werden. Aber ich wußte, daß er in diesem Alter schon gegen die deutsch-italienische Besatzungsmacht, später gegen die einrückenden Briten, während des Bürgerkriegs dann auf der Seite der linken Befreiungskräfte kämpfte, daß Verhaftungen und Verbannungen nach Icaria und auf die KZ-Insel Makronisos folgten. Daß man von ihm unter entsetzlicher Folter verlangte, dem Kommunismus abzuschwören, was er verweigerte und daß Komponieren sein Überlebenselixier war. Später sagte er, dies sei sein Ausweg gewesen, so wie ein Gestrandeter im Glauben an seine Rettung eine Flaschenpost ins Meer wirft.

Als er seit 1954 mit seiner Frau Myrto zeitweilig in Paris lebte, brachen in der Freiheit all die Verletzungen schmerzhaft wieder auf. Das habe Bitterkeit in seine Arbeiten fließen lassen, bekannte er, aber sie mußten so geschrieben werden. 1960 kehrte Mikis Theodorakis nach Griechenland zurück, und wunderbare Werke entstanden. Die Mauthausen-Kantate und das vielgerühmte Oratorium Axion Esti mit seinen volkstümlichen, bald nachgesungenen Elementen. Das war Mikis' Intention: Literatur, früher eine Geistspeise der Eliten, durch Musik in den Volksmund zu legen. Das Volk kennt seine Dichter, weil es sie singt. Janis Ritsos, Dichter von Weltgeltung und Mikis' Freund, bemerkte das an der Wirkung eigener Verse: „Durch die Musik fand das Gedicht zu den Menschen. Es gab sich ihnen hin, bot sich an, und die Menschen packten das Gedicht! Sie fraßen es.“ Ich erlebte eine solche Zündung einmal beim Pressefest der kommunistischen Jugendzeitung „Odigitis“, als Tausende Zuhörer von den Bänken sprangen, sobald Mikis seine Lieder anstimmte. Jannis Ritsos war auch aufgestanden und sang nur deshalb nicht mit, weil er konzentriert zeichnete. Dann tanzten alle den Sirtaki aus „Alexis Sorbas“. Es ging nicht ohne den weltbekannten Ohrwurm, obwohl ihn sich dessen Schöpfer angesichts seines viel breiteren Oevres oftmals weniger hervorgehoben wünschte.

Als die Obristen Griechenland am 21. April 1967 in eine siebenjährige faschistische Diktatur stürzten, stellten sie unverzüglich das Hören, Singen und Verbreiten der Musik von Mikis Theodorakis unter Strafe. Gemäß dem Armeeerlass Nr. 13 waren Zuwiderhandlungen durch Sondergerichte nach dem Paragraphen „Belagerungszustand“ abzuurteilen. Mikis arbeitete künstlerisch und politisch einige Monate lang im Untergrund, bevor er verhaftet, verbannt und ins Konzentrationslager Oropos eingeliefert wurde. Gefoltert und wieder an Tuberkulose erkrankt, gelangten einige seiner Lieder – darunter „Die Front der Patrioten ruft“ – ins Ausland, wo sich eine breite Solidaritätsbewegung zu seiner Befreiung formiert hatte. Weltbekannte Künstler wie Arthur Miller, Dmitri Schostakowitsch, Leonard Bernstein, Aram Chatschaturjan, Laurence Olivier und Paul Dessau hatten ein Komitee zu seiner Befreiung gegründet. Sie rangen um das Leben ihres bedrohten Kollegen, über den Arthur Miller später schrieb: „Ich bezweifle, ob es

ein anderes Leben gegeben hat, das so stark die Zusammenhänge zwischen revolutionärer Kunst und politischer Freiheit aufzeigt.“ Im Mai 1970 schob die Junta Mikis Theodorakis nach Paris ab. Im Juli jenes Jahres standen wir auf der Bühne des Manhattan-Centers.

Als – ein Jahrzehnt später – der „Canto General“ im Palast der Republik verklungen war, herrschte sekundenlange Stille, bevor der Beifall losbrach. Es war, als brauchte man

war ihm das Publikum. In der DDR erlebte es 1981 nochmals den nun auf 13 Teile erweiterten „Canto“ in einer Uraufführung. Es tanzte mit Mikis zur 750-Jahrfeier der DDR-Hauptstadt beim FDJ-Konzert auf dem Rosa-Luxemburg-Platz. Es hörte seine sinfonischen Arbeiten in den Konzertsälen des Landes, und es sah 1989 sogar eine Tanzpoem-Fassung des „Großen Gesangs“ im Palast der Republik. Sichtbar war und blieb, daß Mikis einer poli-



Berlin 1987: Mikis Theodorakis vor seinem Konzert beim „FDJ-Treff Rosa-Luxemburg-Platz“ zur 750-Jahr-Feier der Stadt mit seiner Frau Myrto Altinoglou (r.) und dem Autor

einen Moment andächtiger Besinnung. Der Erfolg der Aufführung, von einer Doppel-LP dokumentiert, ebnete dem Komponisten viele weitere Begegnungen mit dem DDR-Publikum. Nach Athen zurückgekehrt, schrieb Mikis Theodorakis: „Meine Teilnahme am X. Festival des politischen Liedes in Berlin war eine der bewegendsten und wunderbarsten Erfahrungen meines Lebens. Im Saal befanden sich die Kinder, die uns Tausende von gemalten Blumen in die Gefängnisse der Junta geschickt hatten ... Ich hörte und sah, wie die Jugend der ganzen Welt die Freiheit besang, und sagte mir: Unser Ringen und unsere Opfer sind nicht vergebens gewesen. Die Saat ist aufgegangen. Es besteht die Hoffnung, daß der Frieden und der Sozialismus morgen auf unserem Planeten für immer einen festen Platz finden und daß der ‚Große Gesang‘ von Pablo Neruda die künftigen Generationen prophetisch an die Pioniere des Kommunismus erinnert, die mit ihrem Blut die Wurzeln des neuen Lebens getränkt haben.“

Glücklich überwunden war jene Engstirnigkeit, mit der auch die DDR-Kulturpolitik wegen vermeintlich eurokommunistischer Positionen des Komponisten sein Werk gemieden hatte. Er freute sich sehr über diese Öffnung. Ich erlebte, wie er Hermann Axen über die in den Arm gebrannte KZ-Häftlingsnummer strich und meinte, die Körbe voller Solidaritätskarten von DDR-Schulkindern an die Adresse seines Athener Gefängnisses seien die Früchte guter antifaschistischer Erziehung gewesen. Wenn uns die Devisen mal wieder knapp waren, akzeptierte er als Honorar auch Havanna-Zigarren. Das Wichtigste

folgte, die sich strikt an seinen Maßgaben von Freiheit und Gerechtigkeit orientierte. Der dabei so engagiert kulturelle Verbindungen zu der vielen als „feindlich“ geltenden türkischen Nachbarschaft förderte, sich gegen die NATO-Bombardierungen in Jugoslawien und den völkerrechtswidrigen Irakkrieg wandte, dem palästinensischen Volk seine Solidarität bekundete, gab irgendwann zu Protokoll, er habe sich genug in der Politik verschleifen lassen. Er sehe seinen Beitrag nur noch in der ihn erfüllenden Musik. Natürlich hat er sich daran nicht gehalten. Denn wo sah man ihn, als seine Landsleute gegen die EU-gesteuerte Ausplünderung Griechenlands protestierten? An der Spitze des Demonstrationzuges, wo ihm (welch erbärmliches Déjà-vu!) wieder eine Ladung Tränengas ins Gesicht gesprüht wurde.

Mit 96 Jahren ist der Komponist, Dirigent und Politiker Mikis Theodorakis am 2. September in Athen gestorben. Er wurde in Kretas Erde auf dem Dorffriedhof von Galata beerdigt, wo auch seine Eltern und sein jüngerer Bruder bestattet sind. Und er hinterließ ein bewegendes politisches Testament. Am Ende seiner Lebenszeit hat er dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Griechenlands, Dimitris Koutsoumbas, geschrieben, er wolle „als Kommunist aus dem Leben gehen“. Seine entscheidenden, stärksten und reifsten Jahre habe er „unter dem Banner der KKE“ gestanden. Dieses Vermächtnis haben die bürgerlichen Medien, die sein Weltkulturerbe priesen, verschwiegen. Sie werden ihre Gründe haben.

Dr. Hartmut König
Panketal

200 Jahre Unabhängigkeitserklärung von Guatemala

Am 15. September 1821 unterschrieben die Abgesandten aus Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica eine Urkunde, in der sie die Unabhängigkeit des Generalkapitanats Guatemala von Spanien erklärten. Der Unabhängigkeit gingen drei Jahrhunderte Widerstand der Indios gegen die Kolonialmacht voraus. Die Oligarchen waren Gegner der Trennung von den Spaniern. Intellektuelle, Landarbeiter, Handwerker und Kreolen, die unter dem spanischen Schutzsystem gelitten hatten, begrüßten die Unabhängigkeit. Die Ideen der französischen Revolution waren bei ihnen angekommen.

Ebenfalls 1821 proklamierte das mexikanische Kaiserreich in Iturbide den reaktionären „Plan der Gleichheit“. Das Generalkapitanat Guatemala schloß sich gegen den Willen seiner Völker am 11. Oktober 1821 dem mexikanischen Imperium an. 1823 wurde Kaiser Agustín gestürzt. Die fünf Länder des Generalkapitanats Guatemala traten aus und gründeten die Zentralamerikanische Konföderation, die aber bald wieder zerfiel.

Die Unabhängigkeit schlug sich nicht sofort in sachlichen Ergebnissen nieder. Sie formierte jedoch Kräfte, die willens waren, die errungene Freiheit zu verteidigen. Sie trug dazu bei, daß sich die soziale Struktur der Gesellschaft veränderte. Die Indios kehrten zu ihren natürlichen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln zurück, sie wurden wieder Bauern. Und so veränderte sich auch der Charakter des Kampfes. Hatte er früher vor allem ethnischen und religiösen Inhalt, so war er jetzt auch ökonomisch bestimmt.

Die Spanier gingen, die US-Amerikaner kamen. Am 2. Dezember 1823 sprach der fünfte USA-Präsident James Monroe im Kongreß zur Lage der Nation. Die Monroe-Doktrin wurde geboren: „Amerika den Amerikanern“. Die zentralamerikanischen Länder wurden die ersten Zielscheiben der Doktrin.

Im Juni 1855 kam der nordamerikanische Sklavenhändler William Walker mit einer auserwählten Söldnertruppe nach Nicaragua, um Zentralamerika den Sklavenhalterstaaten anzuschließen und die Transitroute auf dem Isthmus zu besetzen. Die zentralamerikanischen Länder entsandten Truppen nach Nicaragua, um die Eindringlinge zu bekämpfen. Am 14. September 1856 fand die entscheidende Schlacht von Jacinto statt. Die gemeinsamen Truppen gewannen die Schlacht und vertrieben die Yankees.

Die USA behielten die Kontrolle über den Isthmus. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bauten sie die Panamerikanische Straße und Eisenbahnlinie, die den Norden mit den Süden verbanden. Sie nahmen den Plan der Spanier, einen Kanal durch Nicaragua zu bauen, wieder auf. Das Vorhaben

verwarfen sie, als Lesseps Projekt des Panama-Kanals bankrottging und sie das Vorhaben für Peanuts übernehmen konnten. Anfang des 20. Jahrhunderts geriet Zentralamerika erneut in Bewegung. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland nahm Einfluß auf die Befreiungskämpfe. Augusto Cesar Sandino in Nicaragua und Farabundo Martí in El Salvador traten gegen die US-amerikanische Vorherrschaft auf. In Mexiko lernten sie revolutionäres Gedankengut kennen. 1912 vertrieb das „verrückte Heer“ Sandinos die US-Invasoren aus Nicaragua. Das Streben der zentralamerikanischen Staaten nach Einheit erhielt neue Nahrung. Am 13. Juni 1921 bildeten Guatemala, Honduras, El Salvador und Nicaragua eine Föderation, die sich am 4. Februar 1922 wieder auflöste.

Gegen die „kommunistische Gefahr“ machten die zentralamerikanischen Eliten Front. Das Weiße Haus in Washington unterstützte sie dabei. Es richtete Militärbasen ein und segnete die „Wahl“ von Lakaien-Regierungen ab. Besonders brutal verlief die Einsetzung des Somoza-Clans in Nicaragua. Die USA hatten Lateinamerika längst zu ihrem Hinterhof gemacht. Die Agrarproduktion wurde auf Monokulturen ausgerichtet. In Zentralamerika wurde vor allem das angebaut und gezüchtet, was die USA benötigten: Kaffee, Zucker, Bananen, Baumwolle und Rindfleisch. Es entstanden Unternehmen für die Verarbeitung und den Vertrieb der Erzeugnisse. Bildung und medizinische Versorgung blieben auf der Strecke.

Die Geschichte kennt zahlreiche Invasionen der USA in Zentralamerika. Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel am 27. Juni 1954 der guatemaltekeische Präsident Jacob Arbenz einem Putsch zum Opfer, weil er auf dem Bodenbesitz des US-amerikanischen Unternehmens United Fruit Company die Agrarreform durchführen wollte. In den Jahren danach löste in Zentralamerika ein Putsch den anderen ab. Militärdiktaturen regierten fast durchweg die Länder.

Am 1. Januar 1959 verkündete Fidel Castro in Santiago de Cuba den Sieg der Revolution. Militärische Kontingente aus Zentralamerika unterstützten die Invasion der USA in der Schweinbucht. Im Juli 1961 gründete sich in Nicaragua die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN), die am 19. Juli 1979 die Somoza-Diktatur stürzte. 1980 entstand in El Salvador die Farabundo Martí der Nationalen Befreiung (FMLN). Die Befreiungsbewegungen bekamen eine neue Qualität. Es ging nicht mehr nur um den Sturz von Militärdiktaturen, sondern auch um gesellschaftliche Veränderungen. Die Idee des Sozialismus hatte Fuß gefaßt. An dieser historischen Zäsur ändern auch die Rückschläge im Befreiungskampf der Länder Zentralamerikas nichts.

In den 80er Jahren intervenierten die USA erneut in Zentralamerika. Vom

Contra-Krieg gegen Nicaragua war die gesamte Region betroffen. Die Contras operierten auch von Honduras und Kostarika aus. Auf USA-Basen wurden sie trainiert. Mit dem Friedensvertrag von Esquipulas II und den Verhandlungen der FSLN-Regierung mit der Contra-Führung in Sapoa zog relative Ruhe ein. Sie kostete aber der FSLN 1990 den Wahlsieg.

Die einheimischen Oligarchien und die USA-Administration sahen sich als Sieger. Sie hielten nach der Niederlage des Sozialismus in Europa die „kommunistische Gefahr“ für gebannt. 1991 entstand das System der Integration Zentralamerikas (SICA). Man wollte den Frieden und die Sicherheit nach neoliberalen Vorstellungen absichern. Im Juli 2006 schlossen die USA mit Guatemala, Honduras, El Salvador und Nicaragua den Freihandelsvertrag CAFTA ab. Erst 2009 folgte Costa Rica.

2005 wählten die Honduraner den gemäßigten Liberalen Manuel Zelaya zum Präsidenten. 2007 kehrten die Sandinisten auf die zentralamerikanische Bühne zurück. Sie vertrugen sich mit Zelaya, der wiederum der Bolivarischen Alternative ALBA-TCP beitrug. Honduras, El Salvador und Nicaragua beschlossen, den Golf von Fonseca zu einer Zone des Friedens zu machen. 2009 wollte Zelaya die Verfassung reformieren, um ein zweites Mal gewählt zu werden. Daraufhin stürzte ihn im Juni 2009 das honduranische Militär. Im gleichen Jahr gewann die FMLN die Wahlen in El Salvador. Sie regierte das Land zehn Jahre lang. Die Fortschrittskräfte Zentralamerikas nehmen einen wichtigen Platz im Forum von Sao Paulo ein. Sie plädieren für die Ablösung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) durch die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC). Trotz aller Schwierigkeiten geht sowohl ihr Kampf für Souveränität und Selbstbestimmung als auch für ein einheitliches Zentralamerika weiter.

SICA ist heute nicht mehr nur ein Vertrag zwischen Nationen. Es ist bereits der Versuch einer gemeinsamen Antwort auf die Herausforderungen der Zeit, zu denen auch die Bewältigung der Corona-Pandemie und der Folgen des Klimawandels gehören. Durch Zentralamerika verläuft der Trockenkorridor und die Region leidet besonders stark unter dem Klimaphänomen „El Niño“.

Anlässlich des 199. Jahrestages der Unabhängigkeit Zentralamerikas erklärte Nicaraguas Präsident Daniel Ortega: „Wir sind bereit, uns weiterhin für die Einheit der zentralamerikanischen Völker einzusetzen. Ein einheitliches Zentralamerika vergrößert die Chancen für das Wirtschaftswachstum und die Kampfbedingungen gegen die Armut.“

Wolfgang Herrmann
Dreesch

„Es gibt keinen Grund, die Politik des Kalten Krieges beizubehalten“

Mehr als 400 ehemalige Staatsoberhäupter, Politiker, Intellektuelle, Wissenschaftler, Geistliche, Künstler, Musiker und Aktivisten aus aller Welt haben einen dringenden Appell an US-Präsident Joe Biden gerichtet, die 243 einseitigen Zwangsmaßnahmen (Sanktionen) aufzuheben, die der ehemalige Präsident Donald Trump gegen Kuba verhängt hat. Sie argumentieren, daß diese Maßnahmen „das Leben auf der Insel absichtlich erdrosselt und noch mehr Leid verursacht haben“. Die Unterzeichner – darunter die ehemaligen Präsidenten Luiz Inácio „Lula“ da Silva von Brasilien und Rafael Correa von Ecuador; Noam Chomsky, Daniel Ellsberg, Oliver Stone, Jill Stein, Judith Butler, Roxanne Dunbar-Ortiz, Yanis Varoufakis, Chris Hedges; die Künstler Boots Riley, Chico Buarque, Jane Fonda, Susan Sarandon, Danny Glover und Emma Thompson – weisen darauf hin, daß die Fähigkeit des Landes, lebensrettende Lebensmittel und Medikamente zu kaufen, unter anderem durch die von den Vereinigten Staaten verhängten Beschränkungen für Überweisungen und den Zugang Kubas zu globalen Finanzinstitutionen behindert wird. Trotz des Wirtschaftsembargos hat Kuba fünf Impfstoffe gegen Covid-19 entwickelt und medizinisches Fachpersonal in mehr als 50 Länder entsandt, um sie bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die Ausbreitung des Virus zu verhindern und die Infizierten zu behandeln. Offiziellen Berichten zufolge hat die Blockade Kuba zwischen April 2020 und Dezember 2020 Verluste in Höhe von 3586,9 Millionen Dollar verursacht. Einschließlich der Verluste des vorangegangenen Zeitraums belaufen sich diese auf insgesamt 9157,2 Mio. USD (von April 2019 bis Dezember 2020). Die humanitären Schäden, das Leid und der Mangel, die den kubanischen Familien in all diesen Jahren entstanden sind, sind unermesslich. Der offene Brief wurde u.a. als ganzseitige

Anzeige in der New York Times vom 23. Juli 2021 veröffentlicht.

Sehr geehrter Präsident Biden, die Zeit ist reif für eine neue Richtung in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba. Wir, die Unterzeichnenden, richten diesen dringenden öffentlichen Appell an Sie, weil wir die grausame Politik ablehnen, die Trump im Weißen Haus eingeführt hat und die so viel Leid über das kubanische Volk gebracht hat. Kuba – ein Land mit elf Millionen Einwohnern – macht eine schwere Krise durch, da es zunehmend an Lebensmitteln und Medikamenten mangelt. Die jüngsten Proteste haben dies der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt. Während die Covid-19-Pandemie für alle Länder eine große Herausforderung darstellt, ist die Herausforderung für eine kleine Insel, die unter dem enormen Druck eines Wirtschaftsembargos steht, noch viel größer. Wir halten die Politik, dem kubanischen Volk absichtlich Lebensmittel und Medikamente zu verweigern, insbesondere während einer weltweiten Pandemie, für eine gänzlich skrupellose Handlungsweise. Mit der Pandemie haben die Inselbewohner – und die Regierung – Milliarden an Einnahmen aus dem internationalen Tourismus verloren, die in normalen Zeiten in das öffentliche Gesundheitssystem, die Lebensmittelversorgung und die Wirtschaft investiert worden wären. Während der Pandemie hat die Regierung Trump das Embargo verschärft, die Öffnung der Regierung Obama rückgängig gemacht und 243 Zwangsmaßnahmen eingeführt, die das Leben auf der Insel absichtlich stranguliert und weitere Not geschaffen haben. Das Verbot von Geldüberweisungen und die Aussetzung direkter Handelsflüge zwischen den Vereinigten Staaten und

Kuba beeinträchtigen das Wohlergehen der meisten kubanischen Familien.

Am 12. Juli haben Sie geschrieben: „Wir unterstützen die Menschen in Kuba.“ Wenn das wahr ist, fordern wir Sie auf, sofort eine Durchführungsverordnung zu unterzeichnen, die die 243 von Trump eingeführten „Zwangsmaßnahmen“ aufhebt. Es gibt keinen Grund, die Politik des Kalten Krieges beizubehalten, die von den Vereinigten Staaten verlangt würde, Kuba als einen existentiellen Feind und nicht als ein Nachbarland zu behandeln. Anstatt den Kurs von Trump beizubehalten, der bemüht war, Obamas Öffnung gegenüber Kuba rückgängig zu machen, fordern wir Sie auf, die Öffnung wieder aufzunehmen und fortzusetzen und den Prozeß der Aufhebung des Embargos einzuleiten. Die Beendigung der Lebensmittel- und Medikamentenknappheit muß oberste Priorität haben. Am 23. Juni stimmte eine Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten dafür, die Vereinigten Staaten von Amerika aufzufordern, das Embargo zu beenden. Dies ist die fortdauernde Haltung der meisten Mitgliedsstaaten in den letzten 30 Jahren gewesen. Zusätzlich schrieben sieben UN-Sonderberichterstatter im April 2020 einen Brief an die US-Regierung bezüglich der Sanktionen gegen Kuba. „In der gesundheitlichen Notlage, die die Pandemie darstellt, kann die mangelnde Bereitschaft der Regierung der Vereinigten Staaten, die Sanktionen aufzuheben, zu einem erhöhten Risiko der Not in Kuba führen.“ Das haben sie in ihrem Brief geschrieben. Wir fordern Sie auf, die von Trump verhängten „Zwangsmaßnahmen“ aufzuheben und zu Obamas Öffnung zurückzukehren oder, was am besten wäre, den Prozeß der Beendigung des Embargos einzuleiten und die Beziehungen zwischen den USA und Kuba vollständig zu normalisieren.

Zeit-Fragen, Zürich, 10.8.2021, S. 1

Welche Funktion haben „Minutenmenschen“?

Eva Priester, österreichische Kommunistin aus Petersburg und bedeutende Poetin und Historikerin, beschreibt aus Anlaß der Oktoberereignisse in Ungarn 1956 die Rolle von „Minutenmenschen“

Einige internationale Facetten der ungarischen Ereignisse

Historische Fakten drücken Wirklichkeiten aus, aber ob sie den von der herrschenden Klasse des Reichtums unterdrückten Völkern Erfahrungen im Kampf um ihre Befreiung vermitteln, hängt davon ab, wie von wem

und für wen diese vermittelt werden. Die Geschichte selbst ‚tut nichts, ‚sie besitzt keinen ungeheuren Reichtum‘, sie ‚kämpft keine Kämpfe!‘, haben Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) in ihrer ersten gemeinsamen Arbeit ‚Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik‘ festgehalten.

[...]

Mit dem 1946/47 eröffneten Kalten Krieg wollte der US-Imperialismus das Gesetz des Handelns an sich reißen. Die 1949 erfolgte Gründung des Nordatlantik Paktes (NATO) war ein aggressives Militärbündnis

(USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Italien, Beneluxstaaten, Dänemark, Norwegen, Island und Portugal) und wurde 1952 mit Griechenland und der Türkei erweitert. 1955 folgte die Bundesrepublik Deutschland, die 1956 mit der Auflösung und Enteignung der Kommunistischen Partei Deutschlands direkt an die mörderische Verfolgung von Kommunisten durch die Nazis anknüpfte. [...] Die Bundesrepublik, der der Gedanke an Frieden völlig fremd war, unterschied sich in der Verfolgung der Kommunisten nicht von den USA oder

von Südafrika, wo das Apartheidregime die Anhänger der Charta „Das Volk soll herrschen“ wie Nelson Mandela (1918–2013) inhaftierten. Hauptkriegstreiber war Harry S. Truman (1884–1972), der die 1947 bekannt gewordene Doktrin zur Schaffung von militärischen Aufmarschplätzen in Griechenland und der Türkei gegen die sozialistischen Länder erklärt hat. Mit der 1953 angetretenen Regierung Dwight D. Eisenhower (1897–1969) mit seinem bibelfesten Außenminister John Foster Dulles (1888–1959) wurde der Aufmarsch gegen die Sowjetunion und gegen die vom Kommunismus inspirierten Befreiungsbewegungen als Roll-back-Strategie forciert.

Ungarn war am 14. Mai 1955 in Übereinstimmung mit den Satzungen der Vereinten Nationen dem Warschauer Vertrag (Albanien, Bulgarien, Deutsche Demokratische Republik, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und UdSSR) beigetreten. Um des Friedens willen sollten die Grenzen der sozialistischen Länder geschützt werden. In der Ungarischen Volksrepublik konstituierten sich nach Kriegsende die Agenten der imperialistischen Kräfte mit den ehemaligen, im Land verbliebenen Pfeilkreuzler zu einem sozialen Körper, der im Herbst 1956 die Option der offenen Konterrevolution ergreifen konnte. Die vielen zutage getretenen Probleme der ungarischen Ökonomie beim Aufbau des Sozialismus bedingten die Dynamik dieses Prozesses.

Die ideologisch psychologische Begleitung durch den Propagandawall von „Radio Free Europe“, das 1949 in New York gegründet und 1951 in München seine Radiosendungen begonnen hat, darf nicht unterschätzt werden. Die 1945 in die US-Besatzungszonen geflohenen ungarischen Faschisten organisierten sich als „christliche Europäer“. Ihre mörderische Brutalität hatte sich in dem vom ungarischen Faschistenführer Miklós Horthy (1868–1957) angeordneten bestialischen niedermetzeln der insbesondere jüdischen Anhänger der Räterepublik im Spätsommer 1919 offenbart. Horthy hat im faschistischen NATO-Land Portugal 1945 Aufnahme gefunden, sein Leichnam wurde 1993 in allen Ehren nach Ungarn überführt und dort in einem Mausoleum bestattet. In der von den Inseraten und Geldgebern abhängigen Manipulationspresse des Westens, die das Sagen hatte, wurde die völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg von Israel und den NATO-Ländern Frankreich und Großbritannien gegen Ägypten im Interesse des US-Imperialismus „erklärt“. Am 5. November 1956 landeten britische und französische Truppen nach mehrtägiger Bombardierung in Port Said. Israelische Massaker gegen Palästinenser hatten am 5. April 1956 (Gaza City), am 3. November 1956 (Khan Yunis) und am 12. November 1956 (Rafah) stattgefunden. [...]

Am 23. Oktober 1956 kam es in Ungarn zum Putsch, dem der Austritt aus dem Warschauer Vertrag unter dem eher orientierungslosen Imre Nagy (1896–1958) vorausgegangen ist. Die Konterrevolution wurde von den volksdemokratischen Kräften mit Unterstützung vor allem sowjetischer Truppen

niedergeschlagen. Am 4. November 1956 bildete sich in Budapest mit Janos Kádár (1912–1989) eine Revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung, die an den nationalen Konsens appellierte und das zerrüttete Land stabilisierte.

Eva Priester als Augenzeugin in Ungarn. Ihr Eindruck von „Minutenmenschen“

[...] (Sie) hat viele Facetten des unmittelbaren Kampfes zwischen den reaktionärbürgerlichen und sozialistischen Kräften in Ungarn gesehen. Sie ist voll Anteilnahme für die Opfer und [...] empört sich über die Rolle vieler ungarischer Intellektueller. Diese hatten schon in den vergangenen Jahren den Aufbau des Sozialismus in Ungarn sabotiert. Jetzt war ihnen an der Kriminalisierung des im Juli 1956 abgesetzten Parteivorsitzenden der ungarischen Kommunistischen Partei Mátyás Rákosi (1892–1971) gelegen, zumal dieser wie Béla Kun (1886–1938) jüdischer Bolschewik war. [...]

Eva Priester entlarvt die Heuchelkulissen des „Petöfi-Klubs“, der sich als Intellektuellenzirkel nach dem im revolutionärem Kampf gegen die habsburgische Räuberdynastie in der Schlacht von Segesvár (Schässburg) gefallenen, jungen ungarisch republikanischen Schriftsteller Sándor (Alexander) Petöfi (1822–1849) benannt hat. Georg Lukács (1885–1971) hat Mitglieder dieses Kreises persönlich gut gekannt. Brecht bemerkt im „Kongreß der Weißwäscher“, wie in solchen, von der konkreten Wirklichkeit abgehobenen, auf ihre Verwendbarkeit da und dort hinschielenden Intellektuellenkreisen „Meinungen gewendet“ werden. Die aus der konkreten Geschichte sich ergebende Kritik an solchen Intellektuellen spiegelt sich in dem von ungarischen Arbeitern aufgenommenen und von Eva Priester am „Petöfi-Klub“ verdeutlichten Begriff „Minutenmenschen“ wider.

Der Ausdruck „Minutenmenschen“ (percemberké) ist durch ein berühmtes Gedicht „A percemberké után“ („Nach den Minutenmenschen“) des heftig angegriffenen und als unpatriotisch geltenden Endre Ady (1877–1919) bekannt geworden. Der Begriff selbst kommt ziemlich oft in den politischen Diskussionen der ungarischen Medien vor und bedeutet eine gewicht- und substanzlose Übergangsfigur, die für kurze Zeit einflußreich ist, aber dann schnell auf den Müllhaufen der Geschichte gerät und vergessen wird.

Eva Priester schreibt über den „Petöfi-Klub“: „Die letzte Plage, die in diesen Tagen und noch lange danach den Kampf gegen die Verwirrung erschwerte, jede Normalisierung unmöglich machte, waren die sogenannten Minutenmenschen. Der Ausdruck ist von den ungarischen Arbeitern geprägt worden. Sie meinten damit Leute, die nur für die Minute dachten, lebten und urteilten und sich den Teufel um die Folgen scherten. Daß der Ausdruck ‚Minutenmenschen‘ in den Betrieben schon Mitte November (1956) geprägt wurde, zeigt, daß den Arbeitern die Sache nicht gefiel. Aber sie ließen sich damals noch immer mehr oder weniger von den ‚Minutenmenschen‘

beeinflussen. Die typischen Vertreter dieser Leute waren führende Mitglieder des „Petöfi-Klubs“ des ungarischen Schriftstellerverbandes und einiger anderer Organisationen dieser Art. Diese Leute hatten schon vor dem 23. Oktober sehr viel Schaden angerichtet, indem sie in ihren Organisationen die Diskussionen von Parteifragen aus der Partei hinaustrugen, im „Petöfi-Klub“ und im Schriftstellerverband eine Einheitsfront von Intellektuellen der verschiedensten politischen Richtungen gegen die Partei der ungarischen Werktätigen schufen und schon Wochen vor dem 23. Oktober engste Verbindungen mit organisierten militärischen Gruppen der Aufständischen hielten. Was die Arbeiter damals nicht erkannten, war, daß die Handlungen der sogenannten Minutenmenschen durchaus nicht von plötzlichen Entscheidungen und Eingebungen beeinflusst waren. Vor allem die leitenden Leute vom „Petöfi-Klub“ und dem mit ihm eng verbundenen Schriftstellerverband hatten monatelang Vorarbeit im Sinne der Konterrevolution geleistet. In ihrem Kampf gegen die Partei hatten sie zum Beispiel aufs engste mit ehemals führenden faschistischen Intellektuellen aus der Horthy-Zeit zusammengearbeitet, mit Leuten, die offen die Beseitigung der Volksdemokratie und die Wiedererrichtung des Kapitalismus verlangten, und hatten auf jeden Rat, sich doch von solchen Verbündeten wenigstens abzugrenzen, mit der Erklärung geantwortet: ‚Im Kampf gegen Rákosi sind uns alle Verbündeten recht‘. Sie unterhielten auch, was sich ebenfalls erst später herausstellte, nicht nur enge Verbindung mit Gruppen von Konterrevolutionären, die später als ‚Aufständische‘ auftraten, sondern auch mit den ausländischen, westlichen Freunden dieser Konterrevolutionäre. [...]

Noch verantwortungsloser war die Haltung dieser Kreise während und nach den Oktoberereignissen.

Zumindest etwa vom 30. Oktober an wußten die Leute vom „Petöfi-Klub“, die so viel von Humanität und Menschlichkeit gesprochen hatten, daß die Welle des Weißen Terrors ganz Ungarn zu verschlingen drohte, und sie weigerten sich, dazu Stellung zu nehmen. [...]

Die Tatsache, daß [...] angesehene Schriftsteller nach dem 23. die ‚glorreiche Revolution‘ verherrlicht und als nationale Erhebung und Befreiung des ungarischen Volkes gepriesen hatten, hatte viel dazu beigetragen, einfache Menschen, die den großen Schriftstellern glaubten, über den Charakter der ungarischen Konterrevolution zu täuschen und damit ihr Wüten zu erleichtern. Im Kampf gegen diese Konterrevolution hatten zahlreiche einfache Menschen ihr Leben geopfert. Die Schriftsteller jedoch hatten zu schwache Nerven, um auch nur eine Radioansprache bei der Bekämpfung dieser Konterrevolution, deren Charakter sie angeblich erkannt hatten, zu helfen. [...]

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Quelle: *ZdA*, Zürich, 22. August 2021

Redaktionell gekürzt

75. Jahrestag der Gründung der Grenztruppen

Im Dienst für den Frieden und den Schutz der DDR

Am 1. Dezember ist es 75 Jahre her, daß auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland deutsche Polizisten zur Unterstützung der sowjetischen Streitkräfte zum Schutz der damaligen Demarkationslinie eingesetzt wurden. Ab den 70er Jahren wurde dieser Tag zum Tag der Grenztruppen.

31 Jahre nach Herstellung der staatlichen Einheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ist Deutschland weiterhin gespalten. Die Auseinandersetzungen über Politik und Geschichte beider deutscher Staaten halten unvermindert an. Das betrifft auch den Charakter der Grenze zwischen DDR und BRD, welche die Bundesrepublik in Sinne ihres staatlichen Alleinvertretungsanspruchs bewußt als „innerdeutsche Grenze“ bezeichnet. Für die DDR war es die Staatsgrenze.

Begriffe wie „Mauerschützen“, „Todesschützen“ etc. sind nicht nur unzutreffend, sie sind diffamierend und sollen den Schutz der DDR-Grenzen als illegitim darstellen. Die Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere wurden nach Kriterien ausgewählt, die von der damaligen politischen Situation – Kalter Krieg – bestimmt waren. Diejenigen, die an der Grenze ihren Dienst taten, waren keine Söldner, Killer oder Kriminelle, die nur darauf warteten, jemanden zu töten. Sie waren Familienväter und junge Männer, die sich mit der DDR verbunden fühlten und daraus ableiteten, daß ein Schutz der Grenzen notwendig ist. Sie dienten als Freiwillige oder Wehrpflichtige.

Diese Grenze war nicht nur Staatsgrenze, sie war Grenze zwischen zwei Militärblöcken, man konnte den „Gegner“ sehen. Die Konfrontation war real und spürbar.

Die Auseinandersetzungen zum Thema Grenze und Grenztruppen sind von einer scharfen Polemik und politischen Interessen geprägt. Einer objektiven und sachlichen Bewertung des Themas verweigert sich die offizielle BRD-Politik. Notwendig ist aber, die Betrachtung im historischen Zusammenhang zu sehen und dabei das sicherheitspolitische Denken beider Seiten in seiner Entwicklung aus dem Ost-West-Konflikt heraus zu bewerten.

Die Art, wie Grenzsicherung gewährleistet wurde und welche Mittel und Technik dabei zum Einsatz kamen, war abhängig von der Entwicklung der Doktrinen und der Strategien der Staaten, die Mitglied der NATO oder des Warschauer Vertrages waren. Diese waren wiederum bestimmt von zunehmender politischer und militärischer Konfrontation nach dem Zweiten Weltkrieg und forcierten Rüstungsanstrengungen. Ausgangspunkt dieser zunehmenden Konfrontation war stets der aggressive Kurs der westlichen Staaten, einschließlich der BRD wie Adenauers Forderung nach „Befreiung der Ostgebiete“, die Gründung eines Separatstaates

BRD, die Einführung der Wehrpflicht, der Beitritt der BRD zur NATO 1955 etc. In den darauffolgenden Jahrzehnten bis in die 70er Jahre bekam diese Entwicklung eine wachsende Dynamik.

In diesen Zeitraum fallen auch zahlreiche militärische Konflikte und Kriege. Hier seien nur genannt der Koreakrieg, die Kubakrise, der Krieg in Vietnam, die Nahostkriege.

man Begriffe wie „sowjetische Besatzungszone“, „Ostzone“ oder auch nur „Zone“. Teilweise noch bis 1989 war es in westlichen Medien üblich, die DDR in Anführungszeichen zu setzen. Die Bürger der DDR wurden als Deutsche behandelt, die nur von der BRD vertreten wurden und, so gewünscht, einen Paß der BRD ausgestellt erhielten. Gegen die DDR wurden wirtschaftliche Boykott-



27. März 1982: Einsatzübung der Grenztruppeneinheit Hähnlein im Kreis Mühlhausen

Entlang der Grenzen zwischen den Militärblöcken wurden nach und nach Raketen und Truppen stationiert. Das Waffenarsenal wurde ständig modernisiert mit dem Ziel einer militärtechnischen Überlegenheit, um den Osten „tot zu rüsten“. Es herrschte ein Gleichgewicht des Schreckens. Vor diesem historischen Hintergrund entwickelte sich das Grenzregime beider Seiten. Bestimmt und beeinflusst wurden diese Prozesse von konträren politischen, militärischen und ökonomischen Interessen.

Mit der „Verordnung über weitere Maßnahmen zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik“ von 1952 wurden zwar strenge Sicherungsmaßnahmen an der Grenze erlassen, allerdings mit der Maßgabe, „daß sie bei einer Verständigung über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sofort aufgehoben werden können“. Noch stand also für die junge DDR und die Sowjetunion die Einheit Deutschlands auf der Tagesordnung. Seitens der BRD wurden aber Gespräche darüber abgelehnt. Die DDR wurde von Beginn an nicht anerkannt. Demzufolge auch nicht ihre Staatsbürgerschaft. Für die DDR benutzte

Maßnahmen erlassen. Tausende DDR-Bürger wurden abgeworben, von Schleusern gegen Bezahlung über die Grenze gebracht oder sie entschieden selbst, das Land, auch illegal, zu verlassen. Im Fokus standen dabei Fachkräfte aus Wirtschaft und Medizin. In den 50er Jahren erfolgte die Grenzsicherung durch die Grenzpolizei. Anfangs im Zusammenwirken mit den Streitkräften der Sowjetunion, die sich dann aber schrittweise herauslösten und nicht mehr an der Grenze präsent waren.

Die gesicherte Grenze zur BRD war bis 1961 über die vereinbarten und festgelegten Grenzübergänge passierbar. Die Anlagen zur Grenzsicherung bestanden anfangs aus hüfthohem Stacheldrahtzaun. Diese wurden in der Folgezeit schrittweise ausgebaut und erweitert. Die Grenze zu Westberlin war offen. Tausende Berliner waren „Grenzgänger“. Ende der 40er Jahre arbeiteten ca. 100 000 Westberliner im Ostteil der Stadt. Diese Zahl verringerte sich bis 1961 auf 13 000, davon waren allein 6000 Eisenbahner. Ungefähr 70 000 Ostberliner arbeiteten in Westberlin und 1961 waren es noch 60 000. Das Vorhandensein unterschiedlicher Währungen – zuerst eingeführt in den westlichen Besatzungszonen – und

deren Umtauschmöglichkeiten führten zu hohen ökonomischen Schäden für die DDR. In Westberlin wühlten dutzende Geheimdienste gegen die DDR, alliierte Truppen waren mitten in der DDR stationiert. Zunehmende Aggressivität des Westens, akute Kriegsgefahr sowie ökonomische Schädigung führten dazu, daß die Grenzen

Grenzübertritte zu verhindern. Verletzungen der Grenzordnung und ungesetzlicher Grenzübertritt waren ordnungsrechtlich und strafrechtlich (§ 213 StGB DDR) beehrt.

Für die Durchführung des Grenzdienstes gab es klare rechtliche Vorgaben, auch für den Einsatz von Schußwaffen, die Schuß-

(GRH) – halfen, die Folgen dieses Unrechts zu mindern, aber auch über den Charakter der Verfolgungen aufzuklären.

Der Einsatz des Strafrechts gegen Bürger, die für den Schutz ihres Staates Verantwortung getragen haben, ist Teil der Delegitimierung der DDR, vollstreckt von einer Unrechtsjustiz, vorgegeben von den politisch Herrschenden der BRD.

Übrigens, die Grenze zwischen den USA und Mexiko ist ähnlich technisch gesichert mit Mauer oder Zaun. Man geht davon aus, daß seit Mitte der 90er Jahre dort zwischen 7000 und 11 000 Menschen ihr Leben gelassen haben. Kritik und oder gar Verfolgung der Grenzwächter sind kaum zu hören.

Am 9. November 1989 wurde auf einer Pressekonferenz zu den veränderten Ausreisebedingungen für DDR-Bürger bekanntgegeben, daß Privatreisen ins Ausland ohne Voraussetzungen möglich sind und das „ab ... sofort“ (Schabowski).

Die Grenztruppen hatten dazu keinerlei Informationen, Weisungen oder Befehle erhalten. An den Grenzübergangsstellen versammelten sich Tausende und wollten passieren. Die Führungskräfte waren nicht erreichbar. Es entwickelten sich teilweise dramatische Situationen. Die Verantwortlichen vor Ort entschlossen sich, die Grenzübergänge zu öffnen und die Massen passieren zu lassen. An der Grenze fiel nicht ein Schuß. Es gab keine Verletzten. Dieses verantwortungsbewußte Verhalten entsprach den humanistischen Einstellungen der Offiziere und anderen Grenzern vor Ort. Es war Ausdruck eines tiefen Friedenswillens und -charakters der Grenztruppen der DDR. Zu Recht können die ehemaligen Angehörigen auf die Erfüllung ihres Auftrages, zur Erhaltung des Friedens und eines friedlichen Zusammenlebens der Bürger beigetragen zu haben, stolz sein.

**Roland Gödicke, Reinhard Schminke
AG Grenze der GRH**



23. Dezember 1980: Oberbürgermeister Erhard Krack (l.) besucht Angehörige der Grenztruppen der DDR in Berlin

in Interesse der DDR-Bürger, aber auch der sozialistischen Staatengemeinschaft weiter ausgebaut, verstärkt und konsequent gesichert werden mußten. Aus dieser Situation heraus wurde in Abstimmung innerhalb des Warschauer Vertrages am 13. August 1961 die Grenze zu Westberlin geschlossen. „Ohne Mauer hätte es Krieg gegeben“, so formulierten es Heinz Keßler und Fritz Streletz in ihrem Buch, das kürzlich in einer Neuauflage erschienen ist.

Am 15. September 1961 sind die Grenzschutzkräfte aus dem Ministerium des Innern herausgelöst worden. Das Kommando der Grenztruppen der DDR wurde gegründet. Rechtliche Grundlagen für die weitere Grenzsicherung waren die „VO zum Schutze der Staatsgrenze“ von 1964 und das „Gesetz über die Staatsgrenze der DDR“ von 1982. Mit dem Grundlagenvertrag 1972 und der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO wurde in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht die Staatlichkeit auch im Sinne einer souveränen Grenzsicherung gestärkt. Hauptaufgabe der Grenztruppen war es, als Verfassungsauftrag die Souveränität, die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen, die territoriale Integrität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu gewährleisten. Sie hatten die Landesverteidigung unmittelbar an der Grenze zu sichern. Dazu waren sie entsprechend ausgerüstet und bewaffnet. Ihre Aufgabe schloß auch ein, illegale, d. h. unerlaubte

waffengebrauchsvorschrift.

Obwohl Grenzgebiet und Grenze eindeutig für jeden erkennbar waren, kam es zu Grenzverletzungen und erforderlichenfalls zur Schußwaffenanwendung. Dabei gab es auch Tote und Verletzte. Selbstverständlich ist das bedauerlich, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es das Ergebnis eines gefährlichen eigenen Risikos durch Mißachtung der Gesetze ist.

Auch 26 Angehörige der Grenzpolizei und der Grenztruppen fanden in Ausübung ihres Dienstes den Tod.

Entgegen der wahrheitswidrigen Behauptung der BRD hat es zu keiner Zeit einen „Schießbefehl“ gegeben. Diese bewußte Falschaussage war aber Anlaß, gegen Tausende DDR-Bürger, Grenzer, NVA-Angehörige, Politiker Strafverfahren wegen Mordes, Totschlags und Körperverletzung im Zusammenhang mit der Grenzsicherung durchzuführen. In diesen Verfahren wurden ca. 300 Personen verurteilt, davon 30 zu mehrjährigen Freiheitsstrafen. Nach Verurteilung und Verbüßung der Strafen hatten die Betroffenen noch Zehntausende von Euro an Gerichtskosten und Auslagen an die Justiz zu zahlen – eine „Strafe nach der Strafe“.

Juristischer und politischer Widerstand gegen die willkürlichen Verfolgungen und solidarischer Beistand mit den Verfolgten – im Zentrum die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung

Wir gratulieren

Hans Schoenefeldt

aus Berlin zu seinem 80. Geburtstag, den er am 17. Oktober begeht. Mit Deinen acht Jahrzehnten zählst Du, lieber Hans, dennoch zu den „Jüngsten“ in unserem Autorenkreis, was für uns alle ein großer Zugewinn ist. Denn Du bereicherst unsere Zeitschrift mit Deinem fundierten journalistischen Können und Deiner reichen, in politischen Kämpfen Westberlins gewonnenen Erfahrung.

Wir danken Dir für Deine zuverlässige Mitarbeit und wünschen Dir nach dem im September erlittenen Unfall von Herzen baldige Wiederherstellung Deiner vollen Gesundheit.

Fragen der Studenten

Im Frühjahrssemester 2021 befaßte sich an der Hochschule München ein Seminar von Prof. Dr. Klaus Weber zur Faschismusforschung mit dem ersten Band der Romantrilogie „Hartenstein“ von Wolfram Adolphi. Diese beschreibt dokumentarisch-romanhaft den Weg seiner Familie bzw. v.a. seines Großvaters, der aus dem Baltikum kommend, 1919 kämpfend in der Baltischen Landeswehr, nach Deutschland geht, zeitweilig in den USA arbeitet, als Ingenieur am Aufbau der IG-Farben-Chemiefabrik in Auschwitz beteiligt ist und in der DDR ein geachteter Professor für chemische Verfahrenstechnik wird.

Die Studierenden haben ihm einen 15seitigen Katalog von Fragen zugesandt, auf die er in einem Brief vom 7. Mai 2021 versucht, Antworten zu finden.

Verehrte Studierende, nehmen Sie bitte meinen sehr herzlichen Dank dafür entgegen, daß Sie dem Vorschlag Ihres Professors gefolgt sind und meinen Roman „Hartenstein“ zum Gegenstand Ihres Studiums gemacht haben. Das ist ein so von mir noch nie erlebter Vorgang, ein wahrhaftig einschneidender Moment in meinem Leben, und die vielen, vielen Fragen, die Sie schon nach so kurzer Lese- und Gesprächszeit notiert haben, sind für mich ein großes Glück.

Denn – wie Sie meinem Lebenslauf, den Sie auf meiner Website asiaticus.de finden, entnehmen können (oder vielleicht schon entnommen haben) –: Ich bin nicht immer schon Schriftsteller, sondern habe erst jenseits meines 50. Lebensjahres begonnen, Romane zu schreiben, und an die „Hartenstein“-Trilogie habe ich mich gar erst jenseits des 60. Lebensjahres gewagt. Und mein Schriftstellerdasein ist ein ganz anderes, als es in Filmen gern gezeigt wird. Ich produziere damit keine Einnahmen, von denen ich leben könnte, und ich habe keinen großen Verlag, der für mich eine Werbekampagne starten und mich (von den Pandemiebedingungen mal abgesehen) von Lesung zu Lesung schicken würde. Und so ist es eine für mich sehr außergewöhnliche Situation, daß sich eine ganze Gruppe von Menschen gleichzeitig ans Lesen macht, übers Gelesene spricht und daraus Fragen ableitet. So wird der „Hartenstein“ plötzlich auf vielfache Weise lebendig. Denn schon, wenn das geschriebene Buch nur ein einziges Mal von einem anderen Menschen gelesen wird, verdoppelt es sich, verbinden sich die Informationen und Bilder des Buches mit dem Wissen, den Erfahrungen, den Urteilen und Vorurteilen, den Erwartungen, der Neugier, den Lesewünschen der oder des Lesenden. Welche Rolle spielt bei all dem der Altersunterschied, welche das Herkommen, welche die politische Überzeugung? So viele Fragen.

I

Das für mich schönste Echo auf meinen „Hartenstein“ ist, wenn Sie den Roman als Anregung nehmen, sich in Ihrer Familie selbst auf Spurensuche zu machen. Dann tritt auf einmal all das, was ich aufgeschrieben habe, hinter

Ihre eigene Suche zurück. Dann sind Sie auf einmal auf ganz neue Weise mit Ihrem eigenen Herkommen, Ihrer eigenen Entwicklung verknüpft, überlegen ganz neu, wer Sie sind und wer Sie wann und wie und aus welchen Gründen besonders beeindruckt, beeinflusst, gefördert oder gebremst hat, und dann öffnet sich auch der Blick auf die Gesellschaft neu. Freilich: Diese Spurensuche ist Arbeit. Ich lese in der Aufreihung Ihrer Fragen: „Das Buch hat mich selbst über meine Familiengeschichte nachdenken lassen und in mir die Neugier nach eigener Aktenanforderung beim Bundesarchiv für Personen- und Ahnenforschung geweckt. Gleichzeitig kommt die Frage in mir auf, was, wenn ich die Antworten zu meinen

aber kenne eine Menge Literatur dazu – auf radikale Weise mit ihren Eltern gebrochen, haben sich für eine Lebensweise entschieden, die im gewollt krassen Widerspruch zu der der Eltern und Großeltern stand, haben diesen krassen Widerspruch auch umfänglich thematisiert und beschrieben, und das schien ihnen der sicherste Weg dafür zu sein, einem künftigen Faschismus allen Nährboden zu entziehen (wobei sich der Begriff der „Eltern“ und „Großeltern“ oft gleichermaßen sowohl auf die konkreten Verwandten als auch auf deren gesamte Generation bezog). Ich will hier über die Motive dieses Handelns nicht richten, aber doch sagen, was mir daran Unbehagen bereitet. Und das ist zweierlei:



KZ Oranienburg, August 1933: Einlieferung von SPD-Mitgliedern und Rundfunkleuten im August 1933; von rechts: Ernst Heilmann (SPD), Friedrich Ebert (SPD und Chefredakteur), Alfred Braun (Rundfunksprecher), Heinrich Giesecke (Direktor der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft), Dr. Hans Flesch (Rundfunkintendant) und Dr. Kurt Magnus (Direktor der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft)

Fragen nicht aushalten kann? Was, wenn hier ein gut gehüteter Teil meiner Familiengeschichte zu Tage kommt und ich eine Nazi-vergangenheit habe?“

Ja, was dann? Dann werden Sie – das jedenfalls wünsche ich Ihnen – Ihr ganzes bisheriges Wissen über die Zeit des Faschismus und über Ihre Familie darin auf den Prüfstand stellen. Und Sie werden es hoffentlich klug und einfühlsam tun. Denn es geht um Ihre Wurzeln, Ihr geistig-kulturelles Erbe, und es nützt Ihnen nichts, wenn Sie so tun, als könnten Sie es mit einer heftigen Gebärde abstreifen – und schon wäre es für immer und ewig verschwunden.

Es hat den Versuch eines heftigen Abstreifens ja immer wieder gegeben. Als dafür besonders typisch scheint mir der Gestus eines Teils jener „68er“ zu sein, die in der Geschichte der Bundesrepublik heute schon zu einer Art Legende geworden sind. Sie haben oft – ich war nicht dabei, habe in der DDR gelebt,

erstens die Dämonisierung und zweitens die Oberflächlichkeit.

Was meine ich mit Dämonisierung?

In dem Bestreben, sich so konsequent und eindeutig wie nur irgend möglich vom Faschismus zu distanzieren, liegt die Gefahr, die Menschen, die in diesem Faschismus gelebt und sich nicht in den Widerstand begeben haben – also die übergroße Mehrheit der Deutschen – vollständig von der eigenen Person abzutrennen. Angesichts der heute so umfassend vorliegenden Kenntnisse über den Völkermord an den Jüdinnen und Juden, über die beispiellose Brutalität der Kriegführung, über die Pläne zur vollständigen Unterjochung des Ostens, über die damit verbundene Vernichtung bedeutender Teile der slawischen Bevölkerung und über den für all dies eine Voraussetzung darstellenden Terror gegen die politischen Gegner im Innern erscheint es ganz und gar undenkbar, etwas gemeinsam zu haben mit den Menschen aus dieser

Zeit. Es scheint nicht vorstellbar, daß es einen normalen Alltag geben konnte mit normalen Tätigkeiten, Verhaltensweisen und Gefühlen angesichts der Allgegenwart von Konzentrationslagern, Zwangsarbeit, Diskriminierung und Verschleppungstransporten. Und weil es insgesamt so unvorstellbar ist, erscheinen auch die einzelnen Menschen nicht mehr als Menschen vorstellbar; entsteht der Eindruck, sie würden, wenn sie sprechen, ohnehin nur noch lügen. Es reicht dann, wenn jemand den Satz sagt: „Das habe ich nicht gewußt“ – und

Womit auch der Oberflächlichkeit der Kampf angesagt ist. Denn wenn es ums eigene Herkommen geht, willst du dich mit den Bildern, Sachverhalten und Abläufen, die dir in anderen Zusammenhängen zur Erklärung angeboten werden und dort von dir vielleicht als ausreichend empfunden werden, nicht begnügen.

II

Ich gebe Ihnen ein Beispiel, das ich ausführlich im zweiten Band des „Hartenstein“ – er trägt

wurde und mit der Lebensrealität der damals Handelnden wenig zu tun hatte. Auschwitz – allein die Nennung dieses Namens genügt heute, um die Bilder des ganzen Arsenal der faschistischen Scheußlichkeiten vor uns aufstehen zu lassen: die mit teuflischer Planmäßigkeit und Effizienz betriebene Vernichtung der Jüdinnen und Juden, die Brutalität der Konzentrationslager, die Auslöschung menschlichen Lebens durch Zwangsarbeit. Wie konnte es sein, daß jemand freiwillig an diesen Ort gegangen ist?

Nun, auch wenn es uns widerstrebt: Wir müssen, wenn wir's begreifen wollen, uns damit auseinandersetzen, was Günther Adolphi gedacht und gewußt haben kann und was um ihn herum gedacht und gewußt wurde.

Da ich das alles nicht mit ihm selbst besprochen habe und mir keine Dokumente zur Verfügung stehen, aus denen ich Authentisches über diese Situation erfahren kann, habe ich mich für die Romanform entschieden. Rede also über Hermann Hartenstein. Und was bedeutet das? Eine Ihrer Fragen, liebe Studierende, lautet, ob ein Roman nicht „Verharmlosung“ mit sich brächte, „da man sich in die Personen „hineinversetzt““ – oder vielleicht auch „genau das Gegenteil“? Ich denke, daß mein Verfahren eben genau *nicht* verharmlost, sondern gründlichere Erörterung ermöglicht.

Nehmen wir also den Februar 1943, den Monat, in dem Hermann Hartenstein in Auschwitz ankommt. Es hat zu diesem Zeitpunkt die massenhafte Vernichtung der Jüdinnen und Juden in den Gaskammern des KZ Auschwitz-Birkenau (etwa drei km westlich von Auschwitz) noch nicht begonnen. Sie beginnt erst Mitte 1943. Was es in Auschwitz bereits gibt, ist das KZ Auschwitz – das „Stammlager“, so genannt, um es vom KZ Auschwitz-Birkenau und dem ebenfalls 1943 errichteten KZ Auschwitz-Monowitz zu unterscheiden –, und ein solches KZ ist für die deutschen Menschen dieser Zeit nichts Ungewöhnliches. Das ganze Land ist von KZ und seinen ungezählten Außenstellen überzogen. Auch im Chemiewerk Leupau – dem im Roman so genannten Werk, das sein reales Vorbild im Leunawerk, ein wenig aber auch im benachbarten Buna-Werk in Schkopau hat – wird die Arbeit zu einem großen Teil von KZ-Häftlingen und aus allen Teilen Europas zusammengetriebenen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern verrichtet. Dies nicht einfach nur zu akzeptieren, sondern auch als richtig und notwendig zu empfinden, sind die deutschen Menschen durch eine jahrelange, überaus komplexe, viele überkommene Denkstrukturen geschickt sich zu Nutzen machende Propaganda vorbereitet. Nationalistische Überheblichkeit, die Konstruktion der „Arier“ gegen die „Untermenschen“, Rassismus, Antisemitismus, ein Antikommunismus und Antibolschewismus, der die physische Vernichtung von politischen Gegnerinnen und Gegnern als normal erscheinen läßt, die Diskriminierung gleichgeschlechtlich Liebender wie auch von „Asozialen“, die Konstruktion des „unwerten Lebens“ als Begründung für die Sterilisation und Tötung von Menschen mit Behinderung – all das ist in dieser Zeit Inhalt tagtäglich Beeinflussung.



Das I. G.-Farben-Werk und KZ Auschwitz-Monowitz 1941

© Bundesarchiv

ein fertiges Urteil liegt auf der Hand. Denn das – vor allem – scheint den Nachgeborenen ganz klar zu sein: Wie kann da jemand nichts gewußt haben?

Aber was die realen Menschen gewußt haben und wie genau und in welchem Maße, und weiter: was sie dann gemacht haben mit diesem Wissen, wie es für sie handlungsleitend geworden ist oder werden konnte oder eben auch nicht, weil einem eingreifenden, verändernden Handeln tausend Hindernisse entgegengestellt waren – materielle, terroristische, ideologische, geistig-kulturelle –: Das alles will, wenn wir den realen Menschen gerecht werden wollen, im Einzelnen erforscht und erkundet sein. Womit freilich die Abtrennung von uns selbst immer schwerer wird. Sie gelingt leichter mit der Dämonisierung: der Verwandlung der realen Menschen in nicht mehr faßliche, immer fremder werdende Wesen. Aber der Preis dafür, daß es auf diese Weise leichter gelingt, ist hoch. Denn das Abtrennen stellt den Blick für das Heutige und die darin von den damaligen gar nicht so weit entfernten Gefährdungen. Und so gewinnt das Hineingehen in die Familiengeschichte seine große Bedeutung. Denn in ihm hat – jedenfalls dann, wenn er nicht kalkuliert ausgeschaltet wird – der Wille zum Begreifen bessere Chancen als im abstrakt Gesellschaftlichen. Es geht ernsthafter und tiefgründiger zu; Sympathie, Empathie und Antipathie treffen ins Herz.

den Titel „Im Zwielficht der Spuren“ – behandelt habe und das seinen realen Hintergrund in den Vorgängen um einen Straßennamen hat. Im Roman geht es um die Hermann-Hartenstein-Straße, im realen Leben ging es um die Günther-Adolphi-Straße, die in der Stadt Merseburg so benannt wurde zur Erinnerung an den Professor für chemische Verfahrenstechnik Günther Adolphi, meinen Großvater. Die Straße wurde benannt, und ein paar Monate später erschien ein Zeitungsartikel, daß das nicht gehe mit der Straße, denn es seien auf einem Dachboden Dokumente aufgetaucht, aus denen hervorgehe, daß Adolphi in Auschwitz beim Bau des Chemiewerkes eingesetzt gewesen sei. Es gab dann weitere Artikel, daraufhin Konferenzen, Beratungen, am Ende (2019) wurden die Straßenschilder entfernt, die Straße erhielt einen neuen Namen, die ganze „Affäre“ war beendet.

Ich will jetzt nicht die ganze Erzählung des 2. Bandes hier aufrollen, sondern nur auf ein Detail eingehen, bei dem die Frage der Gründlichkeit des Nachforschens besonders deutlich wird. Es müsse – schrieb ein Journalist in einem der Artikel über die Straßenfrage – bei der Beurteilung des Günther Adolphi die Frage beantwortet werden, ob er 1943 denn freiwillig nach Auschwitz gegangen sei, oder ob man ihn zu diesem Schritt gezwungen habe. Mir wurde sofort klar, daß diese Frage ganz aus dem heutigen Wissen heraus gestellt

Und hinzu kommen die umfassende und strafbewehrte Geheimhaltung und die Verschleierung der konkreten Vorgänge. Während es also ein ganz allgemeines Wissen um die Existenz von – ähnlich wie Gefängnisse und Zuchthäuser weithin als durchaus notwendig empfundenen! – Konzentrationslagern (damals hießen sie K.L., nach dem Krieg hat sich die Abkürzung KZ durchgesetzt) gab und die Drohung „Paß auf, daß du nicht ins Lager kommst“ in mancherlei Alltagssituation funktionierte, wurde seitens der Herrschenden zugleich sehr viel dafür getan, ein genaueres Wissen um die Zustände und Vorgänge nicht entstehen zu lassen. Entlassene hatten bei Strafe ihres Untergangs über das Erlebte zu schweigen, Propagandafilme vermittelten ein völlig falsches Bild der wahren Verhältnisse, und die Orte, an denen die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden schon vor Auschwitz begonnen hatte, waren so weit im eroberten Osten errichtet worden – in den polnischen Orten Sobibor, Belzec und Treblinka –, daß sie – zumal unter den herrschenden Kriegsbedingungen – weit außerhalb der Reichweite der „normalen“ deutschen Bevölkerung lagen. Ich habe mich in den Bänden 2 und 3 des „Hartenstein“ – der dritte Band trägt den Titel „Der Enkel vorne links“ – auch unter Zuhilfenahme von Erinnerungsliteratur ausführlich mit dieser Frage des Wissens und Nichtwissens auseinandergesetzt und immer wieder gelernt, wie schwierig es ist, zu einem abschließenden Urteil zu gelangen.

Zurück also zur Frage der Freiwilligkeit: Sie an der genannten Stelle aufzuwerfen hat wenig Sinn. Hermann Hartenstein stand nicht vor der Frage, ob er freiwillig an einen Ort geht, an dem einmal eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte begangen werden wird. Er stand vor der für ihn ganz normalen Frage, ob er den Arbeitsplatz in Leupau gegen einen in dem neu zu errichtenden, hochmodernen Chemiewerk Auschwitz-Monowitz eintauscht. Und er hatte Gründe, dies zu wollen, denn für einen Ingenieur ist es immer interessant, das Gewohnte gegen etwas Neues, von ihm von Beginn an mit zu Entwickelndes einzutauschen.

Und weiter: Er war mit dieser Entscheidung nicht allein. Mit ihm gingen gleichzeitig einige Hundert Ingenieure, Industriekaufleute, Werkmeister, Verwaltungsfachleute und Büroangestellte nach Auschwitz, alle von den IG Farben dorthin versetzt, also im gleichen Konzern bleibend, und es geschah dies alles als normaler Vorgang.

Eine andere Frage ist, was dann in Auschwitz geschah. Wieviel die Frauen und Männer, die dorthin versetzt waren, tatsächlich und in welcher Detailliertheit über das KZ Auschwitz-Monowitz, das im Auftrag der IG Farben direkt am Werk errichtet worden war, wie auch über das Stammlager und schließlich das acht Kilometer westlich liegende Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau erfuhren. Es ist nicht nebensächlich, bei dieser Frage immer auch die Dimensionen des Geschehens im Auge zu haben: Das Gelände des neu entstehenden Werkes umfaßte eine Fläche von zweimal fünf Kilometern, also zehn Quadratkilometern. Und das gesamte Gebiet mit den drei Lagern und der Stadt lag selbstverständlich

unter scharfer Kontrolle der SS, die Lager dabei immer noch einmal weiträumig gegen unerwünschte Annäherung abgeschirmt.

Wenn ich das alles zu erklären versuche: Betreibe ich damit Rechtfertigung des damaligen Handelns? Ich glaube nicht. Es gibt keine Rechtfertigung.

Und darum hat meine Suche nach Erklärung ein anderes Ziel. Ich will verstehen, wie die Verhältnisse beschaffen waren, die aus „normalen Menschen“ eine solche Art von Täterinnen und Tätern haben werden lassen wie

Stadtgeschichte so konsequent beschwiegen? Das wollte ich gern wissen, und ich hatte gehofft, daß die Zeitung einen Anstoß geben würde zum öffentlichen Gespräch, aber meine Hoffnungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Es hat auch jetzt keine offene Debatte gegeben, niemand unter den nach Tausenden zählenden Nachkommen der am Werksbau in Auschwitz Beteiligten hat sich durch die Zeitungsartikel aufgerufen gefühlt, sich zu äußern oder Erinnerungsstücke zu präsentieren, die die damalige Situation erhellen könnten.



Flüchtlingsboot im Mittelmeer: Die EU hat hier die tödlichste Grenze der Welt eingerichtet
© wikipedia/ Ggia

die, die dieses Chemiewerk in Auschwitz-Monowitz errichtet haben. Damit erkennbar wird, wenn sich die Verhältnisse wieder in eine solche Richtung bewegen. Und damit wir Heutigen uns nicht automatisch gefeit fühlen vor einem Täterin- und Täterwerden. Weil der Weg vom „Normalen“ dorthin gar nicht so weit ist, wie es uns scheinen mag.

III

All diese Überlegungen wollte ich, als sich in Merseburg die von der Zeitung angestoßene Debatte entwickelte, gern auch in der Zeitung diskutieren. Ich dachte mir, daß es möglich sein müßte, mit der Debatte über meinen Großvater ein Fenster zu öffnen hin zu der längst überfälligen Diskussion über die Verbindung zwischen den Chemiewerken in Leuna und in Auschwitz-Monowitz 1941 bis 1945 überhaupt. Denn das wurde mir während meines Schreibens und in den Debatten um den Straßennamen auf sehr schmerzliche Weise bewußt: Es ist dieses Thema noch nie ein Gegenstand des öffentlichen Gesprächs gewesen. Auch nicht in der DDR, in der doch an vielen anderen Stellen eine sehr offene und offensive Auseinandersetzung mit dem Faschismus stattgefunden hat.

Warum aber wurde in Leuna und Schkopau – und anderswo sicher auch, aber auf diese beiden Orte bezieht sich nun einmal mein Roman – dieses Kapitel der Werks- und

Und als – wie ich in Band 2 des „Hartenstein“ ausführlich dargestellt habe – im Jahre 2016 die Bundeskanzlerin Angela Merkel in Leuna eine Rede zu 100 Jahren Chemie in Leuna gehalten hat, nannte sie weder den Namen des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben, zu dem Leuna und das Werk in Auschwitz gehörten, noch fand sie ein einziges Wort für die Verbindung zwischen Leuna und Auschwitz. Immer, wenn am 27. Januar der Opfer des Völkermordes an den Jüdinnen und Juden, der Shoah, des Holocaust gedacht wird, muß ich an diese Rede denken, denn sie zeigt, wie wenig der Geist dieses Gedenktages 27. Januar in den Alltag der in Deutschland Herrschenden eingedrungen ist.

Nun gibt es in Merseburg die Günther-Adolphi-Straße nicht mehr, und es steht zu befürchten, daß es damit auch die Debatte um die Vergangenheit Leuna-Auschwitz nicht mehr gibt. Ich blicke zurück und muß erkennen: Nur dadurch, daß es Menschen gab, die meinen Großvater für seine in der DDR erbrachten Leistungen beim Wiederaufbau der Leunawerke nach dem Krieg, in der Entwicklung neuer chemischer Verfahren und in der Lehre und Forschung an der Technischen Hochschule für Chemie „Carl Schorlemmer“ mit einem Straßennamen ehren wollten, ist das Thema Leuna-Auschwitz überhaupt in die Öffentlichkeit gekommen – und nun, da der Straßename weg ist, ist auch das Thema



Karikatur: Klaus Stuttmann

wieder weg. Es war alles an die eine Person gebunden.

Das ist es, liebe Studierende, was ich mit Dämonisierung meine. Man hat diesen einen Menschen, der 1982 gestorben ist, von der Gesamtentwicklung abgetrennt, hat ihn dämonisiert, und nun ist der Dämon wieder weg, und da muß das Thema nicht länger kümmern. Es stört nur auf dem jetzt so erfolgreichen Weg des Chemiestandorts Leuna.

IV

Und welches sind nun die Fragen, vor denen wir heute die Augen verschließen? Welches die bedrohlichen Verhältnisse, von deren Existenz wir zwar wissen, aber aus diesem Wissen kein Handeln ableiten?

Beantworten Sie diese Fragen für sich selbst. Und prüfen Sie genau, welche Begründungen für ein Nicht-Handeln für Sie bereit stehen und von Ihnen ausgewählt werden.

Nehmen wir ein paar naheliegende – das heißt in Ihrer unmittelbaren Nachbarschaft auftretende – Fragen: Was wissen Sie über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der (allermeist ausländischen) Arbeiterinnen und Arbeiter in der Fleischverarbeitung? Oder in der Spargelernte? Oder derjenigen, die zu Zehntausenden die LKWs über die Autobahnen steuern? Und wenn Sie Kenntnis darüber erlangen, was da alles nicht in Ordnung und eigentlich überhaupt nicht tolerierbar ist – was tun Sie, um diese Verhältnisse zu ändern? Gehen wir ein Stück weiter in die (nur scheinbare) Ferne. Was passiert mit Ihnen angesichts des Wissens über das Schicksal tausender Flüchtlinge, die im Mittelmeer ertrinken, weil die Europäische Union ihnen Asyl verweigert? Was machen Sie mit den Bildern aus den Kriegen im Jemen, in Syrien, in Libyen? Bei denen Sie wissen, daß sie ohne die Waffen auch aus Deutschland und der EU nie geführt werden könnten?

Ich stelle diese Fragen nicht, um über die Antworten zu richten. Ich stelle sie, um Ihr Nachdenken darüber anzuregen, was die Menschen in der Zeit des Faschismus dann,

wenn sie etwas wußten, mit diesem Wissen anfangen konnten. Und dabei bitte ich Sie auch das Folgende zu bedenken: Wir wissen heute unendlich mehr über die Verhältnisse in Deutschland und in der Welt, als es die Menschen damals tun konnten. Wir haben Fernsehen, Internet, und wir haben ein breites Spektrum von Sendungen und Meinungsäußerungen. Wir haben einen Mainstream, aber wir haben zugleich sehr kritische Sendungen, die die Verhältnisse mit großer Konkretheit bloßlegen. Zum Beispiel, wie unglaublich weit verbreitet in unserer modernen Welt die Sklaven- und die Kinderarbeit ist. Und trotzdem immer wieder die bohrende Frage: Was machen wir mit diesem Wissen?

Was werden Sie sagen, wenn Ihre Enkelinnen und Enkel Sie fragen werden, wieso Sie das Untolerierbare tolerieren konnten?

Ich habe weiter oben gefragt, welche Begründungen für ein Nicht-Handeln für Sie bereitstehen. Da gibt es welche, die stecken irgendwie schon in uns drin, sind überliefert und nie hinterfragt, etwa dergestalt: „Das ist doch alles ganz weit weg“; „damit habe ich doch nichts zu tun“; „ich kann mich doch nicht um alles kümmern.“ Dann gibt es welche, die werden uns mit Kalkül angeboten: „Die Spargelstecher sollen froh sein, daß sie hier überhaupt Arbeit haben, bei ihnen zu Hause sieht's nach 40 Jahren Kommunistenherrschaft immer noch trostlos aus“; „Was können wir für die Kriege in der dritten Welt?“ Alles zusammen läuft auf „das Fremde“ hinaus, und je fremder uns „das Fremde“ wird – oder gemacht wird –, umso stärker trennen wir es von uns ab und sinkt unsere Fähigkeit, es als Teil von uns selbst zu verstehen und zu behandeln.

Und da spielen nun die allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen unseres Lebens eine ganz entscheidende Rolle. Prüfen Sie selbst, was es für Sie bedeutet, wenn die von Freiwilligen betriebene Rettung von Flüchtlingen aus Seenot nicht nur durch die offiziellen Grenzschutzorgane der EU erschwert und fast unmöglich gemacht wird, sondern diese

Freiwilligen dann auch noch vor Gericht gestellt werden. Und wie Sie mit den für dieses Vorgehen geltend gemachten Begründungen umgehen. Und welche handlungsleitenden Schlußfolgerungen Sie ziehen.

Eine gefährliche Zuspitzung erfährt der ablehnende Umgang mit „dem Fremden“, wenn es zum alle Bereiche des Lebens erfassenden Feindbild ausgebaut wird. Für eine solche zielgerichtete Vorgehensweise bietet der faschistische Antisemitismus den dramatischsten Anschauungsunterricht. Aber nicht nur er allein. In vergleichbarer Weise wurden der Antislawismus und der Antiziganismus zum Alltagsbewußtsein entwickelt, und auch mit der politischen Gegnerschaft wurde so verfahren. Antimarxismus, Antikommunismus und Antibolschewismus hatten eine Dimension, die es möglich machte, das terroristische Vorgehen gegen deren Anhängerinnen und Anhänger als „ganz normal“ erscheinen zu lassen und einen gewaltsamen Abtransport in ein KZ als „notwendig“. Ein noch weiter gesteigertes Feindbild gipfelte im Herbeireden einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“.

An dieser Stelle mach ich erst einmal Schluß. Wir werden ja miteinander im Gespräch bleiben. Schon heute weiß ich: Wir werden dabei nicht zu einem Ende kommen. Denn das gilt ganz ausdrücklich: Es *ist* in diesen unser Leben betreffenden Fragen nicht zu einem Ende zu kommen. Es gibt keine endgültigen Antworten. Es gibt nur immer wieder neue Fragen, weil mit jeder Antwort die Fragefähigkeit an Kraft gewinnt, mit neuem Stoff sich füllt und neuen, weitertreibenden Anstoß erfährt. Mit freundlichen Grüßen

Wolfram Adolphi

Andere Worte – nur woher?

Die Sprache hat einen Krisengeschmack.

Einst war der Herr Müller Hausmeister.

Nun kleidet ihn ein alter Lack,

Denn Hauswart heute heißt er.

Den Torwart kannst' ich zwar, Das Wort

Vom Hauswart jedoch nicht.

Ein Blockwart war mal stets vor Ort

Mit dem PG-Gesicht.

Vergang'nes in der Gegenwart

Kann diese ändern auch.

So wird das Alte wieder Brauch.

Der Sprachgeist hat die Eigenart

In Taten sich zu finden

Zuerst bei geistig Blinden.

E. Rasmus

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Über Theorie und Praxis des Klassenkampfes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (2)

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

5. Mai 1977

Der vorangegangene Vortrag schloß mit der Feststellung, daß das Eisenacher Parteiprogramm von 1869 den Grundstein zum Sieg des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung gelegt hatte, Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Deutschland war die erste revolutionäre Arbeiterpartei eines Landes, die über ein Programm verfügte, das auf den Grundsätzen des Kommunistischen Manifests beruhte. Es formulierte wissenschaftlich begründete Vorstellungen von der künftigen kommunistischen Gesellschaft, in groben Zügen freilich noch, aber den Proletariern verständlich, wegweisend für den Klassenkampf. Karl Marx und Friedrich Engels, die die Eisenacher als „ihre Partei“ bezeichneten, und ihre Schüler Wilhelm Liebknecht und August Bebel hatten für ein solches Programm die Voraussetzungen geschaffen. Doch die Zeit war noch nicht reif für seine Verwirklichung.

Das bewiesen auch die Ereignisse in Paris. Das französische Proletariat hatte den Versuch unternommen, seine Vorstellungen von dieser Zukunftsgesellschaft in stürmischem Anlauf in die Tat umzusetzen. Es gründete 1871 die Pariser Kommune, die erste Arbeitermacht der Weltgeschichte – durch besondere historische Umstände zu früh auf die Tagesordnung der Geschichte gerufen und deshalb mit einer Niederlage endend. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die objektiven und die subjektiven Bedingungen waren noch nicht so ausgereift, daß der Kampf der Arbeiterklasse um die Macht zur historischen Aufgabe geworden war. Doch die besonders zugespitzte Klassenkampflage in Paris, der Verrat der großbürgerlichen französischen Regierung und die Stationierung preußisch-deutscher Besatzungstruppen vor Paris nach dem deutsch-französischen Krieg zwangen die Pariser Arbeiter zum Aufstand. Und sie leisteten Großartiges. Karl Marx zog in seiner Arbeit „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ die weitreichende Schlußfolgerung, daß die politische Form der Diktatur des Proletariats eine Staatsform vom Typ der Pariser Kommune sein wird. Ein neuer Ausgangspunkt von welthistorischer Bedeutung war gewonnen. „Der Kampf der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse und ihrem Staat ist durch den Pariser Kampf in eine neue Phase getreten“¹,

schrieb damals Karl Marx an seinen Freund und Kampfgefährten Ludwig Kugelmann. In der deutschen Arbeiterbewegung fand die Tat der französischen Klassenbrüder ein begeistertes Echo. Die Teilnehmer zahlreicher Versammlungen bekannten sich zur Pariser Kommune und versicherten die Kommunisten ihrer Solidarität. In Barmen beispielsweise nahmen die Versammelten eine Resolution an, in der sie den Pariser Arbeitern beschei-



nigten, die Vorkämpfer des europäischen Proletariats zu sein. Am deutlichsten aber gab August Bebel dieser Haltung Ausdruck. Am 28. Mai 1871 erklärte er als Abgeordneter der deutschen Arbeiterklasse im Reichstag: „Meine Herren, mögen die Bestrebungen der Kommune in Ihren Augen auch noch so verwerflich oder ... verrückt sein, seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris ... Und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats, Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange! der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird.“²

Die Hauptsache in Europa stand tatsächlich noch bevor: der Kampf der Arbeiterklasse um den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Errichtung der eigenen politischen Macht und der Aufbau des Sozialismus. Das Ringen um Klarheit darüber, das heißt um den Weg zur Macht und das Wesen sowie den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, also die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung, wurde nach der Pariser Kommune zur Hauptfrage im Klassenkampf. Zwei Konzeptionen für den Kampf um die neue Gesellschaft standen sich gegenüber, vertreten durch zwei Arbeiterorganisationen: die marxistische der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die lassalleianische des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Ferdinand Lassalle hatte sich historische Verdienste erworben, als er Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts den deutschen Arbeitern half, sich organisatorisch und politisch von der Bourgeoisie zu trennen und eine eigene Organisation zu schaffen, eben den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Zugleich hatte er jedoch für die Klassenaussöhnung seiner Zeit und für die künftige Gesellschaft ein kleinbürgerlich-staatssozialistisches Programm geschaffen, mit dem opportunistische Ideen in die deutsche Arbeiterbewegung hineingetragen wurden.

Am 1. März 1863, in Vorbereitung der Gründung des ABAV, hatte Lassalle dieses Programm formuliert. Es heißt dort: „Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands – dies ist alles, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann.“³ Wenige Zeilen später kommt Lassalle auf die Hauptsache zu sprechen, wie nämlich die neue Gesellschaft organisiert sein soll, die man mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht erkämpfen will. Lassalle schreibt u. a.: „Die Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichen, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziation als sein eigener Unternehmer organisiert, ... das ist die einzige wahrhaftige, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die

einzig nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes ... Ebendeshalb ist es Sache und Aufgabe des Staats, ihnen dies zu ermöglichen ...“⁴

Gestützt auf einen Erfolg mit dem Stimmzettel, wollte Lassalle mit Hilfe des preußischen Junkerstaates friedlich in den Sozialismus hineinwachsen, ohne Errichtung der Macht der Arbeiterklasse, ohne revolutionäre Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das ist die Quintessenz seines Programms. Lassalle verstarb bereits am 31. August 1864, knapp 1½ Jahre nach Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, an den Folgen

Deutschlands. Der Lassalleianische Opportunismus jedoch fand Eingang in das Gothaer Parteiprogramm, über das in einer anderen Sendung gesprochen werden wird.

Die meisten Arbeiter nahmen diesen Opportunismus zuerst einmal nicht zur Kenntnis. Sie führten den Klassenkampf gegen die Kapitalisten und gegen das preußisch-deutsche Kaiserreich nicht nach den Prinzipien Lassalles, sondern nach den Grundsätzen des Sozialistischen Manifests. Deshalb war die Sozialistische Arbeiterpartei selbst viel besser als ihr Programm. Sie bestand ihre erste große Bewährungsprobe im zwölfjährigen

die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommenung wird. Voraussetzung dafür ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, ist also die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die so erkämpfte Befreiung der Arbeiterklasse bedeutet zugleich die Befreiung des gesamten Menschengeschlechts, wie es im Programm heißt. Damit die Arbeiterklasse diesen Kampf bewußt führen und ihn gewinnen kann, braucht sie eine revolutionäre Partei, die mit der Erreichung dieser Ziele für die Abschaffung der Klassenherrschaft überhaupt kämpft. Indem die Arbeiterklasse dafür in jedem Lande streitet, löst sie eine wahrhaft internationalistische Aufgabe.

So verfügte am Ende des 19. Jahrhunderts die damals revolutionäre Sozialdemokratische Partei Deutschlands über ein Programm, das den Sieg des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung widerspiegelte und die Grundzüge eines Bildes der künftigen, ausbeutungsfreien Gesellschaft vermittelte, eines Bildes, das auf der wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus beruhte. Dieses Programm – es umfaßte nur wenige Seiten – war eine vom damaligen Wissensstand ausgehende klare Darlegung alles dessen, was die Partei für die neue Gesellschaftsordnung anstrebte, wofür sie kämpfte.

Das Erfurter Programm fand nicht nur weite Verbreitung in der deutschen Arbeiterklasse. Es regte die Diskussion über die kommende Gesellschaft auch in anderen Kreisen der Bevölkerung an. Der Drang nach mehr Wissen um die Zukunft wuchs. Die Werke von Marx und Engels wurden studiert. Populärwissenschaftliche Schriften über die materialistische Weltanschauung erreichten hohe Auflagen. Die Arbeiten Ernst Haeckels und anderer Theoretiker wurden gelesen.

Auch sozialkritische und sozialistische Zukunftsromane fanden neue, begeisterte Leser. Zwei Schriftsteller vor allem waren es, die seit Ende des 19. und seit Beginn des 20. Jahrhunderts die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland beeinflussten: der Amerikaner Edward Bellamy mit seinem Buch „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887“ und der Engländer William Morris mit seinem Roman „Kunde von nirgendwo“. Das wissenschaftliche Sozialismusbild hatte am Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur eine ausgeprägte vielseitige theoretische Begründung, sondern auch eine literarische Form gefunden.

Zugleich jedoch entstand in jener Zeit eine neue Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung, die sich verhängnisvoll auswirken sollte: der Revisionismus. Darüber wird in einer späteren Sendung zu berichten sein.



Pariser Kommunarden beim Sturz der Colonne Vendôme 1871

eines Duells. Die Propagandisten seiner Ideen wirkten weiter in den Arbeiterorganisationen. Ihr preußischer „Staatssozialismus“ erschwerte nicht nur die Herausbildung einer marxistischen Partei in Deutschland. Der Lassalleianismus, objektiv Verrat der ganzen Arbeiterbewegung an die Preußen, wie Friedrich Engels einmal sagte, trug den Opportunismus in die Organisationen des Proletariats. Seit jener Zeit ist diese Ideologie das größte Hemmnis im Kampf der Arbeiterklasse um die eigene Befreiung. Die damit verbreiteten verhängnisvollen Illusionen in der Staatsfrage, die Beschränkung des politischen Kampfes der Arbeiterbewegung auf den Stimmzettel bei Wahlen ordneten große Teile der Arbeiterklasse und ihr folgende kleinbürgerliche Kräfte immer wieder der Politik der Bourgeoisie unter. Von Lassalle über Bernstein, Scheidemann, Noske und Schumacher führte dieser Weg bis zu den heutigen rechten Führern der Sozialdemokratie. Opportunistische Ideologie und Politik spalteten die Arbeiterbewegung und spalten sie heute noch immer. Vertreter dieser Ideologie und Politik waren und sind die besten Verbündeten der Großbourgeoisie in den Reihen dieser Bewegung. Der von Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sank bald zu einer bedeutungslosen Sekte herab. Die übergroße Mehrheit seiner Mitglieder vereinigte sich 1875 in Gotha mit den Eisenachern unter August Bebel zur Sozialistischen Arbeiterpartei

Ringen gegen das von Bismarck 1878 erlassene Sozialistengesetz, dem ersten großangelegten Versuch der Reaktion in Deutschland, mit Parteiverbot gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung vorzugehen.

1890, nach dem Sieg über das Sozialistengesetz, wurde auf dem Hallenser Parteitag der Name „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ angenommen. Die im Kampf gesammelten Erfahrungen verlangten nach einem neuen Parteiprogramm; denn die Geschichte hatte bewiesen, daß die 15 Jahre vorher ins Gothaer Programm aufgenommenen opportunistischen Grundsätze untauglich waren – wie Marx das vorausgesehen hatte. Der Erfurter Parteitag von 1891 beschloß also ein neues Parteiprogramm, an dessen Ausarbeitung Friedrich Engels entscheidenden Anteil hatte. Dieses Programm formulierte am Ende des 19. Jahrhunderts, 22 Jahre nach Eisenach, erneut die Vorstellungen deutscher Revolutionäre von der sozialistischen Gesellschaft. Friedrich Engels bestätigte, daß es – wörtlich – „nach seiner theoretischen Seite im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft“⁵ beruhe. Es wurde zum Vorbild für die internationale Arbeiterbewegung.

Ausgehend von einer Charakterisierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung besagt das Erfurter Programm: Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum kann bewirken, daß die Arbeit für

Anmerkungen

1 MEW, Bd. 33, S. 209

2 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1. Dietz-Verlag, Berlin 1966, S. 513

3 Ebenda, S. 554

4 Ebenda, S. 554/55

5 MEW, Bd. 22, S. 227

Ferdinand Lassalle und sein Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung

„Ich bin angeklagt die Besitzlosen zum Hass und zur Verachtung gegen die besitzenden Klassen aufgereizt zu haben.“ Diese Worte schrieb Ferdinand Lassalle 1863 in „Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Vertheidigungsrede vor dem Berliner Criminalgericht“. 1899 erklärte Lenin rückblickend: „In Deutschland bestand das große historische Verdienst Lassalles darin, daß er die Arbeiterklasse aus einem Anhängsel der liberalen Bourgeoisie zu einer selbständigen politischen Partei machte. Der Marxismus hat den ökonomischen und den politischen Kampf der Arbeiterklasse zu einem unteilbaren Ganzen verbunden ...“¹

Ferdinand Lassalle, geboren 1825 in Breslau, hatte seit dem 15. Lebensjahr die Handelsschule zu Leipzig besucht. 1844 reiste er nach Paris. Er schloß sich der demokratischen Bewegung an, arbeitete an der von Marx herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung“ mit und lebte bis 1857 seit der Revolution 1848 in Düsseldorf.

Lassalle gewann in Berlin den Verleger Franz Gustav Duncker für Marx' Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“. Eine Geldüberweisung von Engels ermöglichte es Marx, am 26. Januar 1859 das Manuskript der ersten zwei Kapitel nach Berlin zu schicken. Am 23. Februar ging das Manuskript des Vorworts ab; im Juni 1859 erschien das Buch.

Programmatisch und berühmt ist darin das Vorwort: „Ich betrachte das System der bürgerlichen Oekonomie in dieser Reihenfolge: Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit; Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt. Unter den drei ersten Rubriken untersuche ich die ökonomischen Lebensbedingungen der drei großen Klassen [Kapitalisten, Grundeigentümer, Lohnarbeiter – E.K.], worin die moderne bürgerliche Gesellschaft zerfällt; der Zusammenhang der drei andern Rubriken springt in die Augen. Die erste Abtheilung des ersten Buchs, das vom Kapital handelt, besteht aus folgenden Kapiteln: 1) die Waare; 2) das Geld oder die einfache Cirkulation; 3) das Kapital im Allgemeinen. Die zwei ersten Kapitel bilden den Inhalt des vorliegenden Heftes.“²

Grundlegend darin ist der Passus: „[...] In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Ueberbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. [...] Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung gerathen die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen

Produktionsverhältnissen, oder was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Ueberbau



Ferdinand Lassalle (1825–1864)

langsamer oder rascher um. [...] Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schooß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind. [...]“³

Bevor das Manuskript des ersten und zweiten Kapitels an Duncker in Berlin gesandt werden konnte, hatten Marx und Engels gemäß einem zehnjährigen Zyklus etwa für 1857/58 mit einer wirtschaftlichen Krise und revolutionären Situation gerechnet, wie Engels' im Brief an Marx vom 17.11.1856 schrieb.⁴

Bis dahin wollte Marx seine ökonomische Theorie wenigstens im Grundriß erarbeitet haben. Diese umfangreichen Ausarbeitungen stellen den ersten Rohentwurf seines späteren Hauptwerkes „Das Kapital“ dar; dem Kapitel vom Geld sollte das Kapitel vom Kapital mit seinem ersten Abschnitt: „Der Produktionsprozeß des Kapitals“ folgen.

Es verging ein Jahrzehnt, bis 1867 im Hamburger Verlag von Otto Meißner „Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. Von Karl Marx. Erster Band: Buch I: Der Produktionsprocess des Kapitals.“ herausgegeben werden konnte.

In seiner vier Jahre zuvor in Zürich erschienenen Schrift „Die Wissenschaft und die Arbeiter ...“ führte Lassalle aus: „Ich weise durch genaueres Eingehen [...] die nationalökonomischen Factoren, die durch neue Productionsinstrumente und dadurch bedingte neue Produktionsweisen vor sich gehende Entwicklung nach, welche allmählich aus der industriellen Production den weit überwiegenden Hebel und Träger des gesellschaftlichen Reichthums machen, den Grundbesitz in tiefen Schatten stellen und zu einer verhältnißmäßigen Machtlosigkeit herabdrücken muß.

Ich weise nach, wie jetzt in Folge dessen das Capital als das herrschende Element dieser zweiten Weltperiode sich ebenso nothwendig im öffentlichen Recht zur privilegierten Bedingung der staatlichen Berechtigung, zur Bedingung der Theilnahme an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes machen muß, wie dies früher mit dem Grundbesitz im öffentlichen Recht der Feudalzeit der Fall gewesen war. [...] Auch diese zweite Weltperiode, die 350 Jahre angefüllt hat, sage ich ferner, ist bereits innerlich abgelaufen und mit der französischen Revolution des Jahres 1848 ist die Morgendämmerung einer neuen und dritten Weltperiode angebrochen, die durch das von ihr proklamirte allgemeine gleiche Wahlrecht Jedem ohne Rücksicht auf irgend welche Besitzverhältnisse einen gleichmäßigen Antheil an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und des Staatszweckes sichert und somit die weder an die Bedingung des Grundbesitzes noch des Capitalbesitzes gebundene freie Arbeit als das herrschende Princip der Gesellschaft einsetzt. [...] Die sittliche Idee des Arbeiterstandes sei daher die, daß die ungehinderte freie Bethätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum für sich allein noch nicht ausreiche, sondern daß zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit in der Entwicklung. [...] Der letzte und inhaltliche Zweck des Staats sei somit der: das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit andern Worten: die menschliche Bestimmung d.h. alle Cultur, deren das Menschengeschlecht fähig sei, zum wirklichen Dasein herauszuringen und zu gestalten. Er sei die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit.“⁵

Ab 19. März 1861 beantragte Marx die Wiederherstellung seiner preußischen Staatsbürgerschaft. Er teilte dem Berliner Polizeipräsident mit, daß er „hierselbst noch keine eigene Wohnung gemietet – bei Dr. Lassalle, Bellevue Str. Nr. 13, ein Unterkommen gefunden [hat] – und werde mich und meine Familie durch meine literarischen Arbeiten ernähren. Mein Einkommen beläuft sich auf zirka 2000 Reichstaler; Vermögen besitze ich sowie meine Ehefrau nicht.“⁶

Im Februar 1863 wurde Lassalle vom Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen

deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig aufgefördert, ein politisch-soziales Programm für die Arbeiterorganisation zu entwerfen. Sein „Offenes Antwortschreiben“ bildete die Grundlage des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Dieser stellte die erste sozialdemokratische Organisation in Deutschland dar. Lassalle appellierte an die deutschen Arbeiter, sich als selbständige politische Partei zu organisieren.

Am 31.8.1864 starb er in der Schweiz in Folge eines Duells. Er wurde an der linken Innenmauer des jüdischen Friedhofs zu Breslau (heute Wrocław) in einem Grab mit einem schwarzen Marmorstein beigesetzt.

Sein welthistorisches Verdienst bestand darin, daß er mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Mai 1863 dem Streben der fortgeschrittenen Arbeiter nach organisatorischer Trennung von der liberalen Bourgeoisie entsprach. Er vermittelte jedoch die Illusion, mit Hilfe des junkerlich-preußischen Staates in den Sozialismus hineinwachsen zu können.

Vom 7. bis 9. August 1869 tagte in Eisenach mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht der Allgemeine Deutsche sozialdemokratische Arbeiterkongreß und beschloß Programm und Statuten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Das entscheidende Ereignis dafür, daß Marx' „Kapital“ das gesamte geistige Leben des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts in wachsendem Maße beeinflusste, war die dreimonatige

Herrschaft der Pariser Kommune 1871, die August Bebel am 25. Mai desselben Jahres im Deutschen Reichstag warnend als Kampf in Paris, als „kleines Vorpostengefecht“ für Europa bezeichnete. Der Aufstand in Paris wurde als Werk der Internationalen Arbeiter-Assoziation vermutet (was nicht der Fall war), deren geistiger Führer das „Kapital“ geschrieben hatte.

Beide Arbeiterorganisationen, der von Lassalle inspirierte ADAV und die von Bebel und Wilhelm Liebknecht geführte Sozialdemokratische Arbeiterpartei vereinigen sich 1875 in Gotha. Deren Programmentwurf kritisierte im besten Sinne des Wortes Marx 1875.⁷

Ab dem Erscheinen Engels' Artikelserie „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)“ 1877/1878, verband sich die Wirkungsgeschichte des „Kapitals“ mit der anderer Schriften von Marx und Engels.

Nach dem Abbruch des „Kulturkampfes“ seitens Bismarcks gegen die katholische Kirche erließ 1878 Papst Leo XIII. das Rundschreiben „Quod apostolici muneris“, worin zur „Abwehr der Pest des Socialismus“ und Ausrottung der „Giftpflanze des Socialismus mit der Wurzel“ aufgerufen wurde.

Die 1875 in Gotha vereinigte deutsche Arbeiterpartei gewann so starken Einfluß auf das Denken, daß Bismarck 1879 mit dem „Sozialistengesetz“ glaubte, die Bewegung für einen sozialistischen Gesellschaftszustand vernichten zu können. Die Arbeiterbewegung erlangte jedoch während der Illegalität eine solche

Stärkung, daß 1890 der Reichstag eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Verbotsgesetzes die Zustimmung verweigerte.

Das Gothaer Programm wurde 1891 mit Engels' kritischer Hilfe durch das Erfurter ersetzt.

1913 beging die deutsche Sozialdemokratie ihr 50jähriges Jubiläum. Sie schuf dazu eine Gedenkkurkunde mit den Abbildungen ihrer 20 wichtigsten Vertreter. Unter der Losung des Kommunistischen Manifestes „Proletarier aller Länder vereinigt alle Länder vereinigt euch“ sind in der obersten Reihe Porträts von Engels, Lassalle und Marx, darunter Wilhelm Liebknecht und August Bebel angeordnet.

Die weltweite Entwicklung des Sozialismus hatte begonnen. **Prof. Dr. Eike Kopf**

- 1 W. I. Lenin: Protest russischer Sozialdemokraten. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 4. Dietz Verlag Berlin 1960, S. 168.
- 2 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Heft. Vorwort. In: MEGA². Bd. II/2. S. 99.
- 3 Ebenda, S. 100/101.
- 4 Engels an Marx, 17.11.1856. In: MEW, Bd. 29, S. 86.
- 5 Ferdinand Lassalle: Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Vertheidigungsrede vor dem Berliner Criminalgericht gegen die Anklage die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. Zürich 1863, S. 21.
- 6 MEW, Bd. 15, S. 623 und 635.
- 7 MEW, Bd. 19, S. 15-32.

Marxismus taugt nicht als Matrix?

Aus einem Gespräch des Verlagsleiters des Neuen Deutschland mit Hans-Dieter Schütt, welches in der Ausgabe vom 29. Mai 2021 nachzulesen ist, erfahren wir, daß der ehemalige Chefredakteur der damals wie heute marxistischen Tageszeitung junge Welt auf der Suche, was heute links sei, bei dem langjährigen Landesvorsitzenden der Berliner Linken fündig geworden sei. Klaus Lederer beglückte ihn mit der Antwort, daß der Marxismus als Matrix für messianische Dimensionen nicht mehr taue. „Eine geschlossene Theorie ist höchstens Trostpapier, um die Wartezeit auf eine Zukunft zu verkürzen, die doch unter starkem Verdacht steht, nie zu kommen“, so der zitierte O-Ton des ehemaligen Vorsitzenden.

Ergo: Der Marxismus hat uns heute nichts mehr zu sagen; er ist erledigt.

Ohne aus Schütt und Lederer Philosophen machen zu wollen, scheint mir deren Abrechnung mit dem Marxismus dasselbe Los beschieden zu sein, wie Ludwig Feuerbachs Abrechnung mit dem Hegelschen System. „Aber man wird nicht mit einer Philosophie fertig dadurch, daß man sie einfach für falsch erklärt. Und ein so gewaltiges Werk wie“ – jetzt weichen wir von Engels ab – der Marxismus, der einen ungeheuren Einfluß auf die geistige Entwicklung der Menschheit hatte und hat, läßt sich nicht dadurch beseitigen, daß man ihn kurzerhand als erledigt betrachtet. Welch ungläubliche Arroganz! Und Ausdruck dafür, daß sich Klaus

Lederer niemals tiefgründiger mit dem Marxismus beschäftigt haben kann. Ernst Bloch rühmt mit vollem Recht die geschlossene Theorie des Marxismus mit seinen drei Bestandteilen als „die große Verführung“, als „große Evidenz für den Verstand“. Wer den Marxismus zur toten Wissenschaft erklärt oder in ihm lediglich eine überwundene historische Geistesströmung sieht, beraubt sich des theoretischen Rüstzeugs für das Begreifen gesellschaftlicher Phänomene. Erkenntnisse, also nicht nur Kenntnisse (!), von der gesellschaftlichen Wirklichkeit und deren Veränderung können nur die erlangen, für die der Marxismus als Matrix der gesetzmäßigen gesellschaftlichen Entwicklungen mit Klassen, Klassenkämpfen, Kriegen, Profitmaximierung, Klimakatastrophen, Hunger usw. immer noch taugt bzw. deren theoretischer Reflex er ist.

Ende 1989 und Anfang der 90er Jahre ging es den „Reformern“ in der Partei des demokratischen Sozialismus um die Überwindung des „stalinistischen Systems“, heute geht es ihnen offenbar um die nachhaltige Entsorgung des Marxismus. Es ist immer wieder derselbe Fehler, den Linkskräfte begehen, wenn sie glauben, ohne marxistische Analyse, ohne die Anwendung des dialektischen und historischen Materialismus, ohne die Marx'sche politische Ökonomie und die Lehre vom wissenschaftlichen Sozialismus eine größere Gestaltungskraft in der kapitalistischen Gesellschaft zu erlangen.

Der kontinuierliche Rückgang der Partei der Linken in der Wählergunst in den ostdeutschen Bundesländern ist nur ein Indiz dafür, daß sich die Partei und ihre tonangebenden Vordenker, flankiert von gewendeten Journalisten, auf einem Holzweg befinden.

Lieber solle man sich eingestehen, so das fröstelnd machende Fazit des schlauen DDR-Journalisten, daß Peter Sloterdijk völlig recht habe, wenn er, auf Nitsche verweisend, erkannt hat, daß die Menschen der Moderne gar nicht mehr aus dem Stoff seien, aus dem man eine Gesellschaft formen könne. Sie seien (nämlich) zu diffus, zu vielschichtig, zu konturenlos. Da haben wir es wieder – dieses abstrakte, blutleere Wesen, das auch einem Ludwig Feuerbach vorschwebte. Marx hielt dem seine 6. These entgegen: „Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ Da wir nicht, entgegen der Überschrift des eingangs erwähnten nd-Gesprächs, „im Unbegreiflichen daheim“ sind, halten wir es auch mit der 11. Feuerbach-These: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Und dazu taugt der Marxismus nicht nur allemal, sondern er ist die einzige Theorie, mit deren Hilfe dies gelingen kann.

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

Vor 230 Jahren: Erklärung der Frauenrechte

Im September 1791 forderte die Schriftstellerin Olympe de Gouges in ihrer „Erklärung der Frauen- und Bürgerinnenrechte“ die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der Geschlechter.

Paris stand im September 1791 bereits im dritten Revolutionsjahr. Schon relativ bald nach dem 14. Juli 1789, nämlich am 26. August desselben Jahres, hatte die französische Nationalversammlung die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ verabschiedet. Dieser Akt markiert einen historischen Meilenstein in der Entwicklung der Grund- und Freiheitsrechte, bis 3. September 1791 goß man diese (...) in eine neue Verfassung. Allerdings hatte sich nach drei Jahren gezeigt: Die Französische Revolution war eben eine Revolution des Bürgertums – und, um noch genauer zu sein: der bürgerlichen Männer. Freiheit und Gleichheit waren nur für den männlichen Teil der Bourgeoisie vorgesehen, Brüderlichkeit sowieso, während die Frauen ausgeschlossen blieben. Diese Tatsache rief die Theaterautorin Olympe de Gouges (1748–1793) auf den Plan, die in Ergänzung oder Ersetzung der auf die Männer beschränkten „Menschen- und Bürgerrechte“ die erste „Erklärung der Rechte der Frau und der Bürgerin“ verfaßte. (...) Die Forderungen nach voller Gleichstellung der Frauen, nach Wahlrecht,

Zugang zu allen Ämtern, Berufsfreiheit und Eigentumsrechten, wurden von ihr in 17 Grundsatzartikeln festgehalten, auf Basis des Grundprinzips: „Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Mann an Rechten gleich“. In Artikel IV schrieb de Gouges: „Freiheit und Gerechtigkeit bestehen darin, alles zurückzugeben, was einem anderen gehört. So hat die Ausübung der natürlichen Rechte der Frau keine Grenzen außer denen, die die ständige Tyrannei des Mannes ihr entgegengesetzt. Diese Grenzen müssen durch die Gesetze der Natur und der Vernunft reformiert werden.“ Somit gilt auch: „Das Gesetz muß Ausdruck des Gesamtwillens sein.“ (Artikel V) (...)

Die volle Teilhabe am politischen Leben und am revolutionären Prozeß forderte de Gouges mit dem prägnanten Punkt: „Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen; sie muß gleichermaßen das Recht haben, die Rednertribüne zu besteigen“ (Artikel X). Tatsächlich schaffte es die Vorlage im Spätherbst 1791 in die (ausschließlich männliche) legislative Nationalversammlung, fand dort aber freilich keine Zustimmung. Der formellen konstitutionellen Monarchie folgte 1792 zwar die Erste Republik, im Juli 1793 begann jedoch die Herrschaft des Wohlfahrtsausschusses, inklusive der Unterdrückung der neu gebildeten Frauenvereine. Der fortgesetzte radikale Einsatz für Frauenrechte (...) brachte Olympe de Gouges zunächst monatelang ins

Gefängnis und schließlich auf die Guillotine. Am 3. November 1793 wurde sie am Place de la Concorde hingerichtet. Ihre „Erklärung der Frauen- und Bürgerinnenrechte“ blieb vorerst ohne weitere Wirkung, stellt jedoch ein erstes wichtiges Dokument des Kampfes für Gleichberechtigung, Emanzipation und Frauenbefreiung dar.

August Bebel schrieb hierzu im Jahr 1879: „So nahm die feurige und beredete Olympe de Gouges die Führung der Frauen des Volkes in ihre Hand und trat mit der ganzen Begeisterung, zu der ihr Temperament sie befähigte, für diese ein. Als ... der Konvent die Menschenrechte (...) proklamierte, erkannte sie sofort, daß es nur Männerrechte seien. (...) Doch er hält auch fest: „Es handelt sich also nicht nur darum, die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, was das Ziel der bürgerlichen Frauenbewegung ist, sondern darüber hinaus alle Schranken zu beseitigen, die den Menschen vom Menschen, also auch das eine Geschlecht von dem anderen, abhängig machen. Diese Lösung der Frauenfrage fällt mit der Lösung der sozialen Frage zusammen“ – also mit der sozialistischen Revolution, die von den Männern und Frauen der Arbeiterklasse verwirklicht wird.

ZdA, Zürich, 8. September 2021

Redaktionell gekürzt

EINE HERZLICHE, ABER DRINGENDE BITTE

Wie in jedem Jahr um diese Zeit legen wir allen Oktober-Heften des „RotFuchs“ ein Überweisungsformular bei. Wir bitten alle Leser, die es sich leisten können, in diesen symbolischen Hut Geldscheine oder Münzen hineinzuworfen.

In diesem Jahr ist unsere Bitte etwas dringender als in der Vergangenheit. Ein Grund dafür ist, dass die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder zur Eindämmung der Pandemie auch den „RotFuchs“-Förderverein e. V. getroffen haben. Die Arbeit unserer Regionalgruppen wurde fast lahmgelegt. Nur wenige Veranstaltungen konnten stattfinden, so daß ein wichtiger Teil unserer Werbung für den Bezug des „RotFuchs“ wegfiel. Ähnliches gilt für zentrale Konferenzen, Sitzungen des Vereinsvorstandes und die Mitgliederversammlung des Fördervereins. Der „RotFuchs“ erschien dennoch ohne Unterbrechung und der geschäftsführende Vorstand tagte regelmäßig.

Dank großzügiger Spenden ist das Erscheinen des „RotFuchs“ gegenwärtig für länger als ein Jahr finanziell gesichert, aber unsere Zeitschrift benötigt auf Dauer mehr Bezieher und Spender. Wir rufen aus diesem Grund alle Mitglieder unseres Fördervereins, alle Leserinnen und Leser des „RotFuchs“ dazu auf, für unsere Zeitschrift im Freundes- und Bekanntenkreis zu werben, und dazu, Spender und Mitglieder zu gewinnen.

Wir sind der Meinung, daß die Verantwortung des „RotFuchs“ – sowohl der Zeitschrift wie des Fördervereins – wächst. Der Imperialismus steigert die Kriegsgefahr und pfeift auf seine Rechtsordnung. Für Letzteres ist der Versuch, die DKP von den Bundestagswahlen auszuschließen und ihr den Parteistatus zu entziehen,

ein besonders drastisches Beispiel. Das wurde vorläufig gestoppt, aber angesichts ähnlicher Attacken auf die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und auf die Tageszeitung „junge Welt“ läßt sich feststellen: Linke Stimmen in der BRD sollen eingeschüchtert und mundtot gemacht werden.

Gleichzeitig sympathisieren Teile des Staatsapparates mit Faschisten, sitzen Nazi-Abgeordnete in allen deutschen Landesparlamenten und im Bundestag.

In dieser Situation mehren sich in der Partei Die Linke Stimmen, die deren friedenspolitische Positionen revidieren wollen.

Der „RotFuchs“ bleibt gerade in diesem Punkt kompromißlos parteilich – so wie in der Verteidigung der DDR und der Traditionen der Arbeiterbewegung. Wir halten den Kampf für den Frieden und gegen imperialistischen Krieg heute für die wichtigste Aufgabe von Kommunisten, Sozialisten und allen anderen Linken.

Aus unserer Sicht ist es dringend nötig, den Einfluß unserer „Tribüne“ zu erweitern. Daher bitten wir alle Bezieher des „RotFuchs“ um Werbung für unsere Sache und für unsere Zeitschrift.

Wer noch nicht Mitglied im „RotFuchs“-Förderverein ist, der kann dies gerne werden. Ein Anruf genügt: 030-241 26 73.

Wir, die „RotFuchs“-Macher, brauchen Eure Hilfe, damit die von ihren Freunden und Mitstreitern geliebte und vom Gegner gehäßte kommunistisch-sozialistische Zeitschrift weiter erscheinen und verbreitet werden kann.

Dr. Arnold Schölzel, Bruni Steiniger, Wolfgang Dockhorn, Jürgen Claußner

Umdenken gefragt

Die Klimaveränderungen werden deutlich gravierender und die Folgen für viele Menschen schmerzliche Realität. Die Bemühungen der politischen Elite und der Wissenschaft, den Prozeß aufzuhalten, sind trotz einer Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten kaum spürbar und, wie der Klimarat feststellt, nicht ausreichend. Das ist nicht nur auf mangelnde Konsequenz in der Umsetzung und Koordinierung zwischen den Staaten zurückzuführen. Die nationalen Interessen und Besonderheiten einzelner Staaten sowie die der Konzerne und Monopole finden eine zu starke Berücksichtigung. Zusätzliche Möglichkeiten werden nicht erkannt oder genutzt, weil es politisch unangebracht erscheint, Bisheriges infrage zu stellen und die in der Vergangenheit „bewährten“ Dogmen aufzugeben. Mit der Suche nach wirksamen Maßnahmen wird somit von den gegenwärtigen Praktiken und dem herrschenden Wirtschaftssystem ausgegangen. Dieses System wird natürlich nicht angetastet. Jedenfalls gibt es keine zentralen Bemühungen, den Verbrauch an Ressourcen kontrolliert einzuschränken. Wichtig ist nicht nur ein sparsamer, sondern vor allem ein gesteuerter Einsatz dieser Ressourcen. Nur so kann ohne besonderen Aufwand die Schadstoffemission mit den negativen Auswirkungen auf das Klima reduziert werden. Leider steht die Ausdehnung der Produktion zur Steigerung des Bruttosozialprodukts (BSP) weiter im Vordergrund. Diese Kennziffer unterscheidet nicht in notwendiger und nicht notwendiger Produktion bzw. Überproduktion. Das Nichtbestehen einiger Produkte auf dem Markt

findet keine Berücksichtigung. Der „Markt“ eliminiert so einen Teil der konkurrierenden Produkte, nicht aber die Schadstoffemissionen aus deren Fertigung. Viele Neuentwicklungen, die mehr Parallelentwicklungen sind ohne einen echten neuen Gebrauchswert, haben kaum Einfluß auf eine Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistung und dienen nur dazu, Umsatz zu generieren. Der Verlust aus der nicht abgesetzten Ware wird zum Teil über Preissteigerungen ausgeglichen oder ist bereits eingepreist. Die entstandene unnötige Umweltverschmutzung ist für den Produzenten Nebensache. Etwa zwei Drittel der auf dem Markt erhältlichen Haushaltsgeräte unterscheiden sich z. B. nur geringfügig in den technischen Parametern oder dem Design und sind somit schlicht überflüssig. Wer braucht z.B. wirklich jedes Jahr ein neues Smartphone mit fragwürdigen Funktionen. Oft wird der Bedarf künstlich erzwungen. Kleinere Gebrauchsartikel oder Verschleißteile, die eventuell zwecks Senkung der Produktionskosten in großen Stückzahlen entstehen, werden nicht als Einzelstücke, sondern im „Paket „angeboten, unabhängig von dem tatsächlichen Bedarf. Der überwiegende Teil aus dem Inhalt des „Pakets“ kommt nicht zum Einsatz und wird vernichtet. Solche Beispiele sind tausendfach vorhanden. Wenn es nicht gelingt, diese unsinnigen Produktionen zu vermeiden oder zumindest einzuschränken, bleiben alle Bemühungen zur Rettung unserer Umwelt nur halbherzige Aktionen. Es müssen aber Wege gefunden werden, unnötige Fertigungen zu begrenzen und Neue zu verhindern. Das erfordert ein

grundsätzliches Umdenken. Weg vom BSP als Bewertungsmaßstab für eine erfolgreiche Volkswirtschaft und hin zu Bewertungskriterien, die eine Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft ohne Überproduktion ausweisen. Viele junge Nationalstaaten und auch die europäischen sozialistischen Länder hatten am Beginn ihrer Existenz mit vielen Schwierigkeiten beim Aufbau einer nationalen Wirtschaft zu kämpfen. Es fehlte u.a. an Devisen, Rohstoffen und Produktionsstätten. Auch Embargo-Maßnahmen verschärfte diese Lage. Diese damalige Situation ist durchaus mit dem heutigen objektiven Notstand zu vergleichen, der sich aus den Klimaveränderungen ergibt. Die damals von diesen Staaten erfolgreich angewendeten Methoden zur Lösung ihrer Startschwierigkeiten sind geeignet, heute einen zusätzlichen Weg aus der fast ausweglosen Lage der Menschheit zu zeigen. Das sind eine Kontrolle der Aufnahme von Fertigungen, des Importes, der Verteilung von Rohstoffen und ähnlichem Hilfsmitteln. Es wurde nur das produziert, was im Lande benötigt wurde, und zwar mit einem geringsten Aufwand an Material, Rohstoffen, Devisen, Energie, Ausrüstungen und auch Bauland bzw. Baumaterialien. Das ist über ein System der Erteilung von Produktions- und Bezugslizenzen erreicht worden. Heute stehen die Zeichen auf schnelle Profitmaximierung, doch notwendig wäre ein sparsamer Verbrauch bei Sicherung des Bedarfs. Mit dem gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystem wird das nicht gelingen.

Horst Klingenberg
Berlin

Alba-Staaten entwickeln gemeinsame Vorschläge für Klimagipfel in Glasgow

In Venezuela hat das zweite internationale Forum „Wiederbegegnung mit Mutter Erde“ (Reencuentro con la Madre Tierra) zur Vorbereitung des Weltklimagipfels in Glasgow (COP-26) stattgefunden. Vertreter von Regierungen und Basisgruppen aus 18 Ländern haben bei der zweitägigen Veranstaltung in Caracas Vorschläge ausgearbeitet, welche die Alba-Mitgliedsländer beim COP-26 vom 31. Oktober bis zum 17. November in der schottischen Hauptstadt einbringen sollen.

In der Abschlusserklärung schlagen die Teilnehmer den Staats- und Regierungschefs 18 Punkte vor, die sie am UN-Gipfel thematisieren sollen. Unter anderem warnen sie vor neokolonialen Tendenzen, indem die reichen Industrieländer unter dem Vorwand des Klimawandels die globale Agenda entsprechend ihren Interessen ausgestaltet. Statt dessen sollten besonders verletzte oder vom Klimawandel betroffene Gruppen

– etwa indigene Gemeinschaften, Kinder und Jugendliche, Frauen und Migranten sowie die jeweils ortsansässige Bevölkerung – bei der Entscheidung über geplante Maßnahmen einbezogen werden.

Das Dokument betont auch, daß nicht „die Menschheit“, sondern „das reichste Prozent, welches das kapitalistische System durchsetzt“, für die fortlaufende Erderwärmung verantwortlich ist.

Um die durchschnittliche Erderwärmung unter 1,5 C zu halten, sei „dringliches und gerechtes Handeln nötig, um die Emissionen zu reduzieren“, so die Erklärung. Bestehende Systeme des Emissionshandels reichten nicht aus, eine Reduktion der Emissionen auch in den Industrieländern sei dringend geboten. Die reichen Staaten müßten zudem die Entwicklungsländer mit mindestens 100 Millionen US-Dollar jährlich bei Klimaschutzmaßnahmen unterstützen. Bereits im April hatte in Bolivien ein erstes solches

Treffen stattgefunden. Danach vereinbarten die Regierungen der Alba-Mitgliedsländer ein Folgetreffen in Caracas, um eine gemeinsame Erklärung „über die Vision des Globalen Südens zum Schutz und der Erhaltung von Mutter Erde“ zu verabschieden.

Die Bolivarische Allianz (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos, Alba-TCP) besteht derzeit aus zehn lateinamerikanischen und karibischen Staaten, setzt sich für solidarische internationale Wirtschaftsbeziehungen ein und fördert die regionale Kooperation zwischen Staaten, aber auch zwischen sozialen Bewegungen. Sie wurde 2004 von den damaligen Präsidenten Kubas und Venezuelas, Fidel Castro und Hugo Chávez, ins Leben gerufen.

Philipp Zimmermann

Quelle: amerika21, 1. September 2021

Wer soll (wird) das bezahlen?

Wenn wir jetzt langsam aus der Pandemie herauskommen, bleibt die Frage: Auf wieviel Schulden bleibt der deutsche Staat sitzen, der mit großen Rettungspaketen versucht hat, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen abzumildern.

Wer hat in erster Linie von den Staatshilfen profitiert?

Wer wird im Endeffekt für die Schulden aufkommen, wird alles dem normalen Steuerzahler aufgebürdet, oder werden die stärker zur Kasse gebeten, die auch am meisten von der Hilfe profitiert haben?

Das Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) beziffert die bisherigen volkswirtschaftlichen Kosten der Corona-Pandemie, einschließlich der partiellen Stilllegung der Wirtschaft und der durch die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau gezahlten Unternehmensbeihilfen und gewährten Kredite sowie des Kurzarbeitergeldes für sechs Millionen Beschäftigte, auf ca. 500 Mrd. Euro. Hinzu kommt noch, daß infolge der Corona-Krise das Bruttoinlandsprodukt 2020 um 5 % geschrumpft ist.

Dieser Einbruch wird lediglich von der durch die globale Finanzkrise 2009 hervorgerufenen Rezession übertroffen. Damals sank das BIP um 5,7 %.

Dramatisch sind auch die Auswirkungen auf den Staatshaushalt.

Wohl, um auch seine teilweise Orientierungslosigkeit und Handlungsunfähigkeit zu kaschieren, spart der Staat nicht an der Bereitstellung von finanziellen Mitteln und gibt dieses Geld der Steuerzahler mit vollen Händen aus. Allein 2021 wird der Bund eine Neuverschuldung von 240,2 Mrd. Euro anhäufen, das sind 60,4 Mrd. Euro mehr Schulden als ursprünglich vom Finanzministerium geplant wurden.

In dieser Summe sind 2,7 Mrd. für die Beschaffung von Impfstoffen eingestellt. Ob auch die Kosten für das Betreiben der 460 Impfzentren hier enthalten sind, vermag niemand zu sagen. Die Kosten für die landesweit mehr als 15 000 Testzentren belaufen sich auf 630 Mio. Euro pro Monat. Der bisherige Finanzminister Olaf Scholz legt für den Haushalt 2022 gleich noch eine Schippe drauf und plant 81,5 Mrd. Euro Neuverschuldung. Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist im ersten Halbjahr 2021 schon mal ein Staatsdefizit von 80,9 Milliarden Euro aufgelaufen.

Wie wird der Saldo am Ende des Jahres aussehen?

Die Auswirkungen der Pandemie auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche fallen sehr unterschiedlich aus. Bereiche, wie die Luftfahrtunternehmen, Gastronomie, das Beherbergungsgewerbe, der Tourismus und der Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel sind durch den monatelangen Lockdown schwer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Im Gegensatz dazu haben der Lebensmitteleinzelhandel, der Versandhandel, Computer- und Hersteller von Smartphones,

Logistikunternehmen und Großkonzerne der Autoindustrie, ihrer Zulieferer sowie Kommunikationsunternehmen in der Krise ihren Geschäftsbetrieb sogar ausgebaut und extrem vom Kurzarbeitergeld profitiert, so daß sie das Jahr sogar mit stattlichen Gewinnen abschließen konnten.

Nach amtlichen Angaben sind aus dem Hilfspaket des Staates bisher 150 Mrd. geflossen, die jedoch recht ungleichmäßig verteilt worden sind. Gewährt wurde die Unterstützung angeblich ausschließlich an Firmen, die vor dem 31.12.2019 noch nicht in wirtschaftlichen Schwierigkeiten waren.

So erhielten Großkonzerne wie die Deutsche Lufthansa 9 Mrd. Euro, die Deutsche Bahn 8 Mrd., Adidas 3 Mrd., ThyssenKrupp 1 Mrd., der Autovermieter Sixt 1,5 Mrd., die Media Markt Gruppe 1,7 Mrd., Puma 900 Mio. und Daimler Benz 700 Mio. Euro. 40 % der gewährten Staatshilfen flossen an 19 Großunternehmen. Den Rest mußten sich 40 000 Firmen teilen.

Ob ihnen allen und weiteren Bedürftigen geholfen werden konnte, ist schwer zu erfahren. Die Statistik weist aus, daß die Anzahl der Firmenpleiten 2020 im Vergleich zu 2019 um 19 % gestiegen ist.

Die Firmen, die bei den üppigen Staatshilfen die Hände besonders weit aufgehoben haben, machen keinerlei Anstalten, sich an den Kosten angemessen und entsprechend der erhaltenen Hilfen oder erzielter Gewinne bzw. gesparter Lohn- und Sozialkosten zu beteiligen. Im Gegenteil, erzielte Gewinne werden kleingerechnet oder in Steuerparadiese verschoben. Dabei nutzen die Großkonzerne ausgiebig ihre weltweite territoriale Präsenz. An die Aktionäre werden großzügige Dividenden ausgeschüttet. Allein im Jahr 2020 wurden von deutschen Unternehmen 40 Mrd. an Aktionäre gezahlt. Zum Ausgleich dieser Aufwendungen mußte der Bund neue Schulden aufnehmen. Das ist in der gegenwärtigen Situation der zeitweiligen Aussetzung der Schuldenbremse nicht allzu schwer. Da diese ab 2023 allerdings wieder in Kraft gesetzt werden soll, wird die Aufnahme neuer Schulden eingeschränkt sein.

Betrug die Schuldenlast Ende 2019 noch 60 % des Bruttoinlandsprodukts, so ist dieser Parameter im Jahr 2020 auf 71 % gestiegen, was Armin Laschet vorausschauend so kommentierte: „Es ist offenkundig, daß wir nach den Bundestagswahlen vor großen Haushaltsproblemen infolge der Pandemie stehen werden.“

Schauen wir uns noch einmal an, was die einzelnen Parteien vor der Bundestagswahl zur Frage der Finanzierung der „Corona-Schulden“ gesagt haben.

Die bürgerlichen Parteien setzen durch die Bank auf den Aufschwung nach der Krise. Die CDU verspricht, „alles zu unternehmen, damit es in dieser Wahlperiode nicht zu einer Steuererhöhung kommt“, so das Statement von Wirtschaftsminister Peter Altmeier.

Die SPD möchte „aus der Krise herauswachsen“, setzt also voll auf sprudelnde Einnahmen des Staates aus dem prognostizierten Wirtschaftswachstum. Da aber nach wie vor viele Investitionen in den Klimaschutz, die Infrastruktur und die Digitalisierung noch ausstehen, könnte sich diese Hoffnung zum großen Teil nur als Spekulation auf die Zukunft erweisen.

Die FDP will wie gewohnt überhaupt nicht an die Unternehmen ran und verspricht ihrem Klientel: „Mit uns in der Regierung wird es keine Steuererhöhungen geben“, womit natürlich nur die Unternehmenssteuern gemeint sind.

Bei der AfD finden sich keine konkreten Vorschläge zur Finanzierung der Corona-Schulden.

Die Linken trauen sich, zumindest über notwendige Steuererhöhungen für durch die Krise Begünstigte zu sprechen. So will sie die Vermögenssteuer für Vermögen über eine Million Euro einführen. Eine einmalige Vermögensabgabe auf Vermögen über zwei Millionen Euro soll der Bewältigung der Corona-Krise dienen. Die Tilgung der Abgabe könne im Verlauf von 20 Jahren in Raten erfolgen. Zudem soll auch die Erbschaftsteuer von Privilegien für Betriebsvermögen entrümpelt werden.

Die Linke scheut sich auch nicht, die Unternehmenssteuern anzugehen. Die Körperschaftsteuer soll wieder auf 25 % erhöht werden. Unternehmen, die während der Krise besonders gut verdient haben, sollen mit einer Übergewinnsteuer, welche die Krisengewinne besteuern soll, belastet werden.

Im internationalen Rahmen will die Linke die sogenannte Tobin-Steuer nutzen und damit die Besteuerung der Spekulation auf den internationalen Finanzmärkten regeln. Die Grünen erklären ebenfalls, Unternehmen nicht unbehelligt lassen zu wollen.

Spätestens, wenn die vor den Wahlen abgegebenen Versprechen nicht mehr zur Debatte stehen, also zu Beginn des nächsten Jahres, muß Bilanz gezogen werden. Die neue, zu erwartende Koalitionsregierung muß dann entscheiden, wie die aufgenommenen Staatsschulden refinanziert werden sollen.

Die Lösung wird aus einem Kompromiß der unterschiedlichen Interessen der neuen Koalitionspartner bestehen. Schnell ist dann vergessen, daß die Steuern nicht angetastet werden sollten, sind sie doch eine sichere und zuverlässige Finanzierungsquelle, zumal der Wirtschaftsaufschwung sicher auf sich warten lassen oder ganz ausbleiben wird.

Eine Erhöhung der Einkommens- und Umsatzsteuer ist nicht ausgeschlossen. Es machen sogar schon Gerüchte von einem Corona-Soli, der den Solidaritätszuschlag ersetzen soll, die Runde.

Wie immer wird der sogenannte kleine Mann zur Kasse gebeten. Der wird die Chose bezahlen müssen.

Kein Kukucksei

Ernst Busch, sein Erbe und die Ernst Busch Gesellschaft

Im August war es genau 70 Jahre her, da sich 26 000 junge Menschen aus 104 Ländern zu den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin, der Hauptstadt der DDR, zusammenfanden. In Vorbereitung des Ereignisses hatte Ernst Busch im Frühsommer 1951 von der FDJ den Auftrag erhalten, Schallplatten mit 47 Nationalhymnen bei seiner Firma „Lied der Zeit“ zu produzieren. Natürlich widmete er sich diesem Auftrag sofort mit Begeisterung. Dennoch lief es nicht glatt, und aus einer kleinen Geschichte entwickelte sich eine große mit weitreichenden Folgen.

Meinem Kollegen Jürgen Elsner berichtete Busch Jahre später: „Zu den Weltfestspielen sollten die Hymnen der Völker produziert werden ... und Willi Kaufmann machte die Aufnahmen.“ Als Busch nach Berlin fuhr, um zu sehen, wie die Produktion läuft, stellte er fest, daß Kaufmann das Aufführungsmaterial von 1936 genommen hatte. Der Zentralrat habe das bestätigt. Doch Busch war empört und meinte, er lasse sich kein Kukucksei ins Nest legen. Die Leute wüßten nicht einmal, daß die Hymne del Riego die Hymne der spanischen Republik sei usw. Man könne doch den Genossen von dort nicht mit der alten Hymne kommen. Und er habe den Kaufmann mit seiner Volkspolizei aus dem Hause gejagt. Später sei kursoriert, er habe gesagt, das ZK [der SED] könne ihn mit Götz.¹ Busch verlangte ein Parteigericht und die Revidierung dieser unerhörten

Unterstellung. Daraus wurde vorerst nichts. Statt dessen entwickelte sich ein konfliktbeladenes Geschehen, welches seinen Gipfel in der Legende vom Parteiausschluß fand. Am Wahrheitsgehalt der Hymnen-Geschichte, in welchen Varianten auch immer sie verbreitet



Ernst Busch (* 22. Januar 1900 in Kiel; † 8. Juni 1980 in Ost-Berlin)

wurde, ist indes nicht zu zweifeln. Und auch wenn Busch seinen Zornesausbrüchen gern mit harschen Worten Ausdruck verlieh, so ist doch zu fragen, ob er nicht – in der Sache jedenfalls – recht hatte. Für faule Kompromisse war Busch nicht zu haben. Seine Haltung war konsequent antifaschistisch. Mehr noch: Seine Lieder stehen noch heute für die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse, für eine ehrliche sozialistische Alternative. Das ließ und läßt sich bei Busch eben nicht umdeuten.

Die Ernst Busch-Gesellschaft (EBG) ist seit ihrer Gründung 1993 der Auffassung, daß gerade aus den genannten Gründen das Erbe Buschs gepflegt und für heute nutzbar gemacht werden muß. Für unser Anliegen nutzen wir Veranstaltungen, die Beteiligung an

und die Förderung von Projekten zu Busch sowie unsere zweimal im Jahr erscheinenden „Mitteilungen“. In den Mittelpunkt unseres August-Heftes stellten wir aus Anlaß des 80. Jahrestags des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion das Verhältnis Buschs zur Sowjetunion.

Unsere Veranstaltungen laufen derzeit wieder an. Die Sängerin Gina Pietsch, die seit kurzem Ehrenmitglied der EBG ist, gab am 11. September im CEDIO (Berlin) ein Konzert „Ernst Busch. Lieder und Geschichten“. Mit unseren beiden Kollektivmitgliedern, dem Ernst-Busch-Chor Berlin und der Internationalen Hanns Eisler Gesellschaft haben wir die Möglichkeit breiteren Austauschs und gemeinsamer Projekte, wie die Gestaltung des EislerTages, der am 25. September im Potsdam-Museum stattfand, und die Vorbereitung des bald 50jährigen Jubiläums des Busch-Chores. Unser ehrgeizigstes Projekt ist derzeit die Realisierung einer DVD mit der mehrteiligen Filmdokumentation „Busch singt“, 1982 von Konrad Wolf für das Fernsehen der DDR produziert.

Schließlich steht die Forschung weiterhin auf unserer Agenda, zu „Busch in Spanien“ und „Busch in der DDR“.

Und daß kein Weg an den neuen Medien vorbeiführt, ist uns klar. Wir unterhalten unter www.ernst-busch.org unsere Internetpräsenz und sind auf Facebook zu finden.

Herausforderungen gibt es für uns genug, schließlich arbeiten wir auf allen Gebieten ehrenamtlich. Aber diese Frage wäre für Busch, „den Arbeiter – im Sinne der Klasse und im Wortsinn des Arbeitens“, wie es Konrad Wolf formulierte, wohl gar keine gewesen.

Dr. Carola Schramm
Berlin

1 Vgl. Carola Schramm/Jürgen Elsner. Dichtung und Wahrheit. Die Legendenbildung um Ernst Busch, Berlin 2006. Goethe läßt Götz von Berlichingen in seinem gleichnamigen Schauspiel sagen: „Er aber, sag's ihm, er kann mich im Arsch lecken!“

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Oktober!

Zum 95. Geburtstag

Eberhard Georgi (Strausberg) am 29. Oktober

Zum 93. Geburtstag

Ursula Söder (Panketal) am 15. Oktober
Karl-Heinz Köber (Ellrich) am 24. Oktober

Zum 92. Geburtstag

Karl-Heinz Schriefer (Coswig/Anhalt) am 5. Oktober
Gerhard Miska (Chemnitz) am 11. Oktober
Martha Kokoschko (Schöneiche) am 13. Oktober
Anni Hauser (Gera) am 30. Oktober

Zum 91. Geburtstag

Karl-Heinz Gerhold (Dortmund) am 4. Oktober
Gerhard Wenzel (Berlin) am 15. Oktober
Kurt Bredl (Magdeburg) am 27. Oktober

Zum 90. Geburtstag

Charlotte Gehrman (Frankfurt/Oder) am 31. Oktober

Zum 85. Geburtstag

Gerhard Matthes (Strausberg) am 4. Oktober
Dr. Klaus Emmerich (Edertal) am 9. Oktober
Prof. Dr. Wolfram Triller (Radebeul) am 30. Oktober
Wilhelm Deistel (Bernburg) am 31. Oktober

Zum 80. Geburtstag

Ria Würbach (Dresden) am 19. Oktober
Johannes Uhlig (Bernau b. Berlin) am 29. Oktober
Lieselotte Schulze (Berlin) am 30. Oktober

Zum 75. Geburtstag

Harro Läßle (Berlin) am 17. Oktober
Eleonore Günther (Schweinfurt) am 18. Oktober
Rolf Santruschek (Berlin) am 20. Oktober
Thomas Georgi (Dummerstorf) am 31. Oktober

Zum 70. Geburtstag

Hendrik Dörr (Torgelow) am 12. Oktober
Stefan Seifert (Chemnitz) am 27. Oktober

Zum 65. Geburtstag

Jörg Pflüger (Hamburg) am 2. Oktober

Zum 60. Geburtstag

Heinz Denné (Berlin) am 18. Oktober
Claudia Paliwoda (Bremen) am 24. Oktober

Richtigstellung

In der September-Ausgabe des RF hat der Fehlerteufel zugeschlagen und aus Dr. Petra Werth (Chemnitz), die ihren 70. Geburtstag am 18. September feierte, Dr. Peter Werth werden lassen.

Wir bitten um Entschuldigung.

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Der Strand war seine große Geliebte

Der Künstler Otto Niemeyer-Holstein (1896–1984) wird seit Mai mit einer neuen Ausstellung gewürdigt. Zum 125. Geburtstag des Malers des Expressiven Realismus, der den Nazis als „entartet“ galt, werden vor allem Gemälde aus seiner Spätphase im Museums-Atelier Lüttenort bei Koserow (Insel Usedom) gezeigt. Das Museum Atelier Otto Niemeyer-Holstein vereint das seit 1933 historisch gewachsene Ensemble von Wohnhaus, Atelier und Garten des Malers mit der 2021 eröffneten neuen Galerie. Gelegen an der schmalsten Stelle der Insel Usedom, in freier Landschaft, ist „Lüttenort“ ein Refugium, in dem sich Kunst und Natur unmittelbar begegnen. Im Museum kann man die Werke des Künstlers an dem Ort erleben, an dem sie zum größten Teil entstanden sind. Das Anwesen, dessen eigenwillige Architektur mit der Anlage des Gartens und seinen Skulpturen bereits in sich selbst als Kunstwerk erscheint, erinnert an Otto Niemeyer-Holstein, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einer der bedeutendsten Maler in Deutschland war. Dabei zählt das Atelier zu den besonderen Anziehungspunkten der Insel Usedom. Entstanden ist der Besitz 1933 durch den Kauf einer Brache zwischen Koserow und Zempin: Lüttenort. Otto Niemeyer-Holstein lebte in einem ausrangierten Berliner S-Bahnwagen, der später mit Einzelgebäuden umbaut wurde. Er legte einen südlichen Margarten an. Die Landschaft der Küste wurde sein künstlerisches Hauptthema, zumal er von 1933 bis 1984 zurückgezogen auf Usedom lebte. Einige Bilder gerieten, wie sein Wirken überhaupt, unter NS-Verdikt. Der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste holte bei der geheimen

Staatspolizei Auskunft über Otto Niemeyer-Holstein und seine Ehefrau ein. Daraus folgte 1943/44 eine Dienstverpflichtung zur Zwangsanstellung bei der Reichsbahn. Nicht unproblematisch war auch die Suche und Vorbereitung eines Verstecks in Lüttenort für die jüdische Schwiegermutter. In der gleichen Zeit nimmt der faschistische Krieg ihm seinen Sohn Peter, der als Marine-Fernaufklärer überm Skagerrak abgeschossen wurde. Die schnelle Besetzung der Insel Usedom durch sowjetische Truppen verhinderte die Aufspaltung der Landenge und die Flutung seines Anwesens und seine mögliche Inhaftierung. Ab 1946 nahm der Künstler wieder zunehmend an Ausstellungen teil. Er machte Welt- und Malerreisen nach China, Taschkent, Samarkand, Buchara und Skandinavien. 1964 wurde ihm der Professorentitel zuerkannt. Nach der Verleihung des Nationalpreises für Kunst (II. Klasse) kaufte er 1974 die Windmühle in Benz und übergab sie den Heimatfreunden zur Nutzung. Bis zu seinem Tod am 20. Februar 1984 erfolgten noch viele Ausstellungen und Ehrungen. Seinem Vermächtnis entsprechend, wurde Lüttenort Museum, Ort der Begegnung und ging in die Kulturverantwortung des Landes Mecklenburg-Vorpommern über. Im Jahr 2000 erfolgte ein Ausstellungsneubau in Lüttenort. Das in räumlicher Nähe zum Atelier des Malers errichtete Gebäude eröffnet den Besuchern mit wechselnden Ausstellungen einen Überblick über das künstlerische Schaffen Otto Niemeyer-Holsteins. In seinen Spätwerken fällt auf, alles, worauf es ankommt, ist das Koloristische, die Wirkung des Bildes als farbiges Ganzes. Die meisten

der Arbeiten sind trotz ihrer Haltung nicht auf Fernwirkung berechnet, sie wollen ziemlich nahe gesehen sein, aus zwei, drei Schritt Abstand. Dann erschließt sich einem der große Reichtum, die Feinheit und Schönheit ihres Kolorits. Diese Blätter, die so viele Grade des Regenbogens in sich fassen, haben in Wahrheit nichts Buntes und Grelles. Mit erstaunlicher Sicherheit sind von drei Gegenfarben die Schattierungen nebeneinandergestellt, die sich gegenseitig vertragen, sich fordern. Die Mannigfaltigkeit der Stufungen in grün, braun und rot vor allem ist außerordentlich; und eine Tonigkeit des Bunten, die reizvoller ist als monochrome Tonigkeit. In den Akzenten sowohl wie in der Schattierung offenbart sich eine tadellos funktionierende Sinnlichkeit, die sich nur dem Tongefühl des geborenen Musikers vergleichen läßt. Man sieht an diesen Blättern, wie alles im echten Kunstwerk sich gegenseitig bedingt und wie das Technische durchaus nichts Äußerliches ist. Dem Aquarellhaften verdanken diese Arbeiten sehr viel von ihrem Reiz, ja, sie verdanken ihm ihre Geschlossenheit. So finden sich im Fundus des Museums auch Arbeiten seiner Freunde, wie der Usedomer Maler Otto Manigk, Herbert Wegehaupt und Karen Schacht sowie Skulpturen der Bildhauer Gustav Seitz, Waldemar Grzimek, Wieland Förster und Werner Stötzer. Wichtig ist auch, die Malerei Otto Niemeyer-Holsteins gewann in den fünfziger Jahren eine solche Kraft, dass sie, etwa gleichbedeutend den Werken der Dresdner Rosenhauer, Kretschmar, Wigand und Glückner, als ein Grundpfeiler der humanistischen Kunst in der DDR empfunden wurde.

Heinz Pocher

Autorenkreis Lausitzer Almanach e. V. veröffentlichte neues Buch

Die bisher erschienenen Sonderausgaben des Autorenkreises enthalten Zeitzeugenberichte und Beiträge zur Befreiung vom Hitler-Faschismus für den Altkreis Kamenz und Ostsachsen sowie zum schweren Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg. Jetzt liegt in den Buchhandlungen und Vertriebsstätten eine weitere, die fünfte, vor, die sich schwerpunktmäßig vor allem mit der Geschichte der DDR und der jetzigen BRD befaßt. Auf 336 Seiten (mit 200, z. T. auch farbigen Abbildungen) äußern sich Wissenschaftler, Historiker, Publizisten und besonders zahlreiche Zeitzeugen zu diesem Thema. Dabei sind DDR-Botschafter a. D. Dieter Philipp (Berlin), Dr. Hans-Jürgen Joseph (Berlin), Dr. Ernst-Jürgen Langrock (Hoyerswerda), Egon Krenz (Dierhagen) und viele andere. Der zweispaltige Einband (in A5) ist gut gegliedert in vier unterschiedliche Kapitel und ansprechend aufgemacht.

Im Mittelpunkt stehen die persönlichen Lebens- und Arbeitserinnerungen der Autoren, flankiert mit Fotogalerien zum DDR-Alltag, wie er tatsächlich war. Wer denkt schon heute daran, mit dem Fahrrad aus Sachsen an die Ostsee zu fahren; in den fünfziger Jahren wurde das praktiziert. Lustige Episoden und manche zum Schmunzeln anregende Ereignisse werden überliefert. Doch auch Themen des Arbeitsalltags und der Betriebsgeschichte bleiben nicht ausgespart. Nachzulesen ist, daß es manchmal auch notwendig war, die Würde des anderen zu verteidigen. Dafür stehen Beiträge über solche herausragenden Persönlichkeiten wie den Kosmonauten Sigmund Jähn oder den auch international hoch geschätzten Friedensfahrer „Täve“ Schur. Geschichtliche Themen, so der 17. Juni 1953, der 13. August 1961 oder die „Wendezeit“ 1989/90 haben im Buch ebenso ihren Platz wie das Erinnern an wissenschaftlich-technische oder kulturelle Leistungen und Einrichtungen

wie z. B. das Institut für Luft- und Raumfahrtmedizin der NVA in Königsbrück; die Entwicklung der Kirschauer Grobgarnindustrie zur VEGRO Textilwerke GmbH Kirschau; das „Fortschritt“-Werk Neustadt; die Musik- und Spielzeugtreffen im Rödertal und anderes mehr. In vielen Beiträgen setzen sich Autoren mit dem Treuhandtrauma, Zwangsversteigerungen oder dem Plattmachen der DDR-Betriebe auseinander. Auch Rezensionen verschiedenster Art gehören zum Angebot dieses Bandes. Herausragend dabei das neue Buch von „Täve“ Schur „Was mir wichtig ist“. Unsere Sonderausgabe ist für 15 Euro erhältlich. Bestellungen können an den Verein gerichtet werden: Autorenkreis Lausitzer Almanach e. V. c/o Stadtverwaltung Kamenz, Markt 1, 01917 Kamenz; Handy: 0173/7 04 06 29 oder: info@lausitzer-almanach.de

Dr. Dieter Rostowski
Kamenz

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 7. Oktober um 18.30 Uhr:
Wahlversammlung der Regionalgruppe Potsdam

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 9. Oktober um 10 Uhr:
Bundestagswahlen 2021: Karten neu gemischt – zum Ramsch?

Gäste: Vertreter der Partei Die Linke und der DKP angefragt

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 13. Oktober um 15 Uhr:
Auswertung der Bundestagswahlen – Schlußfolgerungen für die politische Arbeit und den gemeinsamen Friedenskampf
Gäste: Vertreter der Partei Die Linke und der DKP

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70 (Plauderstube), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 15. Oktober um 15 Uhr: Erste Bewertung und Schlußfolgerungen zum Ergebnis der Bundestagswahl aus linker Sicht

Gäste: Vertreter der Partei Die Linke, der DKP und Wolfgang Dockhorn („RotFuchs“-Vorstand)

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Dresden

Am 16. Oktober um 10 Uhr: Auswertung der Bundestagswahlen 2021

Gäste: Vertreter der PdL und der DKP

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ „RotFuchs“-Gruppe Luckenwalde

Am 16. Oktober um 10 Uhr spricht der Historiker Prof. Götz Dieckmann zu den **Ergebnissen und Schlußfolgerungen nach der Bundestagswahl.**

Ort: „Haus Sonnenschein“, Schützenstraße 37, 14943 Luckenwalde

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 16. Oktober um 10 Uhr:
200. Geburtstag Friedrich Engels – Impressionen über die Ausstellung in Wuppertal

Referent: Wilfried Berthold

Ort: Mehrgenerationenhaus, Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 19. Oktober um 18 Uhr spricht das Mitglied des Bundestages (Die Linke)

Dr. Alexander Neu zum Thema: **Welche Forderungen und Chancen ergeben sich nach der Bundestagswahl?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 21. Oktober um 16 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Bundestagswahl, Landtagswahl – Was sagen uns die Ergebnisse?**

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Harz

Am 22. Oktober um 14 Uhr spricht Hans Bauer, Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Politikerwechsel/Politikwechsel – Welche Entwicklung nimmt Deutschland?**

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 23. Oktober um 9 bis 17 Uhr:
Konferenz zum Thema „Die Rolle Polens in Vergangenheit und Gegenwart“

Veranstalter: Marx-Engels-Stiftung Wuppertal und „RotFuchs“-RG Leipzig

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 23. Oktober um 10 Uhr spricht Dr. Wilhelm Rettler zum Thema: **Krieg und Frieden in den Medien. Wie schützen wir uns vor Manipulation und Irreführung?**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 27. Oktober um 16 Uhr spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Aktuelle Veränderungen des globalen strategischen Gleichgewichts durch Rußland und China und dessen Wirkung auf die aktuellen militärischen Konflikte**

Ort: Begegnungsstätte „Quartier Friedrich’s“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Berlin-Treptow-Köpenick

Am 28. Oktober um 17 Uhr spricht Dr. Holger Michael zum Thema: **Friedenserhaltung oberstes Gebot für alle linken Kräfte**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

Am 28. Oktober um 18 Uhr
Wahlnachlese: **Schlußfolgerungen für den Schulterschuß im Friedenskampf** mit Hans Bauer, Vorsitzender der GRH, und Dr. Arnold Schölzel, Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am 30. Oktober um 11 Uhr spricht Prof. Dr. Eike Kopf zum Thema: **China aktuell – wie positionieren wir uns?**

Ort: Clubgaststätte TC Erfurt 93, Binderslebener Landstraße 140, 99092 Erfurt



Karikatur: Klaus Stüttmann



Zum 60. Jahrestag des „Mauerbaus“ wurde in den offiziellen Medien alles aufgeboten, um Abscheu gegenüber der DDR zu schüren. Es heißt, die DDR habe die Mauer gebaut und damit die Spaltung Deutschlands zementiert, das DDR-Grenzregime sei verantwortlich für die „Maueropfer“.

Daß zu den historischen Bedingungen für die Entwicklung des Nachkriegsdeutschlands der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, die Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus, die Antihitlerkoalition, die Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam mit ihren Entscheidungen über die Nachkriegsordnung, der Kalte Krieg, die Spaltung Deutschlands durch die Westmächte (Einführung eigener Währung 1948, Gründung der BRD Mai 1949, die NATO-Mitgliedschaft) gehören, wird ausgeklammert.

Über die verbrecherische Kriegsführung der USA und der NATO, den Korea-Krieg, den Vietnamkrieg, den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln, die Millionen Toten der militärischen Interventionen, über die westliche Verantwortung für Hetze, Hochrüstung und den an den Rand eines neuen Weltkrieges führenden Kriegskurs gegen Rußland und China schweigt man sich aus. Dafür benutzt man Lügen und Mißdeutungen über Aussagen Walter Ulbrichts, über die DDR-Verantwortung für die Mauertoten. Völlig ignoriert wird das zielstrebige Wirken der UdSSR und des heutigen Rußlands, die Wiederholung eines 22. Juni 1941 nicht zuzulassen. Und natürlich fehlt jeder Hinweis, daß es sich nicht schlechthin um eine innerdeutsche Mauer an der Bernauer und Berliner Straße handelt, sondern um eine Grenze zwischen zwei Gesellschaftssystemen, zwischen zwei militärischen Blöcken – der NATO und des Warschauer Vertrages.

Von den Warschauer Vertragsstaaten wurde der Beschluß über die Errichtung der Grenze gefaßt. Die DDR allein wäre dazu auch nicht befugt gewesen – ihrerseits ging es um strenge Kontrollmaßnahmen an der Grenze. Die zum 60. Jahrestag des 13. August 1961 von der BRD eingenommene Haltung ist daher nichts anderes als Hetze. Verantwortungslos wird der Öffentlichkeit unterschlagen, daß ohne Mauer die Gefahr eines atomaren Weltkrieges bestand. Und all das geschieht in einer Zeit, in der die BRD für den gescheiterten Krieg und die über 200 000 Toten in Afghanistan und für den Völkerrechtsbruch in Jugoslawien mitverantwortlich ist.

Bruno Mahlow, Berlin

Menschenrechtsorganisationen, namhafte Menschenrechtler der BRD waren kürzlich erst wieder zu sehen und hören. Angeblich treibt sie die Sorge um

Lebensverhältnisse, Mangel und Armut des Volkes von Kuba so sehr um. Selbst dort, wo sich manche noch links verstehen oder geben, da scheint es anziehend zu sein, dieses Land nun endlich in eine der so „erfolgreichen“ bunten oder Farbrevolutionen zu geleiten. Welche Ergebnisse und Folgen das für zahllose Völker schon hatte, das sollten die „Revolutionsbegeisterten“ sehr gut selbst wissen. Sie sollten wissen, wer und warum seit 60 Jahren ein Embargo mit genau den beklagten Folgen aufrechterhält, was mehrheitlich von der UNO abgelehnt wurde.

Warum wird das nicht zum Thema gemacht? Warum wird unterschlagen und vergessen, daß es auch in diesem so „schlimmen Staat“ genug Menschen gibt, die für ihn demonstrieren? Gilt deren Wille und Stimme nicht? Werden die einfach abgestempelt, kommunistisch diffamiert, staatsnah, wie wir es kennen, abqualifiziert?

Warum dürfen keine der sozialen Leistungen des Landes und Menschenrechte erwähnt werden, die weltweite Anerkennung seit vielen Jahren erfahren? Das soll dann die „Revolution“ beseitigen und wahrscheinlich in Konzernhände geben.

In Sorge um Kubas Volk und seine Regierung sind jene, die seit vielen Jahrzehnten Solidarität leisten, die geholfen haben, wirtschaftliche Probleme zu mildern. In Sorge um Kuba, um seine Politik des Sozialismus, der Menschenrechte und des Friedens, des sozialistischen Internationalismus und der weltweiten Solidarität sind die Menschen und Völker, die nicht zulassen wollen, daß das kubanische Beispiel einer besseren Welt ausgelöscht und in einen unmenschlichen Kapitalismus zurückgeworfen wird. Wir glauben an die kubanischen Menschen, an ihre Revolution, die verbunden ist mit Fidel Castro und nicht mit der imperialistischen Wühltätigkeit der Konterrevolution.

Roland Winkler, Aue

Im Juni sprach die ganze Welt davon, daß eine Ryanair-Passagiermaschine auf dem Weg von Athen nach Vilnius zur Zwischenlandung in Minsk gezwungen wurde, bei der „regierungskritische Journalist“ Roman Protassewitsch festgenommen worden war. Dieses sei vom belorussischen „Machthaber“ Lukaschenko veranlaßt worden.

Wie so oft mißt man mit zweierlei Maß.

2013 gab es einen vergleichbaren Vorfall. Es handelte sich um den Flug des damaligen bolivianischen Präsidenten Evo Morales, der auf Drängen der Vereinigten Staaten bei deren Suche nach dem NSA-Whistleblower Edward Snowden zu einer Notlandung in Österreich gezwungen wurde. Snowden befand sich jedoch nicht an Bord der Maschine. Wo blieb da der Aufschrei von EU und BRD? Es gab ihn nicht, obwohl sich herausstellte, daß seinerzeit ein Staatschef an Bord war.

Bei diesem „Vorfall“ muß festgestellt werden, daß die USA des Mannes habhaft werden wollten, der – von keiner ausländischen Macht finanziert – Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit der USA öffentlich machte. Bei Protassewitsch hingegen handelt es sich um einen von den USA finanzierten oppositionellen Weißrussen, der die Belorussen gegen ihre Regierung aufwiegelt.

In einer Videokonferenz, die auf dem Online-Kanal der Telefon-Prankster Wowan und Lexus lief, gaben hochrangige Vertreter der US-amerikanischen Agentur National Endowment for Democracy (NED) – auf Deutsch etwa: Nationale Stiftung zur Unterstützung der Demokratie – zu, aktiv Anti-Regierungskampagnen

in Rußland und Weißrußland finanziert und anderweitig unterstützt zu haben. Die Funktionäre der vom US-Kongreß unterhaltenen NED, die ihre Rolle als „Unterstützung der Freiheit auf der ganzen Welt“ beschreibt, enthüllten auch, daß sie ihre Bemühungen mit prominenten politischen Aktivisten in einer Reihe von Ländern, einschließlich Rußland, koordinieren. Hier zeigt sich einmal mehr, daß sich nicht Rußland, sondern die USA in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen.

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

Präsident Biden hat einen lichten Moment gehabt und beendete den unsinnigen Krieg in Afghanistan nach langen 20 Jahren. Die Intervention endete anders als im Vietnamkrieg. Damals verloren die USA einen Krieg gegen eine reguläre Armee, jetzt mußten sie wie ein verprügelter Hund das Weite suchen. Der Volksmund sagt: „Der Glaube versetzt Berge“. In diesem Fall hat er den Taliban den Sieg gebracht. Es zeigt sich immer wieder, der Freiheitswille eines Volkes ist nicht, auch nicht mit Waffen, zu brechen. Die USA und ihre Vasallen setzten alles daran, die Niederlage nicht öffentlich zu machen. Still und leise, über Nacht, vollzog sich der Rückzug. Von offizieller Stelle wird tunlichst über die Kosten und den Umfang der Verluste geschwiegen bzw. nur tröpfchenweise berichtet. Im Internet kann man folgendes nachlesen: Der Krieg kostete die USA vier Billionen Dollar. Menschen vom Leben in den Tod gebracht: 3600 NATO-Soldaten, 71 000 afghanische Soldaten, 70 000 Talibankämpfer, 40 000 Zivilpersonen. Außerdem noch 100 000 Verwundete. 59 deutsche Soldaten verloren bei dem Einsatz ihr Leben.

Gerhard Perlick, Bützow

Ein Sieg der Taliban und der Westen flieht! Da, wo es Deutschlands Sicherheit angeblich zu verteidigen galt, kam der Vorstoß der Taliban unerwartet schnell. Was für eine Schlappe für die bundesdeutsche Militärpolitik, die zu keiner Zeit Friedensmission war. Immer waren es Kriegseinsätze zur Sicherung strategischer Einflußgebiete westlicher Mächte. Die Bundesrepublik im Bündnis mit den USA haben sich „schlagen“ lassen wie einst die Vereinigten Staaten von der Vietnamesischen Befreiungsarmee. Unfähig zu begreifen, daß der Export „westlicher Werte“ – ob am Hindukusch oder anderswo – letztlich zum Scheitern verurteilt ist. Statt Fortschritt und Frieden hinterlassen die „Heilsbringer“ einen Scherbenhaufen, großes Leid, gewaltige Zerstörungen, unzählige Tote und eine weitere große Flüchtlingswelle.

Ernst Jager, Panketal

Nun ist es doch passiert – die Linke-Fraktion im Deutschen Bundestag ist in einer der wichtigsten politischen Grundsatzfragen in drei Teile zerfallen und sie hat nebenbei auch das Grundsatzprogramm der Partei Die Linke zur Disposition gestellt.

Der Krieg in Afghanistan war von Beginn an von den USA aus geopolitischen Gründen organisiert, und auch die BRD hat sich daran aktiv beteiligt. In blinder Hörigkeit drängelten sich Politiker und die Bundeswehr an die Seite der Amerikaner und führten 20 Jahre unter dem Deckmantel von Demokratie und sogenannten Menschenrechten den Kampf um Bodenschätze und Handelsvorteile, so der ehemalige Bundespräsident Köhler.

Zu keiner Zeit hat sich die deutsche Regierung ernsthaft für eine friedliche Konfliktlösung und für den Abzug der ausländischen Truppen einge-

setzt. Der SPD-Politiker Struck und seinerzeitiger „Verteidigungsminister“ sah nur die deutschen zu verteidigenden Interessen am Hindukusch. Für viele Afghanen waren die ausländischen Truppen Besatzer und blieben Fremde. Daran ändern auch die wenigen geschaffenen zivilen Leuchttürme nichts, auch wenn dies in Sonntagsreden behauptet worden ist. Hier möchte ich nachdrücklich auf Peter Scholl-Latour verweisen.

Nun haben die USA abrupt und durch Verhandlungen mit den Taliban, hinter dem Rücken der afghanischen Regierung sowie der militärisch beteiligten Staaten, die menschenrechtsverachtende Mission beendet. Ein militärisch sinnloses Unterfangen ist total gescheitert und hinterläßt zig tausende Tote und Verletzte. Ein geordneter Abzug war nicht geplant, geschweige denn organisiert. Diese strategische Untätigkeit schloß die zivilen Ortskräfte und Helfer, auch im Wissen um deren Gefährdung im Ergebnis ihrer Arbeit für die Invasionstruppen, ein. Und das mit stiller Duldung und/oder auch der offensichtlichen Unfähigkeit der Bundesregierung und der etablierten Parteien. Wir erinnern uns: Ein Herr Seehofer wollte weiter fleißig abschieben.

Die NATO als „Schwanz“ der USA hat nichts, aber auch gar nichts im Vorfeld der erkennbaren Auswirkungen des „beeinflussten und unbekanntens“ Abkommens der USA mit den Taliban getan. Dem mußten Merkel, Maas, Kramp-Karrenbauer und andere etwas für die Beschwichtigung der öffentlichen Seele entgegensetzen. Da boten sich die chaotischen Bilder vom Kabuler Flughafen nachgerade an. Jetzt wurde laut von denen gerufen, die für das Desaster die Verantwortung tragen – wir sind und stehen in der Verantwortung und brauchen ein robustes Mandat der Bundeswehr. **Raimon Brete, Chemnitz**

Klar wie Kloßbrühe sei es, daß man mitregieren will, sagte Linke-Parteichefin Hennig-Wellsow, und stellte einmal mehr klar, daß man bereit ist, auch über letzte Schatten der Selbstachtung zu springen. Das Abstimmungsverhalten der Fraktion zum Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan am 25. August war eine Zäsur, vergleichbar mit dem Votum der SPD-Abgeordneten 1914 zur Bewilligung der Kriegskredite.

Ungeachtet der Tatsache, daß diese Anbieterei nicht mit so viel Gegenliebe aufgenommen wurde wie erhofft und daß es sieben Abgeordnete gab, die ihrem friedenspolitischen Gewissen folgten, wird deutlich, wohin die Reise der Partei Die Linke in Zukunft gehen soll. In vielerlei Hinsicht erinnert manches an den Entwicklungsweg der Grünen. Auch die PdL hat, wie ihre grünen Vorbilder, ihr Abstimmungsverhalten hinter der Maske höherer Moral versteckt, denn offiziell geht es bei diesem Einsatz ja um humanitäre Belange. Daß die Evakuierung auch auf zivilem Wege möglich gewesen wäre, wird bewußt verdrängt. Die Linke ist da in eine Falle getappt, die ihr geschickt gestellt wurde, und man darf annehmen, daß sie begierig gewesen ist, in diese Falle zu tapfen, bot sie doch endlich die ersehnte Gelegenheit für die zahlreichen Reformisten in der Parteiführung, staatstragendes Verhalten an den Tag zu legen und – so mag man es sich jedenfalls eingeredet haben – ohne zu viel Gesichtsverlust den Brautkranz in Richtung SPD und Grüne zu werfen.

Wie desaströs dieses Verhalten an der Parteibasis ankommt, bei deren Wählern und in der Friedensbewegung scheint nicht einmal ansatzweise in irgendwelche Überlegungen eingeflossen zu sein.

Die Herrschenden haben dabei mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die Linke ist geschwächt, was sich nicht zuletzt in ihrem und ihren seit Jahren anhaltenden Sinkflug ausdrückt. Zugleich ist sie nun noch weiter in das Herrschaftssystem eingebunden, denn die Tat vom 25. August wird wie Pech an ihr kleben bleiben. Von früheren Verbündeten wie der Friedensbewegung hat man sie zusätzlich entfremdet. Sie hat ihre Verlässlichkeit als parlamentarischer Arm der Friedensbewegung eingebüßt und so der Friedensbewegung einen Bärendienst erwiesen. Verbunden damit ist – bewußt oder unbewußt – eine Werbung für die Bundeswehr als vermeintlicher „Retter in der Not“ mit der alten Mär vom Brunnenbau, Mädchenschulen und Demokratieexport.

Jenen, denen es in der PdL ums Mitregieren geht, wird das egal sein. Sie sind längst in dem geschickt aufgebauten System zur Einschläferung linker Ideale angekommen. Und der Frieden? Es kommt eben darauf an, mit wem man Frieden schließen will – mit dem System, von dem man profitiert, oder mit dem eigenen Gewissen. Ich fürchte, auch hier werden die Grünen Vorbild für die Linken sein. Man wird schon irgendwann seine ganz eigenen Formeln finden, um auch die größten Verbrechen mit moralchauvinistischem Kleister zuzutünchen, damit sie als ein Akt der Ritterlichkeit und Nächstenliebe erscheinen.

Das Problem der Anbieterer bei den Linken ist allerdings, daß man eine Ehe mit ihnen nicht wirklich braucht. Wozu auch eine weitere Partei wie die SPD? Wozu eine weitere Partei wie die Grünen, deren systemkonforme Domestizierung bestens gelungen ist? Die schlimmste Selbsttäuschung der Linken ist zu meinen, in diesem Staat tatsächlich Macht ausüben zu können, um irgendetwas zum Wohle des Volkes zu tun.

Ich habe keine Lust, Frau Hennig-Wellsows Kloßbrühe auszulöffeln. Ich habe Zweifel an ihren Kochkünsten. Aber am 25. August sind wir alle um die Hoffnung ärmer geworden, daß uns das Auslöffeln viel unappetitlicherer Folgen der Politik, für die nun zunehmend auch die Linke steht, in einer nicht mehr allzu fernen Zukunft erspart bleiben mögen.

Ulrich Guhl, Strausberg

Keine üble Nachrede auf einen Verstorbenen – so sind die Gepflogenheiten der Pietät in diesem Lande. Kurt Biedenkopf ist verstorben. Das soll auch ihm nicht verwehrt werden. In die euphorischen Worte der Nachrufe, die es gab, mag ich aber nicht einstimmen. Ich kann nicht erkennen, daß er als „Integrationsfigur der inneren Einheit Deutschlands“ galt. In den Augen der Ostdeutschen war er der Import aus den alten Bundesländern, der in Sachsen mit einem Kader aus der gleichen politischen Richtung kommender Funktionsträger die Verwaltung des führungslos gemachten Staates übernahm. Er war Exponent des entstehenden Wessi-Ossi-Klischees. Er hat die sächsische Verwaltung systematisch dem Weststandard angepaßt und die Träger der systemnah oder systemnah erscheinende Führungsebene unsensibel ins Abseits gedrängt. Aus namhaften Professoren, Doktoren, Pädagogen, Verwaltungs- und Technikspezialisten wurden über Nacht im günstigsten Fall Versicherungsagenten, Finanzberater oder Bockwurstverkäufer, im ungünstigen Fall arbeitslose Menschen. Ich kann die beschworene Dankbarkeit für seine Leistungen des „Wiederaufbaus“ Sachsens nicht nachvollziehen.

Im engen Zusammenwirken mit dem Apparat der Treuhand trug er maßgeblich zur Deindustrialisierung Sachsens bei. Er trug Mitverantwortung für die Vernichtung zehntausender Arbeitsplätze, für die Verschleuderung von Volksvermögen und die Entstehung von Massenarbeitslosigkeit nach 1990. Den sich aufopfernden Arbeitern von MZ Zschopau, des ehemals führenden Motorradwerkes der Welt, hielt er bei einem Besuch demagogisch entgegen, „... ja, das will der Markt so, da kann man nichts machen“. Einen der Arbeiter drückte er mit der Suggestivfrage in die Enge: „Würden Sie denn Ihr Produkt kaufen?“ Was dieser schließlich „beschämt“ vor laufender Kamera verneinte. Mit seiner Billigung machten kriminelle und windige, von der Treuhand eingesetzte „Sanierer“ und „Verkäufer“ das Werk platt. Unter der Ägide Biedenkopfs wurde ein international gewürdigtes und anerkanntes Schulsystem der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule, die Praxis des Erwerbs des Abiturs in enger Verbindung mit der Praxis vernichtet und durch ein zersplittertes Schulsystem abgelöst. Rico Gebhard von der Linkspartei ist zuzustimmen, daß Biedenkopf, „... als konservativer Intellektueller Sachsen wie wohl kein anderer Mensch geprägt hat“. Es sollte sich die Frage anschließen, welchen Charakter diese Prägung hatte und in welchen Interessen sie geschah! Auf die kleinen Sünden des Ehepaars Biedenkopf sei nicht weiter eingegangen: die Hofhaltung von Frau Biedenkopf mit eigenem Büro und ihrer „Pension“ für die westlichen Ministerialien mit Halbpension in der Villa Biedenkopf; das Geschmäcke bei der Auftragsvergabe an Biedenkopf-Freunde für Investvorhaben in Leipzig. Möge „König Kurt“, wie er sich selbstverliebt nicht ungern nennen ließ, in Frieden ruhen, und wie allen Verstorbenen seien ihm seine Sünden verziehen, aber nicht vergessen.

Norbert Staffa, Großobersdorf

Der Armuts- und Reichtumsforscher Prof. Dr. Christoph Butterwegge sagt, Armut werde immer noch stigmatisiert und teilweise auch kriminalisiert. In Deutschland herrsche eine „Weiße-Kragen-Mentalität“. In der Bundesrepublik gibt es 150 Milliarden, 10 % der Bevölkerung verfügen über 67 % des Nettogesamtvermögens. Demgegenüber sind 13,2 Millionen Menschen (15,9 % der Bevölkerung) nach EU-Richtlinien armutsgefährdet. Alleinstehende erhalten weniger als 1074,00 Euro Unterhalt im Monat. Dabei geht es immer nur um Haushalte. Wer im Studentenheim, im Pflegeheim oder in einer Flüchtlingsunterkunft lebt, wird gar nicht mitgezählt. Ebenso wenig erfaßt werden die Wohnungslosen, etwa 678 000 an der Zahl, und die Obdachlosen, rund 41 000 Menschen.

Armut in der BRD ist ein Makel: So stehen Arme oder Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe ganz anders im Fokus. Vor ihnen habe, wie Butterwegge hervorhebt, „der Mittelschichtler mehr Angst als vor dem ‚Weiße-Kragen-Kriminellen‘“. Sie werden als Drückeberger, Sozialschmarotzer oder Faulenzer beschimpft und vor Gericht eher verurteilt. Dabei ist der Sozialleistungsmissbrauch stark überschätzt, denn er bewegt sich im Promillebereich oder höchstens im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Dennoch nehmen Drogensucht, Gewaltkriminalität und Brutalität in ungleichen Gesellschaften zu, was jedoch nicht monokausal gesehen werden darf.

Uwe Moldenhauer, Hemer

Am 28. August fand das traditionelle antifaschistische Riesengebirgstreffen mit Teilnehmern aus der Tschechischen Republik, Polen und Deutschland statt. Gemeinsam mit Genossen der KP Böhmens und Mährens nahmen 42 deutsche Antifaschisten, vorrangig aus Berlin und Leipzig, an der Begegnung in Mala Upa, unmittelbar an der Grenze zu Polen, teil. Wir kamen aus unterschiedlichen linken Verbänden oder Parteien, z. B. der VVN-BdA, der Friedensglockengesellschaft, der KPD, dem RFB, der FDJ und dem „RotFuchs“-Förderverein.

Die Tradition dieses Treffens geht auf das Jahr 1927 zurück, auf eine lange Zeit der illegalen grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit tschechischen Widerstandskämpfern, die Geflüchteten aus dem faschistischen Deutschland halfen, dem Naziregime zu entkommen.

Dieser gemeinsame Kampf ist hochaktuell, denn das Wiedererstarken rechter Kräfte in ganz Europa ist gegenwärtig eine große Gefahr für den Frieden! Alle Redner betonten die Notwendigkeit der solidarischen Zusammenarbeit im Kampf gegen Faschismus und Antikommunismus! Die Kundgebung selbst verlief störungsfrei, emotional und kraftspendend. Doch wie tief der Antikommunismus schon in der Gesellschaft verankert ist, wurde uns vor Ort, im Sportzentrum von Mala Upa, vor Augen geführt. Mehrere Kundgebungsteilnehmer wurden mit der Drohung „Kommunisten kommen hier nicht rein!“ der Räumlichkeit verwiesen:

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, wie dringend notwendig es ist, unsere Reihen zu stärken, um die Gefahr von Faschismus und Krieg zu bannen.

Monika Kauf, Berlin

Die junge Welt vom 10. September veröffentlichte in der Rubrik „Zitat des Tages“ eine Aussage von Sören Benn (Die Linke), seines Zeichens Bezirksbürgermeister in Berlin-Pankow. Dieser erklärte zum Streit um das Denkmal für den von den Nazis ermordeten KPD-Vorsitzenden gegenüber dem Tagesspiegel: „Zu meiner Volkstümlichkeit in der DDR hat Ernst Thälmann nicht gehört.“

Auf diese öffentliche Herabwürdigung des Lebens und Kampfes Ernst Thälmanns durch ein Mitglied der Partei Die Linke muß auch öffentlich geantwortet werden. Lassen wir die Fakten sprechen:

Bereits in den 20er Jahren forderte Thälmann bezogen auf die politischen Verhältnisse in Deutschland, „den Kampf gegen den Faschismus weit mehr in den Vordergrund (zu) stellen“. Seine Warnung 1932 „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg“, mit der die KPD zur Reichspräsidentenwahl aufzuklären suchte, klang wie eine düstere Prophezeiung. Sie hat sich grauvoll bewahrheitet.

Bereits 1933 erfolgte Thälmanns Verhaftung und Inhaftierung im „Gelben Elend“ von Bautzen. Damit wollten Hitler und seine Kumpane den sich organisierenden Widerstand in Deutschland „enthaupen“. Am 18. August 1944 wurde er von den Faschisten im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.

Nach 1990 hat man im Osten Deutschlands Thälmann-Denkmale entfernt, Straßen, Plätze und Schulen, die seinen Namen trugen, umbenannt. Antifaschistisches Denken und Handeln wurde diskreditiert und eine AfD greift nach der Macht. Nicht zuletzt aus diesem Grund gehört Ernst Thälmann zum Erbe der DDR und deren antifaschistischer Politik. Er ist und bleibt für uns ein

aufrechter Kämpfer gegen Faschismus und Krieg. Von ganzem Herzen können wir sagen: Wir waren gerne Thälmann Pioniere!

**Für den OV Sonnenberg und Adelsberg/
Chemnitz Die Linke: Raimon Brete,
Matthias Schwander, Horst Seiler**

Innenminister Wöllner beklagte die zunehmende Gleichgültigkeit bzw. achselzuckende Abgestumptheit der besonders vor Wahlen umworbenen Bürgerschaft. Ist dieser Zustand nicht auch ein Spiegelbild allgemeiner Rat- und Machtlosigkeit angesichts der bestehenden wirtschaftlichen und eigentumsrechtlichen Zwänge? Daran konnte auch die unübersehbare plakative Wahlwerbung mit den hübschen Fotos, welche die eigentlichen Sorgen der Menschen kaum erfaßte, nichts ändern. Befördert wird dies nicht zuletzt auch durch eine elitäre Sprache, von der man nicht behaupten kann, daß sie „bürgernah“ wäre. Wer versteht denn z. B. Ausführungen/Einlassungen des Finanz- und Rechtswesens sowie anderer Bereiche oder Gesetzestexte? Der gesetzlich finanzierte öffentlich-rechtliche TV-Bildungsauftrag ist in der Regel in den späten Abend verlegt. Laut gemessener Einschaltquoten sehen 80 % der TV-Nutzer nur Kriminalfilme, Endlosserien und Talkshows und sind somit politischer Bildung entzogen bzw. einer Entpolitisierung ausgesetzt. So treiben wir in bester Gesellschaft mit 100 TV-Kanälen wachsender Vereinsamung und Vereinzelung entgegen, die offenbar politisch gewollt ist, um von den wirklich existentiellen Fragen abzulenken.

Richard Jawurek, Markkleeberg

Im Juni bin ich 82 geworden und mein Leben ist auf der Zielgeraden. Ich war ein Leben lang Propagandist, vom Zirkel Junger Sozialisten 1954 über die Schulen der sozialistischen Arbeit und dem Parteilehrjahr, immer in Arbeiterkollektiven. Es war nicht leicht, den Arbeitern die Gegenwart und Zukunft zu erklären, zumal beides zuweilen mit dem rauen Leben nur schwer zu vereinbaren war. Nach 1989 wurde ich arbeitslos und es tauchten Fragen auf, die beginnen alle mit „Warum“.

Warum hat sich die Arbeiterklasse, trotz des Appells von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ zu allen Kriegen mißbrauchen lassen, die man sich vorstellen kann, mit Millionen von Toten? Warum ist es uns nach 1945 nicht gelungen, unter der Führung der Sowjetunion, den Sozialismus weltweit zum Durchbruch zu verhelfen? Ganz im Gegenteil, die kommunistische Weltbewegung existiert nicht mehr. Die Kommunistischen Parteien sind überwiegend zerschlagen. Nach den schlimmsten aller Kriege 1945 folgten weitere, mit Millionen von Toten, bis in unsere heutige Zeit. Einen „Nürnberger Prozeß“ gibt es nicht, weil die Sieger der Geschichte bestimmen, was Recht oder Unrecht ist.

Bei allen Überlegungen bin ich auf eine universelle Eigenschaft des Menschen gestoßen, auf das Besitzdenken. Es entstand in der neolithischen Revolution vor ca. 13 000 Jahren, nachdem der Mensch als Ackerbauer mehr produzieren konnte, als er brauchte. Das ist nicht nur die Geburtsstunde des Mehrwerts, sondern auch die genetische Grundformel, die den Egoismus als menschliche Eigenschaft begründet. Bis heute hat sich diese Lebenseinstellung in der alten Volksweisheit

erhalten: „Haste was, dann biste was.“ Seitdem ist die Eigentumsfrage die „Gretchenfrage“ der Philosophie und Ökonomie.

Peter Pöschmann, Döbeln

Nicht mehr lange und die schöne, portemonnaie-öffnende Weihnachtszeit steht vor der Tür. Dann füllen sich Brieffach und Mailkasten wieder mit den allerbesten Wünschen ..., vor allem nach Spendengeldern. SOS-Kinderdorf und Ärzte ohne Grenzen, Tierschutzvereine, Klimaretter, Mundmaler, Straßenkinder e.V. etc. bitten um Unterstützung. Dann fällt es schwer zu entscheiden – allen Kindern nur fünf Euro in die Hand zu drücken, sieht knauserig aus, hilft genaugenommen keinem, und ist bei fünfzig Kindern trotzdem eine Stange Geld!

Diese Spendenaktionen sollen korrigieren, was in Natur und Staatsunwesen an Schäden zu beheben ist. Aber warum müssen gerade jene korrigieren, die gar keine Schäden angerichtet haben? Wann endlich gründet sich ein Verein zur Überwachung des Verursacherprinzips? Der würde dann vielleicht nicht lange bestehen, denn als Spontanreaktion würde der „Sozialstaat“, dem nichts anderes am Herzen liegt als Volkes Wohl, genau diesem Verein die Gemeinnützigkeit entziehen.

Andreas Schlicke, Leipzig

Wenn ich Euch heute schreibe, wißt Ihr, daß es uns, den Singeclub „Ernesto Che Guevara“ in Dresden – weniggleich unter erschwerten Bedingungen – immer noch gibt. Trotz aller Hürden haben wir keinen Grund, das Handtuch zu werfen.

Wir alle warten auf jede neue Ausgabe des „RotFuchs“, weil er mir, wie sicher vielen von uns, immer wieder Mut macht und Hoffnung gibt. Natürlich reiche ich die Zeitung weiter und so kommt es, daß ich Euch wieder die Adressen von zwei neuen Abonnenten mitteilen kann ...

Wolfgang Klötzer, Seifersdorf

Im September-RF ist mir der Beitrag von Ulrich Guhl aus Strausberg aufgefallen, für den ich ihm danken möchte. Seine Darlegungen entsprechen genau meinen Erfahrungen. Ich freue mich, daß es noch Menschen mit Verstand gibt. Ich stamme aus Erfurt, lebe jetzt in Niederösterreich, aber meine Heimat ist und bleibt die DDR. Die Alt-BRD ist für mich Ausland, und es gibt nicht viele Leute von dort, die ich zu meinen Freunden zählen könnte.

Bernd Töpfer, E-Mail

Der anlässlich des 100jährigen Bestehens der Truppen des KCB-Schutzes der Russischen Föderation erschienene militärhistorische Abriß wurde vom ehemaligen Absolventen der Militärakademie für chemischen Schutz S.K. Timoschenko ins Deutsche übersetzt und liegt in digitaler Form (DVD) vor. Er gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklung dieses Spezialdienstes von den Anfängen bis in die Gegenwart. Hervorzuheben sind dabei die Kapitel über die Vernichtung der chemischen Waffen, die Leistungen bei der Beseitigung der Folgen von Havarien und zum Einsatz der Spezialtruppe in Afghanistan, Georgien und Tschetschenien. In Verbindung mit dem Buch „Die Chemiker der NVA und der Grenztruppen“ ergibt sich ein umfassendes Bild dieser Truppe aus deutscher und russischer Sicht.

Interessenten wenden sich bitte an Wolfgang Herzig: wolffhrzg09@gmail.com

Oberst a. D. Wolfgang Herzig, Berlin



Im Rahmen der feierlichen Veranstaltungen zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeit Zentralamerikas weihte die Stadtverwaltung von Managua ein Wandbild ein, das den Kampf für die zentralamerikanische Unabhängigkeit und gegen die Interventionspolitik der USA würdigt. Schöpfer des Kunstwerkes ist der Maler Rolando Bojorge aus Diriamba.

Quelle: La Voz del Sandinismus

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Heinz Pocher
Hans Schoenefeldt
Peter Steiniger
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel
Tel. 030 -654 45 94
Gerald Umlauf, Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030 -427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.